

Bayern in Zahlen

Ausgabe 09 | 2011



- Wechselwirkungen zwischen Umwelt und Wirtschaft
- Erneuerbare Energien, Energieeffizienz und Treibhausgasemissionen

Impressum

Bayern in Zahlen

Fachzeitschrift für Statistik und
Informations- und Kommunikationstechnik

Jahrgang 142. (65.)

Artikel-Nr. Z10001
ISSN 0005-7215

Erscheinungsweise
monatlich

Herausgeber, Druck und Vertrieb

Bayerisches Landesamt für
Statistik und Datenverarbeitung
Neuhauser Straße 8
80331 München

Preis

Einzelheft 4,80 €
Jahresabonnement 46,00 €
Zuzüglich Versandkosten

Bildnachweis

© Fotolia

Vertrieb

E-Mail vertrieb@statistik.bayern.de
Telefon 089 2119-205
Telefax 089 2119-457
Internet www.statistik.bayern.de/veroeffentlichungen

Auskunftsdienst

E-Mail info@statistik.bayern.de
Telefon 089 2119-218
Telefax 089 2119-1580

© Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung, München 2011

Alle Veröffentlichungen oder Daten sind Werke im Sinne § 2 Urheberrechtsgesetz. Die Verwendung, Vervielfältigung und/oder Verbreitung von Veröffentlichungen oder Daten gleich welchen Mediums (Print, Datenträger, Datei etc.) – auch auszugsweise – ist nur mit Quellenangabe gestattet. Sie bedarf der vorherigen Genehmigung bei Nutzung für gewerbliche Zwecke, bei entgeltlicher Verbreitung oder bei Weitergabe an Dritte sowie bei Weiterverbreitung über elektronische Systeme und/oder Datenträger. Sofern in den Produkten auf das Vorhandensein von Copyright-rechten Dritter hingewiesen wird, sind die in deren Produkten ausgewiesenen Copyrightbestimmungen zu wahren. Alle übrigen Rechte bleiben vorbehalten.

Erläuterungen

- 0 mehr als nichts, aber weniger als die Hälfte der kleinsten in der Tabelle nachgewiesenen Einheit
- nichts vorhanden
- ... Angabe fällt später an
- / keine Angaben, da Zahlen nicht sicher genug
- . Zahlenwert unbekannt, geheimzuhalten oder nicht rechenbar
- X Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll
- () Nachweis unter dem Vorbehalt, dass der Zahlenwert erhebliche Fehler aufweisen kann
- p vorläufiges Ergebnis
- r berichtiges Ergebnis
- s geschätztes Ergebnis
- D Durchschnitt
- ≙ entspricht

Gelegentlich auftretende Differenzen in den Summen sind auf das Runden der Einzelposition zurückzuführen.

Statistik aktuell

450 Kurzmitteilungen

Nachrichten

477 92 % haben bislang die Fragen der
Gebäude- und Wohnungszählung (GWZ)
des Zensus beantwortet

Beiträge aus der Statistik

478 Wechselwirkungen zwischen Umwelt
und Wirtschaft

485 Erneuerbare Energien, Energieeffizienz
und Treibhausgasemissionen

Bayerischer Zahlenspiegel

497 Tabellen

505 Graphiken

Neuerscheinungen

3. Umschlagseite

Kurzmitteilungen

Änderung von Gemeinde- und Gemeindeteilnamen in Bayern in der Zeit vom 1. Juli 2011 bis 30. September 2011

Geändert wurde durch Bescheid des Landratsamtes Ostallgäu vom 21. Juli 2011 der Name des Ge-

meindeteils „Benkhofen“ in „Binkenhofen“ der Gemeinde Eggen-

thal (09 777 124), Landkreis Ostallgäu.

Bayerns Bevölkerung nahm im ersten Quartal 2011 um fast 3 700 Einwohner zu

Am 31. März 2011 hatte der Freistaat Bayern 12 542 349 Einwohner, 3 653 mehr als zu Jahresbeginn. Die Bevölkerung im Freistaat wuchs seit Jahresanfang 2011 fast um die Einwohnerzahl einer Gemeinde wie z.B. Wackersberg im Landkreis Bad Tölz-Wolfratshausen. Diese Entwicklung ist ausschließlich auf die Wanderungsbilanz Bayerns zurückzuführen. So resultierte der Wanderungssaldo des ersten Quartals 2011 zu rund 23 % aus Zuwanderungsüberschüssen gegenüber den anderen Bundesländern und zu etwa 77 % aus Zuwanderungsüberschüssen gegenüber dem Ausland. Aus dem übrigen Bundesgebiet zogen im ersten Vierteljahr 2011 fast 27 400 Bürger nach Bayern und 24 600 wanderten dorthin ab, so dass gegenüber den anderen Bundesländern ein Wanderungsgewinn von knapp 2 800

Personen (erstes Quartal 2010: 1 342) zu verzeichnen war. Aus dem Ausland zogen von Anfang Januar 2011 bis Ende März 2011 rund 34 860 Personen in bayerische Gemeinden zu, etwa 25 830 wanderten ins Ausland ab, so dass im ersten Vierteljahr 2011 gegenüber dem Ausland ein Wanderungsplus von über 9 000 Personen (erstes Vierteljahr 2010: 8 668) verblieb.

Die Bilanz der natürlichen Bevölkerungsbewegung wies im ersten Vierteljahr 2011 bei insgesamt 22 790 Geburten und 31 124 Sterbefällen ein Geburtendefizit von 8 334 Personen auf. Während bei der deutschen Bevölkerung 8 563 Personen mehr starben als Kinder geboren wurden, war bei den ausländischen Mitbürgern ein geringfügiger Geburtenüberschuss von 229 Personen zu verzeichnen.

Auf Ebene der Regierungsbezirke verlief die Entwicklung der Einwohnerzahlen recht unterschiedlich. Von Januar bis Ende März 2011 nahm die Bevölkerung im Regierungsbezirk Oberbayern mit 7 590 Personen am stärksten zu, gefolgt von Mittelfranken mit 738 Personen. Bevölkerungsverluste von zusammen 4 675 Personen ergaben sich für die übrigen Regierungsbezirke. Dabei nahm die Bevölkerungszahl in Oberfranken mit 1 729 Personen am stärksten ab, gefolgt von Unterfranken mit einem Rückgang von 1 561 Personen, der Oberpfalz mit 993 Personen, Niederbayern mit 267 Personen und Schwaben mit 125 Personen.

Ausführliche Ergebnisse enthalten die Statistischen Berichte „Bevölkerungsstand Bayerns – 1. Vierteljahr 2011“ und „Einwohnerzahlen der Gemeinden, Kreise und Regierungsbezirke in Bayern – 1. Vierteljahr 2011“.*

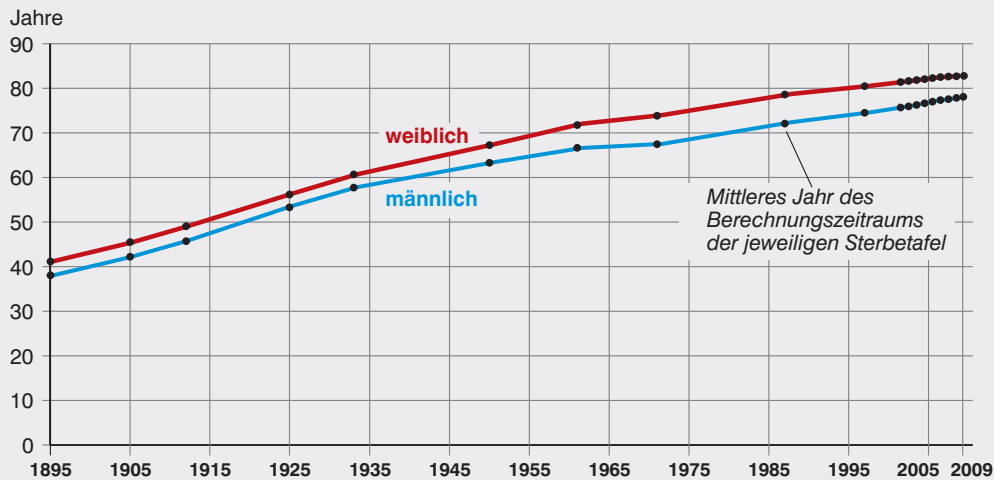
Weiterer geringer Anstieg der Lebenserwartung in Bayern

Die Lebenserwartung der bayerischen Bevölkerung hat weiter leicht zugenommen. Sie beträgt nach der aktuellen Sterbetafel 2008/2010 für neugeborene Buben 78,1 Jahre und für neugeborene Mädchen 83,0 Jahre. Dies ent-

spricht einem Zuwachs von 0,2 Jahren (Buben) bzw. 0,1 Jahren (Mädchen) gegenüber der letzten Sterbetafel der Jahre 2007 bis 2009. Mädchen haben bei der Geburt bekannterweise eine höhere Lebenserwartung als Buben. Diese

Differenz in der Lebenserwartung zwischen Buben und Mädchen hat sich jedoch seit der Sterbetafel 1986/88 langsam, aber kontinuierlich verringert: Damals betrug die Differenz 6,3 Jahre, derzeit sind es nur noch 4,9 Jahre.

Entwicklung der Lebenserwartung der Bevölkerung Bayerns von 1895 bis 2009



Auch für ältere Menschen ist die Lebenserwartung geringfügig angestiegen. Für 65-jährige Frauen verbleiben statistisch gesehen 20,7 weitere Lebensjahre, für 65-jährige Männer 17,6 Lebensjahre. Dies bedeutet einen Zuwachs von jeweils 0,1 Jahren gegenüber der Sterbetafel 2007/2009. Diese sogenannte fernere Lebenserwartung gibt die Zahl der weiteren Lebensjahre an, die Menschen eines bestimmten Alters nach den heutigen Sterblichkeitsverhältnissen im Durchschnitt noch leben können. Die Lebens-

erwartung Neugeborener ist heute mehr als doppelt so hoch wie diejenige nach der ersten allgemeinen Sterbetafel von 1891/1900. Damals lag die Lebenserwartung für einen neugeborenen Buben bei 37,9 Jahren und für ein neugeborenes Mädchen bei 41,1 Jahren.

Die amtlichen Sterbetafeln basieren auf den Daten über die Gestorbenen und die Durchschnittsbevölkerung der letzten drei Jahre. Es handelt sich um eine Momentaufnahme der Sterblichkeitsverhält-

nisse der gesamten Bevölkerung in diesem Zeitraum. Die Sterbetafeln ab 1997 wurden auf Basis der Bevölkerungsfortschreibungen, diejenigen vor 1997 auf Basis der jeweiligen Volkszählungsdaten errechnet.

Sterbetafeln für Bayern ab 1891/1900 sind im Internet unter www.statistik.bayern.de/statistik/bevoelkerungsbewegung verfügbar. Weitere Auskünfte erteilen: Herr Greiner, Tel.: (089) 2119-263, E-Mail: Thomas.Greiner@LfStAD.bayern.de, Frau Hackl, Tel.: (089) 2119-587, E-Mail: Margot.Hackl@LfStAD.bayern.de, Frau Gaffrontke, Tel.: (089) 2119-500309, E-Mail: Carola.Gaffrontke@LfStAD.bayern.de

Leichter Rückgang der Patientenzahlen an bayerischen Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen

Im Jahr 2010 standen in den 295 bayerischen Vorsorge- und Rehabilitationseinrichtungen 31 502 Betten für die stationäre Versorgung zur Verfügung und damit 129 Betten weniger als im Vorjahr. Der Bettenbestand 2010 entsprach damit in etwa dem Bettenbestand von 1991.

Die Zahl der vollstationär behandelten Patienten (Fallzahl) betrug im gleichen Zeitraum rund 360 000

und ist damit im Vergleich zum Vorjahr um 6 481 Personen gesunken (-1,8%). Gleichzeitig ging auch die Zahl der Pflgetage um 161 072 (-1,8%) auf gut 8,7 Millionen zurück. Die durchschnittliche Aufenthaltsdauer in den Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen war mit 24,3 Tagen unverändert zum Vorjahr.

Bis 1995 stieg die Zahl der vollstationär behandelten Patienten um

16,0% von rund 332 000 auf gut 385 000. Aufgrund der Umsetzung des Gesundheitsstrukturgesetzes kam es im Jahr 1997 zu einem heftigen Einbruch der Fallzahlen. Danach stieg die Zahl der vollstationär behandelten Patienten jedoch wieder an. Mit knapp 389 000 Patienten wurde 2000 die bislang höchste Zahl an Behandlungen erreicht. Danach setzte ein Rückgang ein. Die Talsohle war mit gut 327 000 Patienten 2004 erreicht,

Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen, Betten und Patientenbewegung in Bayern von 1991 bis 2010

Jahr	Vorsorge- oder Rehabilitations- einrichtungen insgesamt	Aufgestellte Betten insgesamt	Patientenbewegung			
			Fallzahl	Pflegetage	durchschnittl. Verweildauer	Nutzungsgrad der Betten
	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Tage		%
1991.....	310	31 639	332 176	9 713 512	29,2	84,1
1992.....	309	32 274	346 980	10 121 599	29,2	85,7
1993.....	316	33 404	353 554	10 338 134	29,2	84,8
1994.....	324	35 423	367 051	10 729 624	29,2	83,0
1995.....	331	36 691	385 451	11 265 535	29,2	84,1
1996.....	339	37 894	378 985	10 820 670	28,6	78,0
1997.....	342	38 182	303 137	8 089 024	26,7	58,0
1998.....	344	37 628	335 304	8 676 688	25,9	63,2
1999.....	346	37 037	370 710	9 278 630	25,0	68,6
2000.....	341	36 599	388 508	9 601 827	24,7	71,7
2001.....	329	36 056	385 992	9 529 034	24,7	72,4
2002.....	315	34 436	364 815	8 962 716	24,6	71,3
2003.....	305	32 632	330 974	8 226 070	24,9	69,1
2004.....	303	32 603	327 487	8 070 767	24,6	67,6
2005.....	302	32 628	332 032	8 143 550	24,5	68,4
2006.....	298	31 278	334 865	8 182 311	24,4	71,7
2007.....	302	32 004	361 220	8 719 927	24,1	74,7
2008.....	301	31 795	367 559	8 911 134	24,2	76,6
2009.....	299	31 631	366 085	8 906 153	24,3	77,1
2010.....	295	31 502	359 604	8 745 081	24,3	76,1

worauf wieder ein leichter Anstieg der Patientenzahl zu verzeichnen war. In den letzten beiden Jahren ist allerdings wieder ein Rückgang der Fallzahlen festzustellen. Bei den Pflegetagen ist ein annähernd

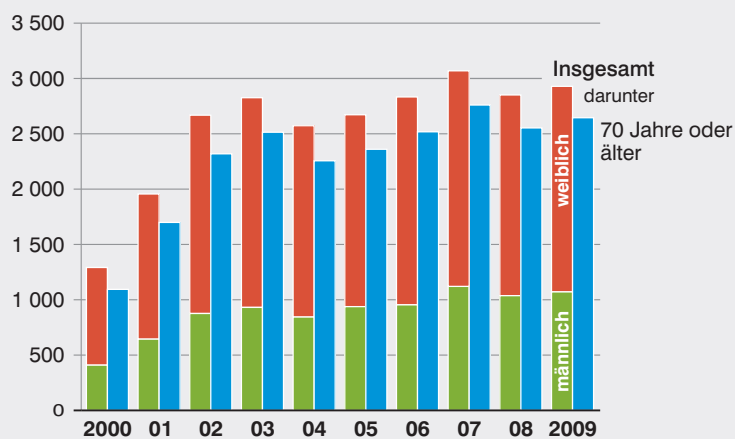
paralleler Entwicklungsverlauf zu verzeichnen. Die durchschnittliche Verweildauer verkürzte sich von 29,2 Tage im Jahr 1991 auf 24,3 Tage im Jahr 2010.

Weitere Ergebnisse enthält der Statistische Bericht „Krankenhausstatistik – Grunddaten, Diagnosen und Kostennachweis 2010“.*

Welt-Alzheimer-Tag am 21. September 2011

Im Jahr 2009 wurden in den bayerischen Krankenhäusern 2 929 Patienten vollstationär mit der Hauptdiagnose „Alzheimer“ behandelt, um 2,7 % mehr als im Vorjahr (2008: 2 851). Die durchschnittliche Aufenthaltsdauer war mit 17,7 Tagen um 9,9 Tage länger als die durchschnittliche Verweildauer aller Patienten.

Betrachtet man die mehrjährige Entwicklung, so zeigt sich folgendes Bild: Ausgehend von 1 292 Behandlungsfällen im Jahr 2000 stieg die Zahl der vollstationären Behandlungsfälle mit Alzheimer bis zu einem ersten Höhepunkt im Jahr

Stationäre Behandlungsfälle von Patienten mit Alzheimer in bayerischen Krankenhäusern von 2000 bis 2009 nach Geschlecht und Alter der Patienten

2003 mit 2 826 Fällen an, nahm dann, nach einem Rückgang auf 2 573 im Jahr 2004, wieder bis zu einem zweiten Höhepunkt im Jahr 2007 mit 3 069 Behandlungsfällen kontinuierlich zu. Der Anstieg zwischen den Jahren 2000 und 2009 betrug 126,7 %. Weit mehr als die Hälfte (63,4 %) aller aufgrund von Alzheimer bedingten stationären Behandlungsfälle betraf weibliche Patienten. Bemerkenswert ist, dass noch im Jahr 2000 der Anteil weiblicher Patienten mit 68,3 % merklich höher war.

Die meisten Patienten (90,3 %) waren 70 Jahre alt oder älter, wobei

Stationäre Behandlungsfälle von Patienten mit Alzheimer in bayrischen Krankenhäusern von 2000 bis 2009 nach Geschlecht und Alter der Patienten

Jahr	Männlich	Weiblich	Insgesamt	70 Jahre oder älter
2000	409	883	1 292	1 094
2001	644	1 312	1 956	1 699
2002	876	1 792	2 668	2 319
2003	931	1 895	2 826	2 514
2004	846	1 727	2 573	2 256
2005	938	1 734	2 672	2 360
2006	954	1 879	2 833	2 518
2007	1 121	1 948	3 069	2 760
2008	1 037	1 814	2 851	2 553
2009	1 071	1 858	2 929	2 645

die meisten Behandlungen (759) auf die Altersgruppe der 80- bis unter 85-Jährigen entfielen.

Weiter Ergebnisse enthält der Statistische Bericht „Krankenhausstatistik – Grunddaten, Diagnosen und Kostennachweis 2010.“

Internationale Bildungsindikatoren

Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (Organisation for Economic Co-Operation and Development-OECD) veröffentlicht jährlich einen Bericht über die Leistungsfähigkeit des Bildungswesens in ihren Mitgliedsstaaten. Die OECD-Publikation „Bildung auf einen Blick“ wird nun zum sechsten Mal durch eine Gemeinschaftsveröffentlichung der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder ergänzt, in der ausgewählte OECD-Indikatoren für Deutschland und seine Länder präsentiert werden. Das Bildungswesen ist im föderalen System Deutschlands eine Kernaufgabe der Länder. Auf der Basis international standardisierter Indikatoren wird damit u.a. ein Vergleich von Bildungsstand, Bildungsbeteiligung, Bildungsausgaben und -erträgen zwischen den Ländern und mit dem OECD-Durchschnitt möglich.

So verfügten 2009 in Bayern rund 28 % der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter zwischen 25 und 64 Jahren über einen tertiären Ausbildungsabschluss. Dazu rechnen u.a. Fachschulabschlüsse, Meister-/Technikerausbildung, Hochschulabschlüsse und Promotionen. Im Bundesdurchschnitt lag der Wert für dieses Ausbildungsniveau bei 26 % (OECD-Durchschnitt: 30 %). Der Abschluss des Sekundarbereichs II (u.a. Abschluss einer Lehrausbildung, einer Berufsfachschule, Hochschulreife) wird in der Europäischen Union als Voraussetzung für einen erfolgreichen Übergang in den Arbeitsmarkt angesehen. Bei den 20- bis 24-Jährigen konnten in Bayern 81 % mindestens dieses Ausbildungsniveau vorweisen. Bayern nimmt hier einen Spitzenplatz unter den Ländern ein (Deutschland: 74 %). Auch bei der Beschäftigungssituation hat Bayern im Vergleich zu an-

deren Bundesländern eine überdurchschnittlich gute Position. So lag die Beschäftigungsquote von Personen mit Abschlüssen im Tertiärbereich in Bayern bei 87,6 % (Deutschland: 86,4 %). Auch bei den anderen Qualifikationsniveaus belegt Bayern vordere Plätze.

Die Ausgaben für Bildungseinrichtungen betrugen 2008 in Bayern pro Schüler bzw. Studierenden im Durchschnitt 7 900 Euro, das waren 500 Euro mehr als im Bundesdurchschnitt und 700 Euro mehr als im OECD-Durchschnitt.

Die neue Gemeinschaftsveröffentlichung „Internationale Bildungsindikatoren im Ländervergleich“ kann im gemeinsamen Statistikportal der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder (www.statistikportal.de, „Veröffentlichungen“) als Datei kostenlos heruntergeladen werden.

Erhebung zur beruflichen Weiterbildung in Unternehmen

In der aktuellen Diskussion um die Folgen des demographischen Wandels und den Anforderungen globalisierter Märkte an die Qualifikation der Arbeitnehmer kommt dem Thema „Lebenslanges Lernen“ wachsende Bedeutung zu. Ein wichtiger Aspekt ist dabei die kontinuierliche Weiterbildung in Unternehmen.

Dazu werden in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union alle fünf Jahre Erhebungen über die Weiterbildungsaktivitäten in Unternehmen (CVTS: Continuing Vocational Training Survey) durchgeführt. Dabei werden heuer in Bayern rund 1 800 Unternehmen auf freiwilliger Basis um Auskunft gebeten, ob und in welchen Umfang sie geplante und organisierte Weiterbildungsmaßnahmen durchführen, die ganz oder teilweise eigenfinanziert sind. Die derzeit vorliegenden Daten zur Weiterbildung

in Unternehmen stammen aus dem Jahr 2005. Damals bildeten 69 % der deutschen Unternehmen ihre Beschäftigten weiter. Dies waren zwar mehr als im Durchschnitt der Europäischen Union (60 %). Mit Rang 10 wurde aber kein Platz in der Spitzengruppe erreicht. Um wieder aktuelle und für alle Mitgliedsstaaten der Europäischen Union vergleichbare Informationen bereitzustellen, wird derzeit die nunmehr vierte Erhebung zur beruflichen Weiterbildung (CVTS4) in Unternehmen mit mindestens zehn Beschäftigten durchgeführt. Diese Daten belegen nicht nur die Anstrengungen, die von der Wirtschaft bei der beruflichen Fortbildung ihrer Beschäftigten inzwischen unternommen wurden. Sie werden auch benötigt, um eine fundierte Debatte über notwendige Maßnahmen in Unternehmen, auf allen Ebenen des Staates und bei den Sozialpartnern führen zu

können. Von Interesse sind dabei auch Angaben von Unternehmen, die nicht weiterbilden.

Aufgrund des sehr geringen Auswahl-satzes ist die Stichprobe mit relativ wenig Kosten verbunden und hält die Belastung der Wirtschaft insgesamt in Grenzen. Die Ergebnisse dieser Stichprobenerhebung sind jedoch nur dann repräsentativ, wenn sich möglichst viele der ausgewählten Unternehmen aktiv daran beteiligen. Daher bittet das Bayerische Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung alle angeschriebenen Unternehmen, den Fragebogen, der auch online ausgefüllt werden kann, zu beantworten und zurückzusenden. Wie bei allen Erhebungen der amtlichen Statistik sind auch bei dieser Erhebung Datenschutz und Geheimhaltung umfassend gewährleistet.

Weniger Verurteilungen in Bayern 2010

Im Jahr 2010 lag die Zahl der Personen, gegen die ein Strafverfahren vor bayerischen Gerichten rechtskräftig abgeschlossen wurde, mit 155 505 Abgeurteilten um 1,4 % niedriger als im Jahr 2009. Die Gerichte entschieden in 80,5 % der Fälle oder bei 125 229 Beschuldigten im Jahr 2010 auf eine Verurteilung. Des Weiteren wurde in 16,6 % der Fälle, d.h. bei 25 820 Personen, das Verfahren eingestellt. Lediglich in 2,8 % der Fälle (4 279 Personen) erfolgte ein Freispruch. Die restlichen 177 Fälle (0,1 %) wurden durch „sonstige Entscheidungen“ beendet; hierzu zählen die Anordnung von Maßre-

geln der Besserung und Sicherung selbständig oder neben Freispruch und Einstellung, ferner Absehen von Strafe sowie Überweisung an den Vormundschaftsrichter gemäß § 53 JGG.

Von den 125 229 Verurteilungen des Jahres 2010 richteten sich 102 980 oder 82,2 % gegen Personen im Alter ab 21 Jahren („Erwachsene“), 12 831 oder 10,2 % gegen Heranwachsende, d.h. Personen, die 18 bis unter 21 Jahre alt sind, und 9 418 oder 7,5 % gegen strafmündige Jugendliche mit einem Alter von 14 bis unter 18 Jahren. Im Berichtszeitraum befanden sich unter den Verurteilten

23 482 Frauen, das waren um 1,8 % mehr als im Jahr 2009. Ihr Anteil an allen Verurteilten betrug 18,8 %.

Von den Verurteilten waren, soweit von diesen Personen entsprechende Angaben vorlagen, 59 368 vorbestraft. Dies waren 47,4 % aller Verurteilten. Von diesen schon früher Straffälligen waren 41 321 bereits mehrfach mit dem Gesetz in Konflikt gekommen, unter ihnen 11 722 Personen drei- oder viermal und 19 543 fünfmal oder öfter. Von den Schuldsprüchen des Jahres 2010 entfielen 76,2 % auf Straf-

Rechtskräftig Abgeurteilte in Bayern 2010 nach Art der Entscheidung

Tatbestandsgruppe (der schwersten Straftat)	Abgeurteilte	Mit Beendigung des Verfahrens durch						
		Verurteilung				Freispruch	Einstellung	sonstige Entscheidung ¹
		Personen insgesamt	davon					
			Erwachsene	Heranwachsende	Jugendliche	ohne Maßregeln		
Straftaten ohne Straftaten im Straßenverkehr	121 735	95 428	76 428	10 529	8 471	3 845	22 301	161
davon								
nach dem StGB	99 086	75 815	59 490	8 529	7 796	3 399	19 721	151
nach anderen Bundes- und Landesgesetzen ...	22 649	19 613	16 938	2 000	675	446	2 580	10
Straftaten im Straßenverkehr	33 770	29 801	26 552	2 302	947	434	3 519	16
davon								
nach dem StGB	23 946	22 004	19 816	1 887	301	280	1 646	16
nach dem StVG	9 824	7 797	6 736	415	646	154	1 873	–
Insgesamt 2010	155 505	125 229	102 980	12 831	9 418	4 279	25 820	177
2009	157 758	126 576	103 065	13 404	10 107	4 217	26 760	205
Veränderung 2010 ggü. 2009								
Anzahl	-2 253	-1 347	-85	-573	-689	62	-940	-28
%	-1,4	-1,1	-0,1	-4,3	-6,8	1,5	-3,5	-13,7

¹ Als „sonstige Entscheidung“ zählen: Anordnung von Maßregeln der Besserung und Sicherung selbständig oder neben Freispruch und Einstellung, ferner Absehen von Strafe sowie Überweisung an den Vormundschaftsrichter gemäß § 53 JGG.

taten außerhalb des Straßenverkehrs, die so genannte „klassische“ Kriminalität, und 23,8% auf Straftaten im Straßenverkehr, die „Verkehrskriminalität“. Die Absolutzahl der Verurteilungen bei der klassischen Kriminalität hat sich von 95 122 um 0,3% auf 95 428 erhöht. Die Zahl der Verurteilungen

in der Verkehrskriminalität ging von 31 454 auf 29 801 und somit um 5,3% zurück.

Insgesamt waren 31 879 der im Jahr 2010 für schuldig befundenen Personen Ausländer oder Staatenlose; das ist ein Anstieg um 953 oder 3,1%. Der Anteil der Auslän-

der oder Staatenlosen an allen Verurteilten lag 2010 bei 25,5% (Bevölkerungsanteil der strafmündigen Bevölkerung 9,9%) und damit etwas höher als im Vorjahr.

Ausführliche Ergebnisse enthält der Statistische Bericht „Abgeurteilte und Verurteilte in Bayern 2010“ (Bestellnummer: B61003 201000, Preis der Druckausgabe: 32,00 €).*

Leicht unterdurchschnittliche Getreideernte in Bayern

Die von den bayerischen Landwirten bewirtschaftete Getreidefläche (ohne Körnermais) erhöhte sich nach dem vorläufigen Ergebnis der Bodennutzungshaupterhebung 2011 gegenüber dem Vorjahrgeringfügig um 0,5% bzw. 5 700 Hektar (ha) auf 1,05 Millionen ha. Allerdings fand eine merkliche Verschiebung vom Winter- zum Sommergetreide statt. So wurde der Anbau des ertragreicheren Wintergetreides um fast ein Prozent (8 400 ha) auf 892 600 ha reduziert. Maßgeblich hierfür war nach dem bereits hohen Rückgang im vorangegangenen Jahr eine weitere starke Flächenminderung bei

Wintergerste um 16 400 ha (-6,2%) auf 249 200 ha, der niedrigsten Fläche seit fast 30 Jahren. Während auch der Roggenanbau binnen Jahresfrist um rund 1 000 ha (-2,4%) eingeschränkt wurde, nahm die Anbaufläche von Winterweizen, der wichtigsten Getreideart, um 1 500 ha (+0,3%) und von Triticale um beachtliche 7 500 ha (9,9%) zu. Eine noch höhere Flächenzunahme wies mit 14 600 ha (+14,1%) die überwiegend als Braugerste verwendete Sommergerste auf. Nach dem Tiefststand im vergangenen Jahr (103 300 ha) wurde die Sommergerste 2011 auf einer Fläche von 117 900 ha aus-

gebracht. Aufgrund dieser Ausweitung lag die Sommergetreidefläche mit insgesamt 161 600 ha um 9,5% (14 100 ha) über dem Vorjahresniveau.

Die Aussaat von Wintergetreide im Herbst 2010 erfolgte witterungsbedingt nicht überall unter optimalen Bedingungen. Wegen Auswinterungsschäden mussten Flächen neu bestellt werden. Die Frühjahrsaussaat des Sommergetreides konnte bei günstigen Witterungsbedingungen zügig durchgeführt werden. Durch die extreme Trockenheit im April und Mai wurden die Getreidebestände

insbesondere im Norden Bayerns stark in Mitleidenschaft gezogen. Ab Juni setzte wechselhafte Witterung ein, mit z.T. kräftigen Platzregen und Hagel, wodurch es regional zu Unwetterschäden kam. Durch die lange warme Trockenphase und der nachfolgenden reichlichen Niederschläge entstand ein weiteres Problem, der Zwiewuchs. Bereits reife Pflanzen setzten neue Triebe an, was zu Ernteproblemen führte. Durch das wechselhafte Wetter im Juli bis Mitte August mit den häufigen Westwetterlagen musste die Einbringung der Ernte immer wieder verschoben oder unterbrochen werden. Um die Qualität zu sichern, waren viele Landwirte gezwungen, trotz höherer Kornfeuchte und damit höherer Trocknungskosten die Ernte einzufahren.

Ertrag und Qualität der Ernte differieren regional sehr, wobei der Süden Bayerns merklich höhere Erträge aufweist, als der von den Trockenschäden besonders betroffene Norden. Da sich die Getreideernte aufgrund des sehr wechselhaften Wetters verzögert hat, ist diese Hochrechnung noch mit einer größeren Unsicherheit behaftet. Nach den bisher ausgewerteten Ertragsmessungen im Rahmen der „Besonderen Ernte- und Qualitätsermittlung“ in Verbindung mit den Ertragsschätzungen der amtlichen Berichtersteller wird in Bayern beim Getreide (ohne Körnermais) mit einem Durchschnittsertrag von 60,7 Dezitonnen je Hektar (dt/ha) gerechnet. Dies sind fast drei Prozent mehr als im Vorjahr (59,0 dt/ha). Der langjährige Durchschnitt der Jahre 2005

bis 2010 (60,9 dt/ha) wird jedoch geringfügig unterschritten. Insgesamt kann in diesem Jahr mit einer leicht unterdurchschnittlichen Getreideernte (ohne Körnermais) von 6,4 Millionen Tonnen gerechnet werden. Gegenüber der schlechten Ernte des Vorjahres (6,2 Millionen Tonnen) bedeutet dies zwar eine Steigerung um gut drei Prozent, der Durchschnitt der vergangenen sechs Jahre (6,6 Millionen Tonnen) wird jedoch um rund drei Prozent unterschritten.

Nachfolgend sind die voraussichtlichen Erntemengen und durchschnittlichen Hektarerträge für Bayern im Jahr 2011 und im Durchschnitt der Jahre 2005 bis 2010 nach Getreidearten dargestellt:

Getreidearten (ohne Körnermais)	Erntemengen		Durchschnittliche Hektarerträge	
	2011	Durchschnitt der Jahre 2005 bis 2010	2011	Durchschnitt der Jahre 2005 bis 2010
	1 000 Tonnen		Dezitonnen je Hektar (dt/ha)	
Weizen zusammen	3 690,8	3 545,1	70,0	69,8
Wintergerste	1 398,1	1 640,5	56,1	58,1
Sommergerste	563,4	625,7	47,8	44,2
Hafer	136,3	163,5	43,3	43,3
Triticale	432,1	398,9	51,9	57,2
Roggen und Wintermenggetreide	157,3	209,2	39,9	52,1
Sonstige	23,7	22,9	44,1	42,1
Insgesamt	6 401,7	6 605,6	60,7	60,9

Ausführliche endgültige Ergebnisse enthält der voraussichtlich im Frühjahr 2012 erscheinende Statistische Bericht C II 1 „Ernte der Feldfrüchte und des Grünlandes in Bayern 2011“ (Best.-Nr C 21023, Preis 4,20 €).*

Bayerische Hühner legten im 1. Halbjahr 466 Millionen Eier, gut ein Fünftel mehr als vor Jahresfrist

In Bayern wurden im 1. Halbjahr 2011 von den 128 Legehennenbetrieben mit mindestens 3 000 Hennenhaltungsplätzen 465,6 Millionen Eier erzeugt. Dies waren 83,2 Millionen Eier bzw. 21,7 % mehr als in den ersten sechs Monaten des Vorjahres. Mit einem monatlichen Durchschnittsbestand von 3,18 Mil-

lionen Legehennen wurde der entsprechende Vorjahresbestand um 15,8 % (433 300 Tiere) übertroffen. Ursächlich für die hohe Zunahme ist, dass nach dem Verbot der konventionellen Käfighaltung in Deutschland (seit dem 1. Januar 2010) die hiervon betroffenen Betriebe ihre Umrüstungsmaß-

nahmen auf andere Haltungssysteme nunmehr abgeschlossen und ihren Hennenbestand wieder aufgestockt haben. Im Durchschnitt wurden im 1. Halbjahr dieses Jahres in Bayern von jeder Henne 24 Eier pro Monat gelegt. Sieben von zehn Eiern wurden in den 18 Großbetrieben mit minde-

stens 30 000 Hennenhaltungsplätzen erzeugt. Jeder dieser Betriebe besaß im Schnitt 121 000 Hennen. Diese wiesen mit 150 Eiern auch eine überdurchschnittliche Legeleistung auf. In den kleineren Betrieben wurden je Henne in den ersten sechs Monaten dagegen „nur“ 139 Eier gelegt.

57 % der Eier (265,6 Millionen) stammten von Betrieben in Niederbayern, weitere 20,7 % aus der Oberpfalz (96,3 Millionen). In den übrigen Regierungsbezirken wurden zwischen 6,5 % (Oberbayern) und 3,4 % (Oberfranken) der Eier erzeugt. Die leistungsstärksten Legehennen befanden sich in der

Oberpfalz und in Mittelfranken. Dort legte jede Henne in den ersten sechs Monaten durchschnittlich 158 bzw. 153 Eier. Dagegen brachten es die Hennen in Unterfranken und Oberbayern nur auf 134 bzw. 132 Eier.

Weniger Gewerbeanmeldungen in Bayern

Mit insgesamt 72 716 Anzeigen in Bayern wurden im 1. Halbjahr 2011 um 7,6 % weniger Gewerbe an-

gemeldet als von Januar bis Juni 2010. Von diesen Gewerbeanmeldungen sind 58 352 Neugrün-

dungen (-10,0 % im Vergleich zum Vorjahresergebnis), 8 629 Zuzüge in den Meldebezirk (+9,7 %) und

Gewerbeanmeldungen und -abmeldungen in Bayern im 1. Halbjahr 2010 und 2011

Bezeichnung	Gewerbeanmeldungen ¹			Gewerbeabmeldungen ¹		
	1. Halbjahr 2010	1. Halbjahr 2011	Veränd. 2011 ggü. 2010	1. Halbjahr 2010	1. Halbjahr 2011	Veränd. 2011 ggü. 2010
	Anzahl		%	Anzahl		%
Nach Wirtschaftsabschnitten²						
Land- u. Forstwirtschaft, Fischerei	699	714	2,1	480	477	-0,6
Bergbau u. Gewinnung v. Steinen u. Erden	71	69	-2,8	35	40	14,3
Verarbeitendes Gewerbe	3 585	3 440	-4,0	2 682	2 700	0,7
Energieversorgung	5 855	2 661	-54,6	410	384	-6,3
Wasserversorgung; Entsorgung, Beseitigung v. Umweltverschmutzungen	99	105	6,1	88	86	-2,3
Baugewerbe	8 748	10 034	14,7	6 115	7 312	19,6
Handel; Instandhaltung u. Reparatur v. Kfz	16 666	14 737	-11,6	15 107	13 927	-7,8
Verkehr u. Lagerei	2 649	2 554	-3,6	2 524	2 650	5,0
Gastgewerbe	5 397	5 032	-6,8	5 131	4 859	-5,3
Information u. Kommunikation	3 317	3 104	-6,4	2 518	2 390	-5,1
Finanz- u. Versicherungsleistungen	2 954	2 522	-14,6	2 853	2 641	-7,4
Grundstücks- u. Wohnungswesen	1 719	1 731	0,7	1 368	1 261	-7,8
Freiberufliche, wissenschaftliche u. technische Dienstleistungen	7 641	7 166	-6,2	4 888	4 943	1,1
Sonstige wirtschaftliche Dienstleistungen	9 310	9 195	-1,2	6 617	6 840	3,4
Erziehung u. Unterricht	1 318	1 315	-0,2	746	822	10,2
Gesundheits- u. Sozialwesen	1 053	1 007	-4,4	742	748	0,8
Kunst, Unterhaltung u. Erholung	1 553	1 527	-1,7	1 069	999	-6,5
Sonstige Dienstleistungen	6 031	5 803	-3,8	4 416	4 429	0,3
Insgesamt	78 665	72 716	-7,6	57 789	57 508	-0,5
Nach Regierungsbezirken						
Oberbayern	33 160	31 320	-5,5	24 103	24 084	-0,1
Niederbayern	6 954	6 168	-11,3	5 137	5 126	-0,2
Oberpfalz	5 427	4 784	-11,8	3 852	3 821	-0,8
Oberfranken	5 193	4 560	-12,2	3 941	3 781	-4,1
Mittelfranken	9 813	9 702	-1,1	7 498	7 639	1,9
Unterfranken	7 065	6 067	-14,1	5 287	5 113	-3,3
Schwaben	11 053	10 115	-8,5	7 971	7 944	-0,3
Bayern	78 665	72 716	-7,6	57 789	57 508	-0,5
Kreisfreie Städte	24 907	24 686	-0,9	18 729	19 009	1,5
Landkreise	53 758	48 030	-10,7	39 060	38 499	-1,4

¹ Ohne Automatenaufsteller und Reisegewerbe.

² Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008).

5 483 Übernahmen aufgrund Rechtsformwechsel, Gesellschafteintritt, Erbfolge, Kauf oder Pacht (-3,5%). Unter den Neugründungen befinden sich 23,1 % Betriebsgründungen (1. Halbjahr 2010: 21,3%), also Gewerbeanmeldungen mit größerer wirtschaftlicher Bedeutung.

Die meisten Anmeldungen verbuchte traditionell der Wirtschaftsbereich

„Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kfz“ (14 737 Anzeigen, -11,6% im Vergleich zum Vorjahresergebnis), in großem Abstand gefolgt vom „Baugewerbe“, das mit 10 034 Anzeigen einen au-

ßergewöhnlichen Zuwachs um +14,7% verzeichnen konnte. Demgegenüber hatten fast alle anderen Wirtschaftsabschnitte Einbußen hinzunehmen, darunter der Sektor „Energieversorgung“ den relativ stärksten Rückgang mit -54,6% auf 2 661 Anmeldungen.

Das rückläufige Gesamtergebnis bei den Gewerbeanmeldungen im 1. Halbjahr 2011 spiegelt sich zwangsläufig in den Regionalergebnissen wider. Wenngleich in unterschiedlicher Intensität, war ein Anzeigenrückgang für alle bayerischen Regierungsbezirke festzustellen. Relativ am stärksten ist die Zahl der Gewerbeanmeldungen in

Unterfranken zurückgegangen und am schwächsten in Mittelfranken (-14,1%).

Die Zahl der Gewerbeabmeldungen bezifferte sich in Bayern im 1. Halbjahr 2011 auf 57 508 und war damit im Vergleich zum Vorjahresergebnis fast unverändert (-0,5%). In 73,5% der Fälle wurden dabei vollständige Aufgaben angezeigt, darunter 22,7% Betriebsaufgaben (im 1. Halbjahr 2010: 74,5% bzw. 23,4%).

Ausführliche Ergebnisse enthält der Statistische Bericht „Statistik der Gewerbeanzeigen in Bayern im Juni 2011“ (Bestellnummer: D1201C, Preis der Druckausgabe: 4,90 €).*

Gästekünfte und Übernachtungen auch im Juli im Plus

Die gut 13 300 geöffneten bayerischen Beherbergungsbetriebe mit neun oder mehr Gästebetten (einschl. der Campingplätze) zählten im Juli 2011 nach vorläufigen Ergebnissen über 3,5 Millionen Gästekünfte und knapp 9,5 Millionen Übernachtungen. Das waren 6,0% mehr Gästekünfte und 2,9% mehr Übernachtungen als im Vorjahresmonat. Die Zahl der Gästekünfte aus Deutschland erhöhte sich um 6,8% auf fast 2,6 Millionen und die der inländischen Übernachtungen um 2,7% auf gut 7,5 Millionen. Die Zahl der Gästekünfte aus dem Ausland stieg um 3,8% auf knapp 1,0 Millionen, die der Übernachtungen aus dem Ausland erhöht sich um 3,6% auf über 1,9 Millionen.

Maßgeblich für den Aufwärtstrend im Juli 2011 waren die Betriebs-

arten der Hotellerie (Hotels, Gasthöfe und Pensionen): Die gut 9 100 geöffneten Hotelleriebetriebe verbuchten gegenüber dem Vorjahresmonat ein Plus von 7,9% bei den Gästekünften und von 6,2% bei den Übernachtungen. Daneben verzeichneten nur noch die Erholungs-, Ferien- und Schulungsheime bei beiden Kenngrößen Zuwächse (Gästekünfte: +3,8%; Übernachtungen: +4,6%). Bei den Ferienzentren, -häusern und -wohnungen stieg zwar die Zahl der Gästekünfte deutlich, die Zahl der Übernachtungen ging jedoch leicht zurück. Alle anderen Betriebsarten zählten im Juli 2011 weniger Gästekünfte und Übernachtungen als im Vorjahresmonat.

Mit Ausnahme eines leichten Rückgangs der Übernachtungszahlen in Schwaben (-0,2%), stieg die

Zahl der Gästekünfte und Übernachtungen in allen bayerischen Regierungsbezirken. Die Zunahme bei der Zahl der Gästekünfte lag zwischen einem Plus von 9,0% in Niederbayern und von 4,6% in Oberbayern; bei den Übernachtungen war der Zuwachs in Mittelfranken am höchsten (+7,8%) und in Oberbayern (+1,5%) am geringsten.

Von Januar bis Juli 2011 erhöhte sich die Zahl der Gästekünfte in Bayern gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 5,5% auf fast 16,7 Millionen, die Zahl der Übernachtungen nahm um 3,3% auf knapp 45,1 Millionen zu.

Ausführliche Ergebnisse enthält der Statistische Bericht „Tourismus in Bayern im Juli 2011“ (Bestellnummer: G41003).*

Bayerns Fremdenverkehr im Juli und von Januar bis Juli 2011								
Betriebsart — Herkunft — Gebiet	Juli				Januar - Juli			
	Gästeankünfte		Gästeübernachtungen		Gästeankünfte		Gästeübernachtungen	
	insgesamt	Veränderung zum Vorjahresmonat in %	insgesamt	Veränderung zum Vorjahresmonat in %	insgesamt	Veränderung zum Vorjahreszeitraum in %	insgesamt	Veränderung zum Vorjahreszeitraum in %
Hotels	1 581 411	6,4	3 361 698	5,4	8 105 692	5,1	17 395 631	4,3
Hotels garnis	574 188	14,5	1 410 811	9,0	2 808 623	11,2	6 737 773	7,7
Gasthöfe	437 156	4,4	893 184	4,8	1 941 933	3,6	4 135 202	4,5
Pensionen	160 241	10,5	512 020	6,4	758 081	7,5	2 349 848	4,6
Hotellerie zusammen	2 752 996	7,9	6 177 713	6,2	13 614 329	6,2	30 618 454	5,1
Jugendherbergen und Hütten	137 115	-0,6	293 382	-5,0	543 713	1,3	1 286 957	-0,3
Erholungs-, Ferien-, Schulungsheime	166 409	3,8	544 118	4,6	949 143	0,0	2 869 092	-0,2
Ferienzentren, -häuser, -wohnungen	146 272	6,6	1 017 383	-0,1	612 172	2,5	3 834 380	-0,7
Campingplätze	275 273	-5,4	806 148	-8,1	702 353	9,8	2 271 284	7,7
Vorsorge- und Reha-Kliniken	34 584	-5,4	652 096	-4,0	229 830	-3,2	4 179 588	-3,8
Insgesamt	3 512 649	6,0	9 490 840	2,9	16 651 540	5,5	45 059 755	3,3
davon aus dem								
Inland	2 561 497	6,8	7 548 662	2,7	12 884 645	6,0	37 137 998	3,0
Ausland	951 152	3,8	1 942 178	3,6	3 766 895	3,8	7 921 757	4,7
davon								
Oberbayern	1 568 374	4,6	3 944 622	1,5	7 515 761	5,3	18 382 912	3,5
dar. München	627 546	8,0	1 277 859	5,4	3 280 370	7,6	6 513 267	6,1
Niederbayern	307 141	9,0	1 283 671	4,4	1 548 790	5,2	6 486 803	1,3
Oberpfalz	212 698	8,9	565 492	5,6	985 832	5,2	2 581 450	3,3
Oberfranken	215 741	6,0	530 258	4,3	994 417	3,9	2 585 107	3,8
Mittelfranken	394 846	7,0	802 412	7,8	1 882 953	5,4	3 934 831	5,6
dar. Nürnberg	142 266	16,5	241 669	16,6	759 988	8,0	1 383 639	5,6
Unterfranken	293 006	6,9	724 933	7,2	1 381 629	6,0	3 607 868	4,1
Schwaben	520 843	6,1	1 639 452	-0,2	2 342 158	7,0	7 480 784	3,0

Umsatz des bayerischen Gastgewerbes im Juli leicht gestiegen

Im Juli 2011 stieg der Umsatz im bayerischen Gastgewerbe (Beherbergungsgewerbe und Gastronomie) im Vergleich zum Vorjahresmonat nominal um 2,2% und real (preisbereinigt) um 0,5%. In der Beherbergung erhöhte sich der

Umsatz in aktuellen Preisen um 3,9% und in bereinigten Preisen um 2,1%. In der Gastronomie nahm der nominale Umsatz ebenfalls zu (+0,9%), der reale Umsatz ging jedoch zurück (-0,6%). Die Zahl der Beschäftigten wuchs in

der Beherbergung um 0,8%, in der Gastronomie sank sie um 1,3%, damit nahm die Beschäftigtenzahl im Gastgewerbe insgesamt um 0,6% ab. Von Januar bis Juli 2011 wuchs der Umsatz des Gastgewerbes im Vergleich zum Vorjah-

Umsatz und Beschäftigte des bayerischen Gastgewerbes im Juli und von Januar bis Juli 2011					
Vorläufige Daten					
Wirtschaftszweig	Umsatz		Beschäftigte	davon	
	nominal	real		Vollzeit- beschäftigte	Teilzeit- beschäftigte
	Veränderung gegenüber Vorjahreszeitraum in %				
Juli					
Beherbergung	3,9	2,1	0,8	2,1	-0,6
Gastronomie	0,9	-0,6	-1,3	1,1	-2,5
Gastgewerbe insgesamt	2,2	0,5	-0,6	1,5	-1,9
Januar bis Juli					
Beherbergung	3,0	2,2	0,2	0,4	0,0
Gastronomie	5,7	4,2	-0,4	1,2	-1,3
Gastgewerbe insgesamt	4,6	3,4	-0,2	0,8	-0,9

reszeitraum nominal um 4,6% (real: +3,4%). In der Beherbergung erhöhte er sich um 3,0% (+2,2%) und in der Gastronomie um 5,7% (+4,2%). Die Zahl der Beschäf-

tigten des Gastgewerbes nahm um 0,2% ab, wobei sie in der Beherbergung um 0,2% stieg und in der Gastronomie um 0,4% zurückging.

Ausführliche Ergebnisse enthält der Statistische Bericht „Umsatz und Beschäftigte im bayerischen Gastgewerbe im Juli 2011“. * Die hier ausgewiesenen Ergebnisse werden anhand zu diesem Berichtsmonat verspätet eingehender Mitteilungen von befragten Unternehmen in den nachfolgenden Monaten laufend aktualisiert.

Leichter Umsatzrückgang beim bayerischen Bauhauptgewerbe im Juli 2011

Der baugewerbliche Umsatz der Betriebe von Unternehmen mit 20 oder mehr Beschäftigten im Bauhauptgewerbe in Bayern betrug im Juli 2011 insgesamt 1,1 Milliarden Euro. Der baugewerbliche Umsatz lag damit um 11,2 Millionen Euro (-1,0%) unter dem Wert vom Juli 2010. Dieser Umsatzrückgang ging insbesondere auf die Bereiche Hochbau für Organisati-

onen ohne Erwerbszweck und für Gebietskörperschaften und Sozialversicherungen zurück. Hier wurde im Berichtsmonat ein Umsatz von 92,7 Millionen Euro erzielt (-16,3% ggü. Juli 2010). Die Umsätze der Bereiche gewerblicher und industrieller Tiefbau (124,9 Millionen Euro; -10%), sowie Straßenbau (157,8 Millionen Euro; -7,2%) zeigten sich ebenfalls rückläufig.

Eine Umsatzsteigerung im Vergleich zum Juli 2010 zeichnete sich dagegen im Wohnungsbau ab, wo im Berichtsmonat ein baugewerblicher Umsatz von 260,2 Millionen Euro (+12,0%) erzielt wurde.

Die Auftragseingänge der Betriebe von Unternehmen mit 20 oder mehr tätigen Personen im baye-

Baugewerblicher Umsatz von Betrieben des Bauhauptgewerbes in Bayern im Juli 2010 und 2011
(Betriebe von Unternehmen mit 20 oder mehr Beschäftigten)

Regierungs- bezirk	Bau- gewerb- licher Umsatz insgesamt (1 000 €)	davon					
		Wohnungs- bau	gewerb- l. und industrieller Bau	davon		öffentl. und Verkehrs- bau	darunter Straßenbau
				Hoch- bau	Tief- bau		
Juli 2011							
Oberbayern	267 507	75 966	101 625	62 821	38 804	89 916	42 615
Niederbayern	173 228	37 784	71 527	58 867	12 660	63 917	24 948
Oberpfalz	178 586	27 862	85 884	66 779	19 105	64 840	28 376
Oberfranken	89 050	23 366	35 970	30 606	5 364	29 714	10 960
Mittelfranken	82 203	25 372	26 681	16 697	9 984	30 150	8 158
Unterfranken	104 757	15 055	44 923	28 384	16 539	44 779	15 542
Schwaben	180 674	54 784	59 669	37 271	22 398	66 221	27 213
Bayern	1 076 007	260 188	426 280	301 425	124 855	389 539	157 814
Juli 2010							
Oberbayern	261 746	65 168	103 560	65 030	38 530	93 018	45 634
Niederbayern	178 774	35 918	78 237	45 194	33 043	64 619	24 350
Oberpfalz	190 041	27 970	94 148	76 717	17 431	67 923	29 324
Oberfranken	96 284	16 746	35 449	27 797	7 652	44 089	15 460
Mittelfranken	88 421	24 766	29 405	18 174	11 231	34 250	9 660
Unterfranken	99 815	13 585	37 987	29 237	8 750	48 243	13 951
Schwaben	172 163	48 154	57 225	35 093	22 132	66 784	31 761
Bayern	1 087 236	232 305	436 010	297 241	138 769	418 921	170 137
Veränderung Juli 2011 gegenüber Juli 2010 in %							
Oberbayern	2,2	16,6	-1,9	-3,4	0,7	-3,3	-6,6
Niederbayern	-3,1	5,2	-8,6	30,3	-61,7	93,4	2,5
Oberpfalz	-6,0	-0,4	-8,8	-13,0	9,6	272,0	-3,2
Oberfranken	-7,5	39,5	1,5	10,1	-29,9	-32,6	-29,1
Mittelfranken	-7,0	2,4	-9,3	-8,1	-11,1	-12,0	-15,5
Unterfranken	5,0	10,8	18,3	-2,9	89,0	-7,2	11,4
Schwaben	4,9	13,8	4,3	6,2	1,2	-0,8	-14,3
Bayern	-1,0	12,0	-2,2	1,4	-10,0	-7,0	-7,2

rischen Bauhauptgewerbe stiegen insgesamt an. Sie betrugen im Juli 2011 insgesamt 1,2 Milliarden Euro und lagen damit nominal um 30,9% über dem Wert des Vorjahresmonats. Diese Entwicklung ging vor allem auf den Straßenbau sowie den Tiefbau für Gebietskörperschaften und Sozialversicherungen zurück, wo die Auftragseingänge im Juli 2011 bei 464,9 Millionen Euro und somit um 81,3% über dem Wert des

Vorjahresmonats lagen. Im Wohnungsbau lag der Auftragseingang im Juli 2011 bei 246,3 Millionen Euro (+10,7% gegenüber Juli 2010). Mit 14,6 Millionen Euro zeigte sich der Auftragseingang im Hochbau für Organisationen ohne Erwerbszweck dagegen rückläufig (-14,2%).

Ende Juli 2011 waren insgesamt 72 098 Beschäftigte in den Betrieben des Bauhauptgewerbes von

Unternehmen mit mindestens 20 Personen tätig. Dies sind 1,9% mehr als vor einem Jahr. Die Anzahl der in diesen Betrieben des Bauhauptgewerbes geleisteten Arbeitsstunden lag im Juli 2011 bei 8,2 Millionen Stunden und somit um 1,4% unter dem Vergleichswert des Vorjahres.

Ausführliche Ergebnisse enthält der Statistische Bericht „Baugewerbe in Bayern im Juli 2011“ (Bestellnummer: E21003 201107, Preis der Druckausgabe: 7.90 €).*

Auftragsbestand im bayerischen Bauhauptgewerbe Ende Juni 2011 leicht über Vorjahresniveau

5,24 Milliarden Euro betrug der Auftragsbestand der Betriebe des Bauhauptgewerbes von Unternehmen mit 20 oder mehr Beschäftigten Ende des 2. Quartals 2011. Das war nominell um 0,2% mehr als vor einem Jahr. Dabei entwickelten sich die Auftragsbestände in den einzelnen Bausparten unterschiedlich. Erhöhte Auftragsbestände gegenüber dem Vorjahreswert gab es in den Bereichen Wohnungsbau (+20,4% auf 1,03 Milliarden Euro Ende Juni 2011), Hochbau für Organisationen oh-

ne Erwerbszweck (+47,2% auf 66,4 Millionen Euro), gewerblicher und industrieller Tiefbau (+4,6% auf 734,9 Millionen Euro) und im gewerblichen und industriellen Hochbau (+0,7% auf 1,32 Milliarden Euro). Im Vergleich zum Vorjahreswert geringere Auftragsbestände waren dagegen in den Sparten Hochbau für Gebietskörperschaften und Sozialversicherungen (-13,6% auf 427,3 Millionen Euro), Tiefbau für Gebietskörperschaften und Sozialversicherungen (-13,0% auf 860,2 Millionen Euro)

und Straßenbau (-3,6% auf 805,3 Millionen Euro) zu verzeichnen.

Auf Betriebe in Oberbayern entfielen vom gesamten Auftragsbestand 27,6% (1,45 Milliarden Euro), auf Betriebe in Niederbayern 18,1% (951,8 Millionen Euro) und auf Betriebe in der Oberpfalz 16,4% (858,2 Millionen Euro). Für Schwaben lag der Anteil bei 14,3% (bzw. 751,0 Millionen Euro). Wesentlich geringer waren diese Quoten in den fränkischen Regierungsbezirken. So hatten die Be-

Auftragsbestände im Bauhauptgewerbe in Bayern Ende Juni 2011 nach Sparten und Regierungsbezirken
(Betriebe von Unternehmen mit 20 oder mehr Beschäftigten)

Regierungsbezirk	Auftrags- bestände ins- gesamt	davon						
		Woh- nungs- bau	gewerbl. u. industr. Hochbau	gewerbl. u. industr. Tiefbau	Hochbau f. Organi- sationen ohne Erwerbs- zweck	Hochbau f. Gebiets- körper- schaften u. Soz.- vers.	Straßen- bau	Tiefbau f. Gebiets- körper- schaften u. Soz.-vers.
	1 000 €							
Oberbayern	1 447 552	268 445	279 986	196 589	13 108	69 379	304 096	315 949
Niederbayern	951 807	196 480	362 189	117 500	4 131	58 529	81 185	131 793
Oberpfalz	858 162	89 995	264 019	201 807	13 094	91 929	115 981	81 337
Oberfranken	433 376	118 326	71 704	12 581	8 910	64 504	90 536	66 815
Mittelfranken	356 745	95 855	65 314	55 994	7 450	19 520	25 772	86 840
Unterfranken	445 754	43 456	133 896	42 176	9 248	61 678	62 487	92 813
Schwaben	750 962	219 222	141 340	108 273	10 467	61 806	125 211	84 643
Bayern	5 244 354	1 031 779	1 318 450	734 916	66 406	427 345	805 268	860 190
Veränd. ggü. Ende Juni 2010 in %	0,2	20,4	0,7	4,6	47,2	-13,6	-3,6	-13

triebe in Unterfranken einen Anteil von 8,5% (bzw. 445,8 Millionen Euro) am insgesamt in Bayern registrierten Auftragsbestand. In Oberfranken lag dieser Anteil bei 8,3% (433,4 Millionen Euro) und in Mittelfranken bei 6,8% (356,7 Millionen Euro). – Im Regierungsbezirk Oberfranken war mit +29,5% ein

kräftiger Anstieg des Auftragsbestands im Vergleich zum Vorjahreswert zu verzeichnen. Aufwärtseentwicklungen gab es daneben auch in Mittelfranken (+18,9%), Niederbayern (+8,0%) und Schwaben (+4,0%). Rückläufig zeigten sich die Auftragsbestände dagegen bei den bauhauptgewerblichen Betrie-

ben in Oberbayern (-9,4%), Unterfranken (-8,9%) und in der Oberpfalz (-5,3%).

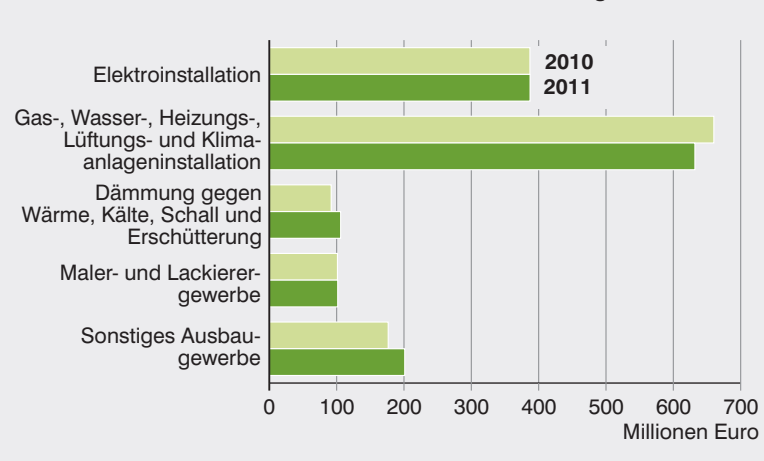
Ausführliche Ergebnisse enthält der Statistische Bericht Baugewerbe in Bayern im Juli 2011 (Bestellnummer: E21003 201107, Preis der Druckausgabe: 7,90 €).*

Ausbaugewerblicher Umsatz in Bayern im zweiten Quartal 2011 knapp über Vorjahresniveau

Die 1 116 Betriebe des Ausbaugewerbes von Unternehmen mit 20 oder mehr Beschäftigten in Bayern erwirtschafteten im zweiten Quartal 2011 einen ausbaugewerblichen Umsatz in Höhe von 1,43 Milliarden Euro. Dies sind 11,1 Millionen Euro bzw. 0,8% mehr als im gleichen Quartal des Vorjahres. Die Anzahl der Betriebe lag dabei im Berichtsquartal um 2,8% über derjenigen des zweiten Quartals 2010. Ende Juni 2011 waren in diesen Betrieben insgesamt 50 625 Beschäftigte tätig (+2,6% gegenüber Ende Juni 2010), darunter 48 890 im ausbaugewerblichen Bereich (+2,0%). Die Anzahl der im Berichtsquartal geleisteten Arbeitsstunden betrug 15,0 Millionen (+3,7% gegenüber dem Vorjahresquartal), und die gezahlte Entgeltsumme belief sich auf 350,5 Millionen Euro (+7,2%).

Vom insgesamt im Berichtsquartal erzielten ausbaugewerblichen Umsatz entfielen 632,0 Millionen Euro bzw. 44,3% auf die Sparte Gas-, Wasser-, Heizungs-, Lüftungs- und Klimaanlageinstallation. In diesem Bereich nahm der Umsatz im Vergleich zum Vorjahresquartal um 4,3% ab. Im Bereich Elektroinstallation lag der ausbaugewerbliche Umsatz im Berichtsquartal bei 387,3 Millionen Euro (Anteil: 27,1%) und damit nahezu auf

Ausbaugewerblicher Umsatz in Bayern im 2. Quartal 2010 und 2011 nach Gewerbebereichen
Betriebe von Unternehmen mit 20 oder mehr Beschäftigten



dem Vorjahresniveau (+0,1%). Mit 101,6 Millionen Euro (Anteil: 7,1%), ebenfalls knapp über dem Vorjahresniveau, lag der ausbaugewerbliche Umsatz im Maler- und Lackierergewerbe (+0,4%). In der Sparte Dämmung gegen Wärme, Kälte, Schall und Erschütterung erhöhte sich der ausbaugewerbliche Umsatz im Vergleich zum 2. Quartal 2010 um 15,3% und lag im Berichtsquartal bei 105,9 Millionen Euro (Anteil: 7,4%).

Unter den bayerischen Regierungsbezirken wies Oberbayern mit 532,2 Millionen Euro bzw. 37,3% den größten Anteil am ausbaugewerblichen Umsatz im Berichtsquartal auf, gefolgt von Nie-

derbayern (204,9 Millionen Euro; Anteil: 14,3%) und Schwaben (179,7 Millionen Euro; Anteil: 12,6%). Einen im Vergleich zum 2. Quartal 2010 gestiegenen ausbaugewerblichen Umsatz wiesen im Berichtsquartal die Regierungsbezirke Schwaben (+14,9%), Unterfranken (+8,2%), Oberpfalz (+8,0%), Mittelfranken (+8,0%) und Oberbayern (+1,3%) auf. Rückläufig zeigte sich der ausbaugewerbliche Umsatz dagegen in den Regierungsbezirken Niederbayern (-15,0%) und Oberfranken (-10,3%).

Ausführliche Ergebnisse enthält der Statistische Bericht „Baugewerbe in Bayern im Juli 2011“ (Bestellnummer: E21003 201107, Preis der Druckausgabe: 7,90 €).*

Bayerns Außenhandel wuchs im 1. Halbjahr 2011 um rund ein Sechstel

Die bayerischen Ausfuhren nahmen im 1. Halbjahr 2011 im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 15,3 % auf knapp 79,037 Milliarden Euro zu, die Einfuhren stiegen um 16,4 % auf rund 72,510 Milliarden Euro. 55,8 % der Ausfuhren (44,077 Milliarden Euro; +10,2 %) wurden in die Länder der Europäischen Union versandt, wobei 38,2 % aller Ausfuhren in die EU-Länder gingen (30,189 Milliarden Euro; +9,3 %). Der Anteil der Einfuhren aus den EU-Ländern lag bei 56,4 % (40,928 Milliarden Euro;

+15,8 %); dabei kamen 36,8 % aller Einfuhren aus den Ländern der Euro-Zone (26,689 Milliarden Euro; +14,9 %).

18 Länder kauften in Bayern für jeweils über eine Milliarde Euro ein. Die wertmäßig höchsten Verkäufe erzielte die bayerische Exportwirtschaft im Handel mit den USA (7,196 Milliarden Euro), China (6,889 Milliarden Euro) und Österreich (6,843 Milliarden Euro). Die bayerische Wirtschaft bezog Waren im Wert von jeweils über einer

Milliarde Euro aus 19 Ländern, darunter aus Österreich für 7,66 Milliarden Euro, aus China für 6,595 Milliarden Euro und aus Italien für 5,146 Milliarden Euro, um nur die wertmäßig bedeutendsten Ursprungsländer zu nennen.

Die wichtigsten Exportgüter waren im 1. Halbjahr 2011 „Personenkraftwagen und Wohnmobile“ mit einem Volumen von 15,860 Milliarden Euro, gefolgt von „Maschinen“ (12,584 Milliarden Euro). Bei den Importen lag „Erdöl und Erdgas“

Der Außenhandel Bayerns im 1. Halbjahr 2011

Erdteil / Ländergruppe / Land Warengruppe	Ausfuhr		Einfuhr		Export- (+) / Import- (-) überschuss
	insgesamt	Veränderung gegenüber Vorjahres- zeitraum	insgesamt	Veränderung gegenüber Vorjahres- zeitraum	
	1 000 €	%	1 000 €	%	1 000 €
Januar bis Juni					
Europa	51 811 847	12,9	51 091 136	16,5	720 711
dar. EU-Länder (EU 27)	44 076 591	10,2	40 928 117	15,8	3 148 474
dar. Euro-Länder	30 188 783	9,3	26 689 203	14,9	3 499 580
dar. Frankreich	5 793 408	11,2	3 431 822	15,1	2 361 586
Niederlande	3 036 999	1,5	3 482 828	16,7	- 445 829
Italien	5 836 435	8,7	5 146 310	13,4	690 125
Spanien	2 678 214	4,8	1 365 093	8,4	1 313 121
Belgien	2 610 426	17,1	1 797 569	13,9	812 857
Österreich	6 842 547	11,4	7 667 606	15,9	- 825 059
Slowakei	956 941	34,9	1 459 253	29,4	- 502 312
Vereinigtes Königreich	4 842 651	5,6	2 301 842	20,3	2 540 809
Schweden	1 505 192	22,8	611 329	12,6	893 863
Polen	2 197 007	21,6	1 897 628	21,4	299 379
Tschechische Republik	2 516 660	14,2	4 923 923	14,7	-2 407 263
Ungarn	1 195 731	6,7	2 796 809	16,1	-1 601 078
Rumänien	696 483	18,7	1 044 730	27,9	- 348 247
Schweiz	2 692 468	11,8	1 978 676	22,6	713 792
Türkei	1 425 873	57,6	993 551	28,7	432 322
Russische Föderation	1 865 557	60,6	4 413 980	21,4	-2 548 423
Kasachstan	81 518	59,5	1 474 655	0,9	-1 393 137
Afrika	1 410 118	2,6	2 686 092	41,8	-1 275 974
dar. Libyen	18 757	- 64,9	1 109 128	40,9	-1 090 371
Amerika	9 902 867	18,3	5 762 301	15,8	4 140 566
dar. USA	7 195 887	16,8	4 862 300	19,8	2 333 587
Asien	15 161 981	24,3	12 862 241	12,4	2 299 740
dar. Volksrepublik China	6 888 617	28,5	6 594 929	10,4	293 688
Republik Korea	1 244 507	44,1	485 085	4,0	759 422
Japan	1 377 678	5,7	1 777 319	12,1	- 399 641
Australien-Ozeanien	737 325	1,2	108 241	- 12,9	629 084
Verschiedenes*	12 550	- 17,2	-	- 100,0	12 550
Insgesamt	79 036 688	15,3	72 510 012	16,4	6 526 676
dar. Ernährungswirtschaft	3 758 741	12,7	3 632 361	7,0	126 380
Gewerbliche Wirtschaft	72 871 481	16,2	63 825 785	18,5	9 045 696

* Schiffs- und Luftfahrzeugbedarf, nicht ermittelte Länder und Gebiete.

(8,259 Milliarden Euro) vor „Maschinen“ (7,385 Milliarden Euro).

Im Juni 2011 exportierte die bayerische Wirtschaft Waren im Wert

von über 12,964 Milliarden Euro – dies sind 0,7 % weniger als im Juni 2010 – und importierte Waren im Wert von gut 12,086 Milliarden Euro (+6,6 %).

Ausführliche Ergebnisse enthält der Statistische Bericht „Ausfuhr und Einfuhr Bayerns im Juni 2011“.*

Einzelhandelsumsatz im Juli 2011 kaum verändert

Der Umsatz im bayerischen Einzelhandel (ohne Kraftfahrzeughandel) erhöhte sich im Juli 2011 im Vergleich zum Vorjahresmonat nominal um 0,2 %, nach Berücksichtigung der Preisentwicklung sank er jedoch um 1,3 %. Die Zahl der Vollzeit- und der Teilzeitbeschäftigten nahm jeweils um 1,8 % zu.

Im Einzelhandel mit Lebensmitteln lagen nominaler (-0,7 %) und realer (-2,6 %) Umsatz unter dem Vorjahresniveau. Im Einzelhandel

mit Nicht-Lebensmitteln nahm der nominale Umsatz zu (+0,8 %), der preisbereinigte Umsatz jedoch ab (-0,5 %). Die Zahl der Beschäftigten stieg im Lebensmittel-Einzelhandel (+0,7 %) ebenso wie im Nicht-Lebensmittel-Einzelhandel (+2,4 %).

Von Januar bis Juli 2011 erhöhte sich der Umsatz des bayerischen Einzelhandels gegenüber dem Vorjahreszeitraum in aktuellen Preisen um 3,9 % und in bereinigten

Preisen um 2,2 %. Die Zahl der Beschäftigten nahm um 1,3 % zu; dabei stieg die Zahl der Vollzeitbeschäftigten um 0,5 % und die der Teilzeitbeschäftigten um 1,8 %.

Ausführliche Ergebnisse enthält der Statistische Bericht „Umsatz und Beschäftigte im bayerischen Einzelhandel im Juli 2011“.*

Die hier ausgewiesenen Ergebnisse werden anhand zu diesem Berichtsmonat verspätet eingehender Mitteilungen von befragten Unternehmen in den nachfolgenden Monaten laufend aktualisiert.

Umsatz und Beschäftigte des Einzelhandels in Bayern im Juli und von Januar bis Juli 2011					
Vorläufige Ergebnisse					
Wirtschaftszweig	Umsatz		Beschäftigte	davon	
	nominal	real		Vollzeit- beschäftigte	Teilzeit- beschäftigte
	Veränderung gegenüber Vorjahreszeitraum in %				
Juli					
Einzelhandel mit Lebensmitteln	-0,7	-2,6	0,7	1,2	0,5
Einzelhandel mit Nicht-Lebensmitteln	0,8	-0,5	2,4	2,0	2,8
Einzelhandel insgesamt*	0,2	-1,3	1,8	1,8	1,8
Januar bis Juli					
Einzelhandel mit Lebensmitteln	3,0	0,8	1,5	1,1	1,7
Einzelhandel mit Nicht-Lebensmitteln	4,5	3,0	1,2	0,3	1,9
Einzelhandel insgesamt*	3,9	2,2	1,3	0,5	1,8

* Ohne Handel mit Kraftfahrzeugen.

Produktion des Verarbeitenden Gewerbes in Bayern im Juli 2011 um 6,3 % über dem Vorjahresniveau

Die Produktion der bayerischen Industrie (Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden) konnte im Juli 2011 gegenüber dem Vorjahresmonat um 6,3 % ausgeweitet

werden. Dabei stieg die Produktion im Vorleistungsgüterbereich um 6,5 %, im Investitionsgüterbereich um 8,7 % und bei den Gebrauchsgüterproduzenten um 5,2 %. Einen Rückgang von 1,1 %

musste der Verbrauchsgütersektor verzeichnen.

Im Vergleich zu den ersten sieben Monaten des Jahres 2010 war im entsprechenden Zeitraum 2011 ein

Produktion des Verarbeitenden Gewerbes Bayerns				
Ergebnisse für Betriebe mit 50 oder mehr tätigen Personen				
Bezeichnung	April	Mai	Juni	Juli
	2011			
Produktionsindex (kalendermonatlich) 2005 = 100				
Verarbeitendes Gewerbe insgesamt	109,7	122,1	111,8	118,0
darunter				
Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen	113,6	129,4	110,2	116,3
Maschinenbau	995,0	108,5	107,4	109,0
Herstellung von elektrischen Ausrüstungen	102,8	115,6	101,5	111,0
Herstellung von DV-Geräten, elektronischen und optischen Erzeugnissen	208,1	235,3	213,8	241,2
Veränderung in % zum Vorjahr				
Verarbeitendes Gewerbe insgesamt	8,4	18,8	-1,3	6,3
darunter				
Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen	16,5	25,0	-2,5	4,4
Maschinenbau	12,0	25,1	7,9	16,8
Herstellung von elektrischen Ausrüstungen	7,0	22,6	-5,2	4,5
Herstellung von DV-Geräten, elektronischen und optischen Erzeugnissen	14,7	22,2	-4,1	15,5

Produktionsanstieg von 10,7% zu verzeichnen. Am stärksten konnte die Produktion im Investitionsgüterbereich ausgeweitet werden,

mit einer Zuwachsrate von 14,2%. Die Gebrauchsgüterproduzenten legten um 11,9%, der Vorleistungsgütersektor um 11,6% zu.

Ausführliche Ergebnisse enthält der Statistische Bericht „Index der Produktion für das Verarbeitende Gewerbe in Bayern im Juli 2011“ (Bestellnummer: E1200C 201107, Druckausgabe eingestellt).*

Umsätze des Verarbeitenden Gewerbes in Bayern im Juli 2011 um 4,5% über dem Vorjahresniveau

Im Juli 2011 konnte das Verarbeitende Gewerbe Bayerns, das auch den Bergbau und die Gewinnung von Steinen und Erden umfasst, eine Umsatzsteigerung von 4,5% gegenüber dem Vorjahresmonat verzeichnen. Von den 26,4 Milliarden Euro Gesamtumsatz entfielen rund 13,7 Milliarden Euro auf Umsätze mit dem Ausland (+3,9%) und darunter rund 5,0 Milliarden Euro auf Umsätze mit den Ländern der Eurozone (+ 3,8%). Der Anteil der Auslandsumsätze am Gesamtumsatz betrug 52,1% und der Um-

sätze mit den Eurozonenländern 18,9%.

Der Personalstand des Verarbeitenden Gewerbes lag Ende Juli 2011 um 3,1% über dem Vorjahresstand.

Die preisbereinigten Auftragseingänge des Verarbeitenden Gewerbes in Bayern legten im Juli 2011 gegenüber dem Juli 2010 um 6,7% zu. Die Bestelleingänge aus dem Inland stiegen um 7,8%, die aus dem Ausland um 6,1%. Die größ-

ten Steigerungen ergaben sich bei den Vorleistungsgüterproduzenten (+11,9%; Inland: +19,0%), die geringste Zunahme bis hin zu einer geringen Abnahme bei den Verbrauchsgüterproduzenten (+0,4%; Inland: -2,0%).

Ausführliche Ergebnisse zu diesen Themen enthalten die Statistischen Berichte „Verarbeitendes Gewerbe in Bayern im Juli 2011“ (Bestellnummer: E11013 201107, Preis der Druckausgabe: 5,10 €) und „Index des Auftragseingangs für das Verarbeitende Gewerbe in Bayern im Juli 2011“ (Bestellnummer: E1300C 201107, Druckausgabe eingestellt).*

Knapp 30 000 Beschäftigte bei bayerischen Betrieben der Energie- und Wasserversorgung

Im Juli 2011 waren in den 258 befragten Betrieben der Energie- und Wasserversorgung insgesamt 29 904 Personen tätig; das waren

um 0,6% bzw. 187 Personen mehr als ein Jahr zuvor. Neun von zehn Beschäftigten im Bereich Energie- und Wasserversorgung

(26 816 Personen) arbeiteten im Juli 2011 in Betrieben mit Schwerpunkt in der Elektrizitätsversorgung. Dies waren um 72 Personen

bzw. 0,3% mehr als noch im Juli 2010. Jeder Mitarbeiter leistete hier im Schnitt 125 Arbeitsstunden im Monat. Der durchschnittliche Monatsverdienst lag in diesem Bereich bei 3 624 Euro.

In Betrieben, die überwiegend in der Gasversorgung tätig waren, waren im selben Berichtsmonat mit 2 004 um 77 Personen (+4,0%) mehr beschäftigt als ein Jahr zuvor. Diese arbeiteten im Berichtsmonat im Schnitt rund eine Stunde mehr als ihre Kollegen in der Elektrizitätsversorgung. Die monatlichen Verdienste waren mit durch-

schnittlich 4 517 Euro hier deutlich höher.

Im Bereich der Wasserversorgung, wo im Juli 2011 insgesamt 1 053 Mitarbeiter beschäftigt waren (Juli 2010: 1 017), wurden monatlich im Schnitt 119 Arbeitsstunden geleistet und ein Monatsverdienst von 2 717 Euro erzielt.

In der Wärme- und Kälteversorgung, dem kleinsten der vier Wirtschaftsbereiche, wurden im Juli 2011 von den 31 Personen im Schnitt 139 Arbeitsstunden geleistet. Der durchschnittliche Monats-

verdienst lag hier bei 4 458 Euro. Die dargestellten Ergebnisse sind vorläufig. Sie basieren auf Angaben aus dem Monatsbericht der Betriebe der Energie- und Wasserversorgung für Juli 2011. Im Rahmen dieser Erhebung werden vom Bayerischen Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung Betriebe der Energie- und Wasserversorgung von bayerischen Unternehmen mit 20 oder mehr Beschäftigten befragt.

Ausführliche Ergebnisse enthält der Statistische Bericht E IV (Bestellnummer: 42003 201142, Preis der Druckausgabe: 4,60 €).*

Strom- und Wärmeerzeugung in Anlagen für die allgemeine Versorgung im 1. Halbjahr 2011

Im ersten Halbjahr 2011 wurden in Bayern in Stromerzeugungsanlagen für die allgemeine Versorgung brutto insgesamt 37,3 Millionen MWh (Megawattstunde/n) Strom produziert; das waren um 0,8% weniger als im ersten Halbjahr 2010. Netto, d.h. abzüglich des Eigenverbrauchs der Kraftwerke, waren es insgesamt 35,5 Millionen MWh, wovon 9,3% (3,3 Millionen MWh) in Kraft-Wärme-Kopplung erzeugt wurden.

Ein Blick auf die eingesetzten Energieträger zeigt, dass die Kernenergie mit einem Anteil von knapp 59,0% (22,0 Millionen MWh) an der Bruttostromerzeugung nach wie vor am bedeutendsten ist. Die Wasserkraft kam mit brutto 6,6 Millionen MWh auf einen Anteil von 17,7% an der gesamten Stromerzeugung. Weitere 14% der Bruttostromerzeugung entfielen auf die Energieträger Erdgas und Erdöl-gas (5,2 Millionen MWh) und 4,9% auf Steinkohlen (1,8 Millionen MWh). Der Anteil der erneuerbaren Energieträger an der Bruttostrom-

erzeugung in Kraftwerken für die allgemeine Versorgung betrug 18,7%, ohne Wasserkraft allerdings nur 1,6%. Zu den erneuerbaren Energien zählen die Wasserkraft (ohne Pumpspeicherwasser), Windkraft, Photovoltaik, Geothermie, feste und flüssige biogene Stoffe, Biogas, Klärgas, Deponie-gas, Klärschlamm sowie 60% des Hausmülls und der Siedlungsabfälle.

Im ersten Halbjahr 2011 wurde um 7,3% weniger Strom aus Kernenergie erzeugt als im vergleichbaren Vorjahreszeitraum. Bei Steinkohlen war ein Rückgang um 3,5% zu beobachten. Dagegen wurde die Bruttostromerzeugung aus Wasserkraft gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 22,6% gesteigert. Die aus Erdgas und Erdöl-gas produzierte Strommenge erhöhte sich im selben Zeitraum um 7,5%.

Die Nettowärmeerzeugung in den Stromerzeugungsanlagen der allgemeinen Versorgung lag im er-

sten Halbjahr bei insgesamt 6,6 Millionen MWh. Verglichen mit der Erzeugung in der ersten Jahreshälfte 2010 war damit ein Rückgang um 5,8% zu verzeichnen. Erdgas und Erdöl-gas waren mit einem Anteil von 53,0% (3,5 Millionen MWh) wichtigste Energieträger bei der Wärmeerzeugung. 90,8% (6,0 Millionen MWh) der erzeugten Wärme wurden im Berichtszeitraum in Kraft-Wärme-Kopplung gewonnen (-6,0% gegenüber dem Vorjahr).

Die dargestellten Ergebnisse sind vorläufig. Sie basieren auf Angaben des Monatsberichts über die Elektrizitäts- und Wärmeerzeugung der Stromerzeugungsanlagen für die allgemeine Versorgung mit einer Engpassleistung von im Allgemeinen 1 MW oder mehr. Nicht einbezogen sind Industriekraftwerke sowie Kleinanlagen von gewerblichen und privaten Betreibern.

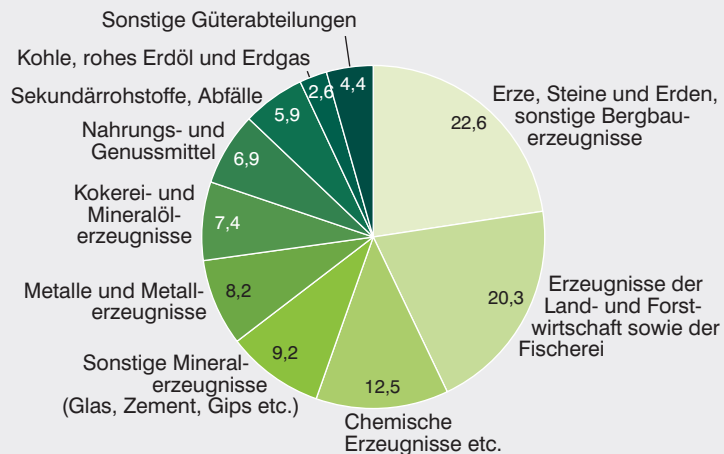
Ausführliche Ergebnisse enthalten die vierteljährlichen Statistischen Berichte E IV 2vj (Bestellnummer: E42003, Preis der Druckausgabe: 4,60 €).*

Gütertransport auf Main und Donau um 7 % gestiegen

Die bayerischen Häfen der Bundeswasserstraßen von Passau über Nürnberg bis Aschaffenburg schlugen im ersten Halbjahr 2011 insgesamt knapp 3,878 Millionen Tonnen Güter um; dies waren 7,0% mehr als in den ersten sechs Monaten 2010. Rund 2,403 Millionen Tonnen Güter (+14,3%) wurden in den bayerischen Häfen ausgeladen und nahezu 1,475 Millionen Tonnen eingeladen (-3,0%). Der Güterumschlag des Maingebiets stieg im 1. Halbjahr 2011 um 10,6% auf gut 2,338 Millionen Tonnen, der Güterumschlag des Donaugebiets nahm um 2,0% auf fast 1,540 Millionen Tonnen zu. Der Anteil des Mains am Güterumschlag der bayerischen Binnenschifffahrt lag mit 60,3% deutlich über dem der Donau mit 39,7%. Die umschlagstärksten Häfen am Main waren Aschaffenburg mit 393 000 Tonnen (+13,2%), Nürnberg mit 220 000 Tonnen (+9,7%) und Lengfurt mit 216 000 Tonnen (+21,3%), an der Donau waren es Regensburg, mit 734 000 Tonnen (+4,5%) auch Bayerns größter Hafen, Kelheim (243 000 Tonnen; +10,4%) und Straubing-Sand (219 000 Tonnen; -4,7%).

Mit einem Anteil von 876 000 Tonnen bzw. 22,6% waren Erze, Steine und Erden sowie sonstige Bergbauerzeugnisse die umschlagstärkste Güterabteilung, gefolgt von Erzeugnissen der Land- und Forstwirtschaft sowie der Fischerei mit 787 000 Tonnen bzw. 20,3% und Chemischen Erzeugnissen etc. (483 000 Tonnen; 12,5%). Bedeutende Anteile verzeichneten ferner die sonstigen Mineral-

Güterumschlag der Binnenschifffahrt in Bayern im 1. Halbjahr 2011 nach Güterabteilungen in Prozent



Güterumschlag der Binnenschifffahrt in Bayern im 1. Halbjahr 2010 und 2011 nach Verkehrsgebieten und ausgewählten Häfen

Verkehrsgebiet Hafen	Güterumschlag Januar bis Juni		
	2010	2011	
	1 000 t	1 000 t	Veränderung ggü. 2010 in %
Maingebiet	2 113	2 338	10,6
dar. Nürnberg	201	220	9,7
Bamberg	190	170	-10,3
Schweinfurt	180	177	-1,7
Würzburg	179	150	-16,5
Karlstadt	172	183	6,1
Lengfurt	178	216	21,3
Aschaffenburg	347	393	13,2
Donaugebiet	1 510	1 540	2,0
dar. Kelheim	220	243	10,4
Regensburg	702	734	4,5
Straubing - Sand	230	219	-4,7
Deggendorf	186	166	-10,5
Passau	115	135	17,3
Bayern insgesamt	3 623	3 878	7,0

erzeugnisse (Glas, Zement, Gips etc) mit 9,2%, Metalle und Metall-erzeugnisse (8,2%), Kokerei- und Mineralölerzeugnisse (7,4%), Nahrungs- und Genussmittel (6,9%) sowie Sekundärrohstoffe, Abfälle (5,9%).

Ausführliche Ergebnisse enthält der Statistische Bericht „Binnenschifffahrt in Bayern im Juni 2011“.*

Die Ausweisung der in der Binnenschifffahrt transportierten Güter erfolgt ab dem Berichtsjahr 2011 nach der NST-2007.

Zahl der Verunglückten im Juli deutlich zurückgegangen

Die bayerische Polizei nahm im Juli 2011 insgesamt 30 962 Straßenverkehrsunfälle auf (-2 168 gegenüber Vorjahresmonat), davon 5 157 Unfälle mit Personenschaden (-1 308) und 25 805 Unfälle mit ausschließlich Sachschaden (-860). Von den 6 755 verunglückten Personen (-1 622) wurden 67 getötet (-19), 1 124 schwer verletzt (-339) und 5 564 leicht verletzt (-1 264). Bei 897 Sachschadensunfällen (-68) lag eine Straftat oder eine Ordnungswidrigkeit vor (Bußgeld)

und mindestens ein Fahrzeug musste abgeschleppt werden. Bei 178 Sachschadensunfällen (-3) waren zwar alle Kraftfahrzeuge fahrbereit, aber mindestens ein Unfallbeteiligter stand unter dem Einfluss von Alkohol oder anderen berauschenden Mitteln. Die verbleibenden 24 730 Unfälle mit nur Sachschaden (-789) waren so genannte „Bagatellunfälle“, d.h. Sachschadensunfälle, bei denen keine der vormals genannten Bedingungen zutraf.

In den ersten sieben Monaten 2011 registrierte die bayerische Polizei insgesamt 196 210 Straßenverkehrsunfälle, 4 602 weniger als im Vorjahreszeitraum. Bei 29 627 Straßenverkehrsunfällen mit Personenschaden (+21) wurden 388 Personen getötet (-11), 6 746 schwer verletzt (+9) und 32 338 leicht verletzt (+23).

Ausführliche Ergebnisse enthält der Statistische Bericht „Straßenverkehrsunfälle in Bayern im Juli 2011“.*

Straßenverkehrsunfälle und Verunglückte im Juli und von Januar bis Juli 2011								
Vorläufige Ergebnisse								
Unfälle — Verunglückte	Juli		Veränderung		Januar bis Juli		Veränderung	
	2011	2010*			2011	2010*		
	Anzahl		in %		Anzahl		in %	
Straßenverkehrsunfälle insgesamt	30 962	33 130	-2 168	-6,5	196 210	200 812	-4 602	-2,3
dav. Unfälle mit Personenschaden	5 157	6 465	-1 308	-20,2	29 627	29 606	21	0,1
Unfälle mit nur Sachschaden	25 805	26 665	- 860	-3,2	166 583	171 206	-4 623	-2,7
dav. schwerwiegende Unfälle mit Sachschaden im engeren Sinne	897	965	- 68	-7,0	6 020	6 966	- 946	-13,6
sonstige Sachschadensunfälle unter dem Einfluss berauschender Mittel	178	181	- 3	-1,7	1 143	1 074	69	6,4
übrige Sachschadensunfälle	24 730	25 519	- 789	-3,1	159 420	163 166	-3 746	-2,3
Verunglückte insgesamt	6 755	8 377	-1 622	-19,4	39 472	39 451	21	0,1
dav. Getötete	67	86	- 19	-22,1	388	399	- 11	-2,8
Verletzte	6 688	8 291	-1 603	-19,3	39 084	39 052	32	0,1
dav. Schwerverletzte	1 124	1 463	- 339	-23,2	6 746	6 737	9	0,1
Leichtverletzte	5 564	6 828	-1 264	-18,5	32 338	32 315	23	0,1

* Endgültige Ergebnisse.

Knapp 4 Milliarden Euro für Kinder- und Jugendhilfe 2010

Für Leistungen und Aufgaben der Kinder- und Jugendhilfe wurden in Bayern im Jahr 2010 rund 3 834 Millionen Euro ausgegeben, was gegenüber dem Vorjahr mit 3 483 Millionen Euro einer Steigerung von gut 10 % entspricht. Nach Abzug der Einnahmen in Höhe von 304 Millionen Euro lagen die Nettoausgaben mit 3 530 Millionen Euro um 11 % über denen des Vorjahres (3 178 Millionen Euro). Von den Nettoausgaben wurden 1 968 Milli-

onen Euro (56 %) für Leistungen öffentlicher Träger und 1 562 Millionen Euro (44 %) für Zuschüsse an freie Träger verausgabt.

Von den Bruttoausgaben war die größte Position mit gut 2 553 Millionen Euro die Kindertagesbetreuung (+13,5 % gegenüber 2009). Hiervon flossen mehr als 2 520 Millionen Euro in die Tageseinrichtungen für Kinder (+13,4 % gegenüber 2009) und knapp 33 Millionen

Euro dienten der Unterstützung der Kindertagespflege (+26,6 % gegenüber 2009).

Mit rund 855 Millionen Euro wurden die Bereiche „Hilfe zur Erziehung“, „Eingliederungshilfe für seelisch behinderte Kinder und Jugendliche“, „Hilfe für junge Volljährige“ sowie „vorläufige Schutzmaßnahmen“ gefördert, was einem Plus von 5,6 % gegenüber 2009 entspricht. Dabei wurden mehr als

Ausgaben und Einnahmen für die Kinder- und Jugendhilfe im Jahr 2010 nach Regierungsbezirken					
Regierungsbezirk	Bruttoausgaben	darunter für		Einnahmen	Nettoausgaben
		Kindertagesbetreuung	Hilfe zur Erziehung, Eingliederungshilfe für behinderte Kinder und Hilfe für junge Volljährige sowie vorläufige Schutzmaßnahmen		
	€				
Oberbayern	2 071 172 839	1 485 150 764	380 547 253	139 603 557	1 931 569 282
Niederbayern	229 838 474	148 591 643	53 762 999	23 988 012	205 850 462
Oberpfalz	211 306 840	126 067 700	59 592 152	18 910 133	192 396 707
Oberfranken	198 409 649	105 663 713	63 198 875	13 541 604	184 868 045
Mittelfranken	481 189 828	290 403 761	128 664 129	44 096 934	437 092 894
Unterfranken	263 459 556	163 327 389	66 637 067	22 546 832	240 912 724
Schwaben	378 507 913	234 257 492	102 554 918	41 560 670	336 947 243
Bayern	3 833 885 099	2 553 462 462	854 957 393	304 247 742	3 529 637 357

24 Millionen Euro für Einrichtungen und gut 830 Millionen Euro für Einzel- und Gruppenhilfen dieser Hilfeart verausgabt. Von den Einzel- und Gruppenhilfen wurden mehr als 569 Millionen Euro für „Hilfe zur Erziehung“, fast 171 Millionen Euro als „Eingliederungshilfe für

seelisch behinderte Kinder und Jugendliche“, 73 Millionen Euro „Hilfen für junge Volljährige“ sowie gut 17 Millionen Euro für „vorläufige Maßnahmen zum Schutz von Kindern und Jugendlichen“, ausgegeben.

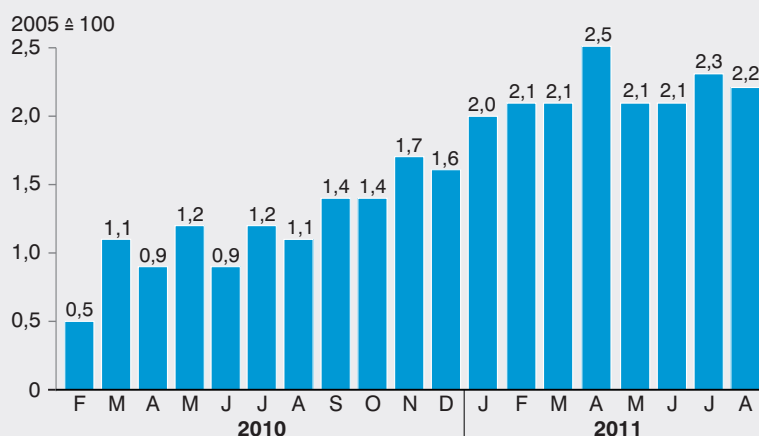
Ausführliche Ergebnisse enthält der Statistische Bericht Kinder- und Jugendhilfe in Bayern 2010, Ergebnisse zu Teil IV: Ausgaben und Einnahmen (Bestellnummer: K51043 201000, Preis der Druckausgabe: 8,30 €).*

Inflationsrate in Bayern im August bei 2,2 %

Für Bayern lag die Inflationsrate, das ist die Veränderung des Verbraucherpreisindex gegenüber dem entsprechenden Vorjahresmonat in Prozent, im August bei + 2,2%; im vorangegangenen Juli hatte sie + 2,3% betragen. Ohne Heizöl und Kraftstoffe gerechnet, wäre der Verbraucherpreisindex im August gegenüber dem Vorjahr um 1,7% gestiegen.

Die Preise für Nahrungsmittel haben sich gegenüber dem August des Vorjahres um 2,5% erhöht. Überdurchschnittlich stark sind die Preise für Speisefette und -öle (+13,5%) gestiegen, wobei Butter um 9,3% und Margarine um 19,0% teurer waren als im August des Vorjahres. Spürbare Preiserhöhungen waren auch bei Kaffee

Verbraucherpreisindex für Bayern von Februar 2010 bis August 2011
Veränderung gegenüber dem jeweiligen Vorjahresmonat in Prozent



(+18,5%) zu beobachten. Günstiger als im Vorjahr waren hingegen Obst (-1,9%) und Gemüse (-5,7%).

Im Energiesektor haben sich die Preise für Heizöl gegenüber dem August des Vorjahres um 21,1% erhöht. Kraftstoffe waren im Durch-

schnitt 11,0% teurer als im Vorjahr. Bei Gas war binnen Jahresfrist ein Preisanstieg von 4,7% zu verzeichnen. Stärker stiegen die Strompreise, im Vergleich zum Vorjahr erhöhten sie sich um 7,0%. Weiterhin entspannt verläuft die Preisentwicklung bei den Wohnungsmieten (ohne Nebenkosten). Gegenüber dem August des Vorjahres erhöhten sie sich um 1,3%. Deutlich niedriger als im Vorjahr waren im August auch weiterhin die Preise vieler hochwertiger tech-

nischer Produkte. So konnten die Verbraucher u.a. Fernsehgeräte (-15,0%), Notebooks (-16,2%) und digitale Kameras (-10,7%) deutlich günstiger beziehen als im Vorjahr. Im Vergleich zum Vormonat haben sich die Verbraucherpreise im Gesamtdurchschnitt nicht verändert. Nach Beendigung des Schlussverkaufs sind die Preise für Bekleidungsartikel (+3,8%) im August wieder gestiegen, während Obst (-2,9%) und Gemüse (-9,0%) saisonbedingt deutlich billiger gewor-

den sind. Auch bei Kraftstoffen (-1,4%) und Heizöl (-3,1%) waren Preisrückgänge zu beobachten.

Ausführliche Ergebnisse enthalten die Statistischen Berichte „Verbraucherpreisindex für Bayern, August 2011 mit Jahreswerten von 2006 bis 2010 sowie tief gegliederten Ergebnissen nach Gruppen und Untergruppen“ (Bestellnummer: M12013, Preis der Druckausgabe: 5,70 Euro) und „Verbraucherpreisindex für Bayern mit monatlichen Indexwerten von Januar 2005 bis August 2011 sowie Untergliederung nach Haupt- und Sondergruppen“ (Bestellnummer: M13013, Preis der Druckausgabe: 6,70 Euro).*

Vollzeitbeschäftigte bayerische Arbeitnehmer verdienen im Durchschnitt 3 424 Euro

In Bayern lag der durchschnittliche Bruttomonatsverdienst vollzeitbeschäftigter Arbeitnehmer im 2. Quartal 2011 bei 3 424 Euro. Dies waren 2,6% mehr als im vergleichbaren Zeitraum des Vorjahres. Mit +3,9% stiegen dabei die Verdienste im Produzierenden Gewerbe deutlich stärker als im Dienstleistungsbereich (+1,5%). Erhebliche Unterschiede wiesen die Verdienste der bedeutenden Wirtschaftsbereiche Bayerns auch in ihrer absoluten Höhe auf. Im Produzierenden Gewerbe verdienten Arbeitnehmer durchschnittlich 3 499 Euro monatlich. Hier gehörten zu den Spitzenverdienern die Beschäftigten in der Herstellung von Datenverarbeitungsgeräten (4 404 Euro), gefolgt von den Arbeitnehmern des Fahrzeugbaus (4 172 Euro) und des Maschinenbaus (3 796 Euro). Dagegen lagen die Verdienste der Beschäftigten

des Baugewerbes (2 892 Euro) und der Herstellung von Nahrungs- und Futtermitteln (2 394 Euro) unter dem Durchschnitt des Produzierenden Gewerbes.

Im Dienstleistungsbereich verdienten vollzeitbeschäftigte Arbeitnehmer 3 367 Euro monatlich. Weit über diesem Durchschnitt lagen die Verdienste der Arbeitnehmer, die mit der Erbringung von Dienstleistungen der Informationstechnologie (4 826 Euro) und der Finanzdienstleistungen (4 240 Euro) beschäftigt sind. Im Gesundheitswesen verdienten die Beschäftigten mit 3 606 Euro ebenfalls mehr als der Branchendurchschnitt. Den geringsten Verdienst erhielten die Arbeitnehmer des Gastgewerbes (2 031 Euro). Diese Daten sind endgültige Ergebnisse der vierteljährlich stattfindenden Verdiensterhebung.

Befragt werden in einer repräsentativen Stichprobe ca. 5 000 bayerische Betriebe aus nahezu allen Branchen der gesamten Wirtschaft mit Ausnahme der Land- und Forstwirtschaft. Tiefer gegliederte Ergebnisse werden voraussichtlich bis Ende September 2011 im statistischen Bericht veröffentlicht.

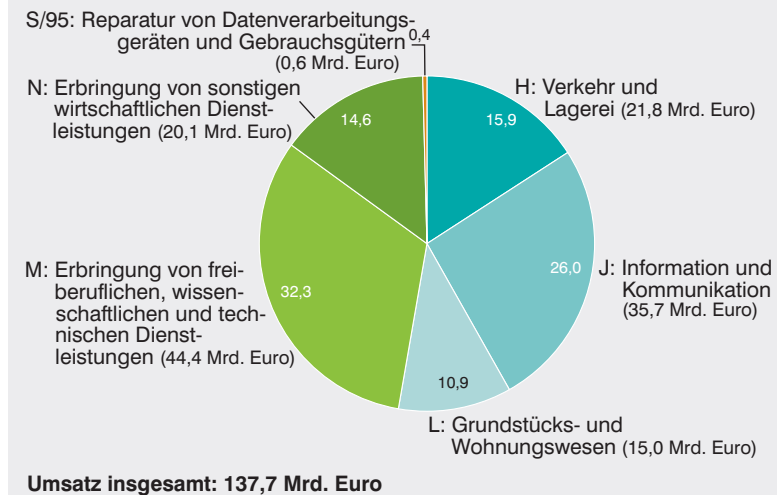
Ausführliche Ergebnisse enthält der Statistische Bericht „Verdienste und Arbeitszeiten im Produzierenden Gewerbe und Dienstleistungsbereich in Bayern im 2. Quartal 2011“ (Bestellnummer: N 11003 Preis der Druckausgabe: 11,30 €). Der Bericht kann im Internet unter www.statistik.bayern.de/veroeffentlichungen als Datei kostenlos heruntergeladen werden. Gedruckte Ausgaben können beim Vertrieb erworben bzw. dort per E-Mail (vertrieb@statistik.bayern.de), Fax (Fax-Nr. 089 2119-457) oder Post bestellt werden.

Der Dienstleistungssektor in Bayern erwirtschaftete 2009 fast 140 Milliarden Euro

Nach hochgerechneten Ergebnissen der Strukturerhebung waren im Dienstleistungsbereich im Berichtsjahr 2009 insgesamt 119 390 Unternehmen mit Sitz in Bayern im Dienstleistungssektor tätig. In diesen Unternehmen arbeiteten am Stichtag 30. September 2009 insgesamt 1,12 Millionen Personen. Der von den Unternehmen des Dienstleistungssektors gemeldete Umsatz im Jahr 2009 betrug hochgerechnet 137,7 Milliarden Euro. Dies sind 3,2% mehr als im Jahr 2008. – Die Strukturerhebung im Dienstleistungsbereich wird jährlich als Stichprobenerhebung bei maximal 15% der im Dienstleistungsbereich tätigen Unternehmen bzw. Freiberufler mit einem Jahresumsatz von 17 500 Euro oder mehr durchgeführt. Die Erhebung erstreckt sich auf folgende Wirtschaftsabschnitte der amtlichen „Klassifikation der Wirtschaftszweige“, Ausgabe 2008 (WZ 2008): „H. Verkehr und Lagerei“, „J. Information und Kommunikation“, „L. Grundstücks- und Wohnungswesen“, „M. Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen“, „N. Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen“ und „S/95 Reparatur von Datenverarbeitungsgeräten und Gebrauchsgütern“. Erhebungseinheiten sind dabei die Unternehmen bzw. Einrichtungen zur Ausübung einer freiberuflichen Tätigkeit mit Sitz in Bayern, jeweils einschließlich aller ihrer Niederlassungen in Deutschland.

Zum Stichtag 30.09.2009 wies der Wirtschaftsabschnitt „N“ mit 352 789 tätigen Personen bzw. 31,6% den größten Anteil an den insgesamt im Dienstleistungssektor Beschäftigten auf. Zu diesem Wirtschaftsabschnitt gehören Tä-

Umsatz der Unternehmen im Dienstleistungssektor in Bayern im Jahr 2009 nach Wirtschaftsabschnitten in Prozent



tigkeiten wie z.B. die Vermietung von beweglichen Sachen, die Vermittlung und Überlassung von Arbeitskräften, Reisebüros, Wach- und Sicherheitsdienste sowie Gebäudebetreuung, Garten- und Landschaftsbau. Den zweithöchsten Beschäftigtenanteil (28,3% bzw. 316 326 Personen) hatten Unternehmen des Abschnitts „M“. Dieser Wirtschaftsabschnitt umfasst u.a. die Bereiche Rechts- und Steuerberatung, Wirtschaftsprüfung, Architektur- und Ingenieurbüros, Forschung und Entwicklung sowie Werbung und Marktforschung. Im Wirtschaftsabschnitt „J“ arbeiteten hochgerechnet 181 939 Personen bzw. 16,3% der insgesamt im Dienstleistungssektor Tätigen.

Der mit 32,3% bzw. 44,4 Milliarden Euro vergleichsweise größte Umsatzanteil (Vorjahr: 28,5% bzw. 38,0 Milliarden Euro) wurde im Berichtsjahr 2009 im Wirtschaftsabschnitt „M“ registriert. Auf den Wirtschaftsabschnitt „J“ entfielen 26,0% bzw. 35,7 Milliarden Euro (Vorjahr: 22,3% bzw. 29,8 Milli-

arden Euro), auf den Bereich „H“ 15,9% bzw. 21,8 Milliarden Euro (Vorjahr: 18,6% bzw. 24,7 Milliarden Euro) und auf den Bereich „N“ 14,6% bzw. 20,1 Milliarden Euro (Vorjahr: 15,8% bzw. 21,1 Milliarden Euro).

Bei den Unternehmen des Dienstleistungssektors mit einem Jahresumsatz von 250 000 Euro oder mehr betrug der Anteil des Gesamtumsatzes, der durch Auftraggeber mit Sitz im Ausland erzielt wurde, 6,9% (im Vorjahr: 7,6%). Den mit 10,7% (Vorjahr: 12,8%) vergleichsweise höchsten Umsatzanteil, der auf Auftraggeber mit Sitz außerhalb Deutschlands zurückging, wies dabei der Wirtschaftsabschnitt „M“ auf. Es folgten mit einem Anteil von 6,6% (Vorjahr: ebenfalls 6,6%) der Bereich „H“, mit 6,0% (Vorjahr: 7,7%) der Bereich „J“ sowie mit 4,8% (Vorjahr: 4,7%) der Bereich „N“.

Ausführliche Ergebnisse enthält der Statistische Bericht „Struktur des bayerischen Dienstleistungssektors im Jahr 2009“ (Bestellnummer: J11j 2009, Preis der Druckausgabe: 6,30 €).*

Ein Sechstel weniger Unternehmensinsolvenzen in Bayern

Im 1. Halbjahr 2011 wurden von den Amtsgerichten in Bayern insgesamt 8 901 Anträge auf Eröffnung eines Insolvenzverfahrens bearbeitet. 1 693 dieser Verfahren betrafen Unternehmen, was einem Rückgang um 16,0 % gegenüber dem entsprechenden Vorjahresergebnis entspricht. Beim Großteil der im Berichtszeitraum beantragten Unternehmensinsolvenzen (1 211 bzw. 71,5 %) wurde vom Gericht das eigentliche Insolvenzverfahren eröffnet (1. Halbjahr 2010: 1 362 bzw. 67,6 %), das schließlich

zu einer gleichmäßigen, wenn auch nur teilweisen Befriedigung der Gläubigerforderungen führt. Bei den anderen 482 Fällen (gegenüber 653 Fällen von Januar bis Juni 2010) erfolgte eine Abweisung mangels Masse, da der Schuldner noch nicht einmal die Gerichtskosten aufbringen konnte, so dass mit einem Totalverlust der Forderungen gerechnet werden muss. Die Insolvenzen der Unternehmen waren zu 60,2 % (58,3 %) auf deren Zahlungsunfähigkeit zurückzuführen. Zahlungsunfähigkeit und

gleichzeitige Überschuldung waren in 36,4 % der Fälle maßgebliche Gründe und wegen reiner Überschuldung wurden 1,5 % der Verfahren eingeleitet (38,3 % bzw. 1,6 %). Für die wenigen verbleibenden Fälle waren drohende Zahlungsunfähigkeit bzw. drohende Zahlungsunfähigkeit und Überschuldung ursächlich.

Die von den Gläubigern an die insolventen Unternehmen gerichteten Forderungen bezifferten sich im Berichtszeitraum auf fast 1,3

Unternehmensinsolvenzen in Bayern im 1. Halbjahr 2011					
Bezeichnung	Unternehmensinsolvenzen				
	eröffnet	insgesamt	Veränderung ggü. dem 1. Halbjahr 2010	betroffene Arbeit- nehmer	voraus- sichtliche Forderungen
	Anzahl		%	Anzahl	1 000 €
Nach Wirtschaftsabschnitten ¹					
Land- u. Forstwirtschaft, Fischerei	4	7	-22,2	.	.
Bergbau u. Gewinnung v. Steinen u. Erden	1	1	-	.	.
Verarbeitendes Gewerbe	139	162	-14,7	4 846	447 490
Energieversorgung	7	11	57,1	20	6 054
Wasserversorgung; Entsorgung, Beseitigung v. Umweltverschmutzungen	6	8	60,0	27	2 886
Baugewerbe	157	220	-8,7	366	55 611
Handel; Instandhaltung u. Reparatur v. Kfz	240	325	-14,0	836	140 751
Verkehr u. Lagerei	98	132	-11,4	940	41 534
Gastgewerbe	121	170	8,3	619	32 548
Information u. Kommunikation	34	53	-22,1	108	33 211
Finanz- u. Versicherungsdienstleistungen	40	63	-13,7	83	49 030
Grundstücks- u. Wohnungswesen	33	62	-11,4	22	55 957
Freiberufliche, wissenschaftliche u. technische Dienstleistungen	126	207	-32,4	513	325 993
Sonstige wirtschaftliche Dienstleistungen	97	137	-36,0	272	23 284
Erziehung u. Unterricht	14	16	14,3	4	3 020
Gesundheits- u. Sozialwesen	24	28	-28,2	162	10 622
Kunst, Unterhaltung u. Erholung	22	33	-	40	15 689
Sonstige Dienstleistungen	48	58	-4,9	54	9 713
Insgesamt	1 211	1 693	-16,0	8 915	1 254 352
Nach Regierungsbezirken					
Oberbayern	468	661	-19,3	1 747	255 948
Niederbayern	89	120	3,4	647	127 985
Oberpfalz	94	119	-25,6	670	72 778
Oberfranken	104	144	-22,2	757	56 572
Mittelfranken	184	259	-11,6	3 087	533 477
Unterfranken	102	156	-6,6	1 258	79 295
Schwaben	170	234	-14,9	749	128 298
Bayern	1 211	1 693	-16,0	8 915	1 254 352
Kreisfreie Städte	436	644	-17,2	3 663	662 805
Landkreise	775	1 049	-15,2	5 252	591 547

¹ Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008), Kurzbezeichnungen.

Milliarden Euro und lagen damit um 399,6 Millionen Euro bzw. 24,2% niedriger als im 1. Halbjahr 2010. Der Schuldenberg je insolventem Unternehmen maß dementsprechend aktuell durchschnittlich 740 900 Euro, während es ein Jahr zuvor noch rund 820 800 Euro waren. Durch die 1 693 Unternehmensinsolvenzen waren 8 915 Arbeitsplätze gefährdet. Das sind – bei konträrer Entwicklung in Stadt und Land – für Bayern insgesamt um 19,1% weniger bedrohte Beschäftigungsverhältnisse als von Januar bis Juni 2010. Während die Zahl der von Unternehmensinsol-

venzen betroffenen Arbeitnehmer in den kreisfreien Städten um 30,6% auf 3 663 Beschäftigte angestiegen ist, hat sie in den Landkreisen insgesamt um 36,1% auf 5 252 Beschäftigte abgenommen. Die meisten der von Insolvenz bedrohten Arbeitsplätze, nämlich 3 087 bzw. 34,6% – befanden sich in Mittelfranken, was auch auf eine Großinsolvenz im dortigen „Verarbeiten des Gewerbe“ (im Druckgewerbe) zurückzuführen ist.

Die wenigsten durch Insolvenz gefährdeten Beschäftigungsverhältnisse gab es in Niederbayern, wo-

bei dies der einzige der sieben bayerischen Regierungsbezirke ist, für den im aktuellen Berichtszeitraum etwas mehr Unternehmensinsolvenzen festgestellt worden sind (+3,4% auf 120 Fälle).

Weitere, bis auf Kreisebene regionalisierte Ergebnisse zu diesem Thema können per E-Mail (info-sw@statistik.bayern.de) oder telefonisch (09721 2088-230) erfragt werden.

Zahl der Privatinsolvenzen in Bayern ging im 1. Halbjahr zurück

Von den 8 901 Insolvenzverfahren, gerichtlich festgestellt worden sind, Fälle so genannte „übrige Schuldner“, mithin Privatpersonen (Ver-

Insolvenzen der Privatpersonen und Nachlässe (übrige Schuldner) in Bayern im 1. Halbjahr 2010 und 2011						
Gebiet	Insolvenzen der Privatpersonen und Nachlässe					
	insgesamt ¹	darunter		Veränderung ggü. dem Vorjahres- halbjahr	voraus- sichtliche Forderungen	durch- schnittliche Verschuldung
		Ver- braucher	ehemals selb- ständig Tätige			
	Anzahl			%	1 000 €	€
1. Halbjahr 2010						
Oberbayern	2 587	1 741	765	25,5	302 119	116 784
Niederbayern	779	591	171	11,1	76 330	97 985
Oberpfalz	617	496	103	12,2	45 055	73 023
Oberfranken	816	683	120	8,9	70 356	86 221
Mittelfranken	931	652	232	-13,1	124 984	134 247
Unterfranken	655	480	155	-3,0	87 833	134 096
Schwaben	1 241	998	218	12,7	132 532	106 795
Bayern	7 626	5 641	1 764	10,4	839 209	110 046
Kreisfreie Städte	2 863	2 113	661	13,3	282 972	98 838
Landkreise	4 763	3 528	1 103	8,7	556 237	116 783
1. Halbjahr 2011						
Oberbayern	2 355	1 621	656	-9,0	287 847	122 228
Niederbayern	655	490	148	-15,9	58 495	89 305
Oberpfalz	541	431	91	-12,3	57 045	105 444
Oberfranken	844	720	105	3,4	73 680	87 299
Mittelfranken	956	715	210	2,7	115 198	120 500
Unterfranken	644	486	126	-1,7	61 544	95 565
Schwaben	1 213	925	243	-2,3	120 082	98 996
Bayern	7 208	5 388	1 579	-5,5	773 890	107 365
Kreisfreie Städte	2 760	2 102	588	-3,6	200 004	72 465
Landkreise	4 448	3 286	991	-6,6	573 886	129 021

1 Verbraucher, ehemals selbstständig Tätige, natürliche Personen als Gesellschafter u.Ä., Nachlässe. Mit Regel- oder Verbraucherinsolvenzen.

braucher, ehemals selbständig Tätige, natürliche Personen als Gesellschafter) und Nachlässe (-5,5% gegenüber Januar bis Juni 2010). Die meisten dieser Privatinsolvenzen bezogen sich wiederum auf Verbraucher (5 388; -4,5%) und auf ehemals selbständig Tätige (1 579; -10,5%). 96,2% bzw. 6 935 der aktuell von Privatpersonen und Nachlassverwaltern oder Erben beantragten Insolvenzverfahren wurden eröffnet (-4,8%), darunter 76,2% bzw. 5 287 Verfahren von insolventen Verbrauchern (-4,5%). Mangels Masse abgewiesen wurden 169 Verfahren (-28,1%) und bei den anderen 104 Verfahren (+1,0%) konnten sich Gläubiger und Schuldner auf einen Schuldenbereinigungsplan einigen.

Die von den Gläubigern gegenüber den „übrigen Schuldner“ angemeldeten Forderungen belau-

fen sich im Berichtszeitraum auf 773,9 Millionen Euro, damit durchschnittlich auf rund 107 400 Euro je insolventem Privatschuldner, und liegen um 7,8% unter dem entsprechenden Vorjahreswert (839,2 Millionen Euro). 319,6 Millionen Euro bzw. 41,3% der gesamten Gläubigerforderungen richteten sich gegen die Gruppe der insolventen Verbraucher, deren Schuldenberg im Vergleich zum Vorjahresergebnis deutlich abgenommen hat (-15,0%). Die durchschnittliche Verschuldung insolventer Verbraucher ist daher von rund 66 700 Euro im 1. Halbjahr 2010 auf aktuell 59 300 Euro gesunken.

Die meisten Privatinsolvenzen wurden auch im 1. Halbjahr 2011 für Oberbayern gemeldet, weit gefolgt von Schwaben (2 355 Fälle bzw. 1 213 Fälle). Während für Mittel- und Oberfranken mehr Verfahren festgestellt wurden (+2,7% bzw.

+3,4%), konnten die anderen fünf Regierungsbezirke Bayerns Rückgänge zwischen 1,7% (Unterfranken) und 15,9% (Niederbayern) verzeichnen. Bayernweit kam es im privaten Bereich zu 57 Insolvenzverfahren je 100 000 Einwohner (Bevölkerungsstand am 31.12.2010). Auf Regierungsbezirksebene am häufigsten von Privatinsolvenzfällen betroffen war dabei Oberfranken (79), am seltensten Unterfranken (49). Weitaus am geringsten verschuldet mit durchschnittlich unter 90 000 Euro waren die insolventen Privatschuldner (einschl. Nachlässe) in Oberfranken und Niederbayern.

Weitere, bis auf Kreisebene regionalisierte Ergebnisse zu diesem Thema können per E-Mail (info-sw@statistik.bayern.de) oder telefonisch (09721 2088-230) erfragt werden.

Kommunale Steuereinnahmen im ersten Halbjahr 2011 um 14,9% gestiegen

Nach den Ergebnissen der kommunalen Kassenstatistik verzeichneten im ersten Halbjahr 2011 die Steuereinnahmen der bayerischen Gemeinden und Gemeindeverbände eine Zunahme von 14,9% auf 5 629,0 Millionen Euro.

Dabei sind die Einnahmen der Kommunen aus ihrer bedeutendsten Einnahmequelle, der Gewerbesteuer, im Vorjahresvergleich um stattliche 24,3% auf 3 359,7 Millionen Euro angestiegen. Vom Gewerbesteueraufkommen in Höhe von 3 633,2 Millionen Euro führten die Kommunen 273,5 Millionen Euro Gewerbesteuerumlage an das Land und den Bund ab, so dass

in den Gemeindekassen netto besagte 3 359,7 Millionen Euro verblieben. Gegenüber dem ersten Halbjahr 2010 ergibt das ein Plus von knapp 656,5 Millionen Euro. Die Einnahmen aus dem Anteil an der Lohn- und Einkommensteuer, der vom Volumen her zweitwichtigsten Steuerquelle der bayerischen Städte und Gemeinden, lagen mit 1 244,4 Millionen Euro um 2,3% über dem Ergebnis des Vorjahres. Beim Anteil an der Umsatzsteuer ergab sich im ersten Halbjahr 2011 mit 152,1 Millionen Euro ein beachtliches Plus von 12,5%.

Zugenommen hat auch das Steueraufkommen aus den Grundsteu-

ern A und B. Während die kommunalen Einnahmen aus der Grundsteuer A um 1,6% auf gut 41,7 Millionen Euro anstiegen, lagen die Einnahmen aus der Grundsteuer B bei 791,1 Millionen Euro und damit um 3,4% über dem Vorjahresergebnis.

Die übrigen Gemeindesteuern (Hundesteuer, Zweitwohnungssteuer, sonstige Steuern) erhöhten sich im Vorjahresvergleich um knapp 1,7 Millionen Euro bzw. 4,4% auf fast 40,0 Millionen Euro.

Ausführliche Ergebnisse enthält der Statistische Bericht „Gemeindefinanzen in Bayern, 2. Vierteljahr 2011“ (Bestellnummer: L22003 201142, Preis der Druckausgabe: 4,40 €).*

Anschlussgrade an die öffentliche Wasserversorgung und Abwasserentsorgung in Bayern nähern sich 100%

Im Jahr 2010 waren von den rund 12,5 Millionen in Bayern ansässigen Personen 99,1 % an die öffentliche Wasserversorgung angeschlossen. Im Vergleich zum letzten Erhebungsjahr 2007 konnte der Anschlussgrad um 0,2 Prozentpunkte, gegenüber 1991 um 1,2 Prozentpunkte erhöht werden. Ein regionaler Vergleich zeigt deutliche, zum Teil auf die spezifischen Siedlungsstrukturen zurückzuführende Unterschiede auf. Während

die Bevölkerung in Großstädten wie München, Nürnberg oder Augsburg flächendeckend an die öffentliche Wasserversorgung angeschlossen war, lagen die Anschlussgrade in kleineren Ortschaften im ländlichen Raum mit weniger als 5 000 Einwohnern 2010 teilweise unterhalb 80 %.

Bei der öffentlichen Abwasserentsorgung ist gegenüber dem letzten Erhebungsjahr 2007 ebenfalls

ein Anstieg der Anschlussquote zu verzeichnen und zwar um insgesamt 0,6 Prozentpunkte auf 96,7 %. 1991 lag der Anteil noch bei 89,8 %.

Auch hier weisen die Anschlussquoten deutliche regionale Unterschiede auf. Während in Unterfranken 99,3 % der Bevölkerung an die öffentliche Kanalisation angeschlossen waren, kam Niederbayern nur auf 90,7 %.

Nichtöffentliche Wasserversorgung in Bayern 2010

Im Jahr 2010 lag das Wasseraufkommen in der nichtöffentlichen Wasserversorgung in Bayern bei insgesamt rund 3 562 Millionen Kubikmetern (m³). Der überwiegende Teil davon, nämlich 3 418 Millionen m³, wurde von den befragten Betrieben selbst gewonnen, darunter 3 149 Millionen m³ aus Oberflächengewässern. Den Rest bezogen sie aus dem öffentlichen Netz bzw. von anderen Betrieben.

2010 wurden insgesamt 3 451 Millionen m³ Frischwasser – das sind rund 97 % des Gesamtwasseraufkommens im nichtöffentlichen Bereich – in den befragten Betrieben selbst eingesetzt, und zwar überwiegend zu Kühlzwecken. Die übrigen 3 % wurden ungenutzt abgeleitet oder gingen ungenutzt an Dritte.

83 % und damit der größte Anteil des in den befragten Betrieben eingesetzten Frischwassers entfielen

auf den Bereich der Elektrizitäts- und Wärmeversorgung (2 869 Millionen m³), rund 539 Millionen m³ auf die verschiedenen Wirtschaftszweige des Verarbeitenden Gewerbes, darunter 154 Millionen m³ auf die chemische Industrie und weitere 124 Millionen m³ auf die Papierindustrie.

Die von den befragten Betrieben ein- und weitergeleitete Abwassermenge lag im Jahr 2010 bei insgesamt 3 320 Millionen m³. Von dieser Menge wurden knapp 3 087 Millionen m³ (96 % davon waren Kühlwasser) direkt und ohne vorherige Behandlung in betriebseigenen Abwasserbehandlungsanlagen in ein Oberflächengewässer oder den Untergrund eingeleitet, 108 Millionen m³ wurden in betriebseigenen Abwasserbehandlungsanlagen behandelt, 89 Millionen m³ wurden zunächst an andere Betriebe weitergeleitet und knapp 36 Millionen m³ flossen oh-

ne Vorbehandlung in betriebseigenen Abwasserbehandlungsanlagen in die öffentliche Kanalisation bzw. in öffentliche Abwasserbehandlungsanlagen.

Die Erhebung der nichtöffentlichen Wasserversorgung wird seit 2007 alle drei Jahre bei denjenigen Betrieben des nichtöffentlichen Bereichs durchgeführt, die entweder in Eigengewinnung jährlich mindestens 2 000 m³ Wasser gewinnen (Landwirtschaft mindestens 10 000 m³), Wasser bzw. Abwasser in ein Oberflächengewässer oder in den Untergrund direkt einleiten oder mehr als 10 000 m³ Wasser jährlich aus dem öffentlichen Netz oder von anderen Betrieben beziehen.

Ausführliche und endgültige Ergebnisse enthält der Anfang 2012 erscheinende Statistische Bericht Q I 2 3 j 2010 (Bestellnummer: Q12010 201051, Preis der Druckausgabe: 9,70 €).*

In Bayern niedrigstes Armutsrisiko bundesweit

Nach den Ergebnissen des Mikrozensus, einer jährlichen Stichprobenerhebung bei einem Prozent der Bevölkerung, lag im Jahr 2010 die Armutsrisikoquote in Bayern bei 10,8%. Im Vergleich aller Bundesländer verzeichnete der Freistaat damit den niedrigsten Bevölkerungsanteil, der eine Armutsgefährdung aufwies. Bundesweit betrug die Quote 14,5%.

Ein enger Zusammenhang zwischen Armutsrisiko und der Ausübung einer Erwerbstätigkeit ist offensichtlich. So war im Jahr 2010 von den bayerischen Erwerbstätigen nur jeder zwanzigste von Armut bedroht (5,0%), während die Quote bei den Erwerbslosen bei 42,7% lag. Bundesweit lagen die entsprechenden Armutsrisikoquoten bei 7,5% (Erwerbstätige) und 54,0% (Erwerbslose).

Von den Männern im Freistaat waren 10,0% und von den Frauen 11,7% von Armut bedroht. Ab einem Alter von 65 oder mehr Jahren nahm die Armutsgefährdung insgesamt sowie die Unterschiede zwischen den Geschlechtern weiter zu. So waren im Jahr 2010 in Bayern 16,8% der Frauen über 64 Jahren armutsgefährdet, bei den Männern waren es mit 12,5% rund vier Prozentpunkte weniger.

Besonders armutsgefährdet waren in Bayern Haushalte von allein-

erziehenden Personen, für die im Jahr 2010 eine Armutsrisikoquote von 31,6% errechnet wurde. Auch ein Migrationshintergrund kann ein höheres Armutsrisiko bedeuten. So waren 18,9% der Personen mit Migrationshintergrund armutsgefährdet, von den Personen ohne Migrationshintergrund dagegen nur 8,9%.

In Bayern stellen Kinder nicht zwangsläufig eine höhere Armutsgefährdung dar. Familien mit zwei Erwachsenen und einem bzw. mit zwei Kindern wiesen im Jahr 2010 sogar eine deutlich geringere Armutsgefährdung (mit Quoten von 7,0 bzw. 6,5%) auf als Haushalte mit zwei Erwachsenen ohne Kinder (8,8%) oder Einpersonenhaushalte (19,8%). Bei Familien mit zwei Elternteilen und drei oder mehr Kindern in einem Haushalt stieg das Armutsrisiko zwar auf 13,9%; damit wies der Freistaat jedoch das mit Abstand niedrigste Armutsrisiko für größere Familien bundesweit auf. Im Bundesdurchschnitt waren 23,2% der Familien mit drei oder mehr Kindern armutsgefährdet.

Methodische Hinweise:

Die Armutsrisikoquote bezeichnet gemäß EU-Definition den Anteil derjenigen Personen, die mit weniger als 60% des mittleren Einkommens (Median) der bundesweiten Bevölkerung auskommen müssen. Nach den Ergebnissen des Mikro-

zensus 2010 galten demnach im Jahr 2010 Einpersonen-Haushalte mit einem monatlichen Einkommen von weniger als 826 Euro als armutsgefährdet. Die Grundlage der hier veröffentlichten Armutsgefährdungsschwelle auf Bundesebene (Bundesmedian), die für Bund und Länder einheitlich ist.

Neben den dargestellten Armutsgefährdungsquoten, gemessen am Bundesmedian, werden im Rahmen der amtlichen Sozialberichterstattung auch Armutsgefährdungsquoten gemessen am Landes- beziehungsweise regionalen Median berechnet. Hierzu wird das mittlere Einkommen im jeweiligen Bundesland beziehungsweise in der jeweiligen Region herangezogen. Dadurch wird den Unterschieden im Einkommensniveau zwischen den Bundesländern beziehungsweise Regionen Rechnung getragen. Regionale Einkommensunterschiede werden zum Teil durch Unterschiede im Preisniveau (insbesondere Mietniveau) ausgeglichen.

Weitere Informationen erhalten Sie unter: www.amtliche-sozialberichterstattung.de

* Alle Statistischen Berichte sowie Gemeinschaftsveröffentlichungen der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder sind zum kostenlosen Download verfügbar unter www.statistik.bayern.de/veroeffentlichungen.

Bestellmöglichkeit für alle Veröffentlichungen: siehe Umschlagseiten 2 und 3

92 % haben bislang die Fragen der Gebäude- und Wohnungszählung (GWZ) des Zensus beantwortet



Das Statistische Landesamt konnte bislang seit dem Start des Zensus im Mai 2011 sowohl beim Teil Gebäude- und Wohnungszählung (GWZ) als auch beim Teil Haushaltsstichprobe einen recht ordentlichen Rücklauf der Fragebogen verzeichnen (92 bzw. 95 %).

Für die noch fehlenden GWZ-Fragebogen startet das Landesamt Mitte dieser Woche ein Erinnerungsverfahren. Hierbei werden in Bayern rund 250 000 Schreiben, denen auch ein Fragebogen beigelegt ist, verschickt. Den Fragebogen können die Bürger entweder schriftlich beantworten oder alternativ die Daten online melden. Für die Online-Meldung ist die Internetseite www.zensus2011.de aufzurufen und die Fragebogennummer und der Aktivierungscode einzugeben.

Das Statistische Landesamt weist darauf hin, dass es beim GWZ-Erinnerungsverfahren durch Druckerei- und Postlaufzeiten leider nicht vollständig ausgeschlossen werden kann, dass sich Versand des Erinnerungsschreibens und Eingang des Fragebogens terminlich überschneiden können, und so auch Befragte erinnert werden, die bereits (per Post oder online) ihre Angaben gemacht haben.

Für das Erinnerungs- und Mahnwesen der Haushaltsstichprobe sind die kommunalen Erhebungsstellen, die in Bayern auf Ebene der Landkreise und kreisfreien Städte eingerichtet wurden, zuständig. Die Erhebungsstellen haben seit Anfang August mit dem Versand von Erinnerungs- bzw. Mahnschreiben begonnen.

Mit Erhalt eines Erinnerungsschreibens hat der Befragte der GWZ und der Haushaltsstichprobe zwei Wochen Zeit, den beigelegten Fragebogen zu beantworten. Für Fragen zum GWZ-Erinnerungsschreiben können sich die Bürger an das Zensusteam des Landesamts unter der Telefonnummer 0911 98208-125 wenden. Es ist montags bis freitags von 7:30 bis 18:00 Uhr erreichbar. Bei Fragen zum Erinnerungs- und Mahnwesen bei der Haushaltsstichprobe können sich die Befragten direkt an ihre zuständige Erhebungsstelle wenden. Zusätzlich ist aber auch ein Serviceteam im Statistischen Landesamt unter der Telefonnummer 0911 98208-120 von Montag bis Freitag von 8:00 bis 19:30 Uhr erreichbar. Für schriftliche Anfragen können die Bürger aber auch auf das Zensuskontaktformular im Internet zurückgreifen, erreichbar unter www.statistik.bayern.de/statistik/zensus-kontakt/index.php.

Wechselwirkungen zwischen Umwelt und Wirtschaft

Eine Analyse anhand ausgewählter Indikatoren der Umweltökonomischen Gesamtrechnungen

Dipl.-Volkswirtin Martina Doppelbauer

Produktion und Konsum haben innerhalb einer Volkswirtschaft eine unmittelbare Auswirkung auf die Umwelt. Dabei erfolgt auf der einen Seite die Entnahme von Ressourcen aus der Natur und auf der andern Seite entstehen Abgaben, die durch wirtschaftliche Prozesse in die Natur gelangen. Die Umweltökonomischen Gesamtrechnungen untersuchen die Wechselwirkungen zwischen Umwelt und Wirtschaft und stellen diese anhand ausgewählter Indikatoren dar. Zur Berechnung der Indikatoren verwenden die Umweltökonomischen Gesamtrechnungen statistische Erhebungen unterschiedlicher Fachbereiche. Im Arbeitskreis Umweltökonomische Gesamtrechnungen der Länder sind die Statistischen Ämter aller Bundesländer vertreten. Um methodisch einheitliche Ergebnisse zu erzielen, hat sich jedes Bundesland auf einen Teilbereich der Umweltökonomischen Gesamtrechnungen spezialisiert und führt Berechnungen für alle Bundesländer durch. Bearbeitet werden Themen wie Rohstoffverbrauch, Abfall, Energieverbrauch, Treibhausgasemissionen sowie Wasser- oder Flächenverbrauch. Im Folgenden werden diese Teilbereiche der Umweltökonomischen Gesamtrechnungen vorgestellt und die Ergebnisse für Bayern über einen Zeitraum von 1995 bis 2008 analysiert.

Rohstoffproduktivität um zwei Drittel gestiegen

Der Rohstoffverbrauch gibt Auskunft darüber, welche Mengen an Materialien aus der Natur, für Wirtschaft und Konsum in Anspruch genommen werden. Dieser Indikator setzt sich zusammen aus der Entnahme abiotischer Rohstoffe aus dem eigenen Bundesland, dem Import aus dem Ausland sowie dem Saldo, der sich aus dem Handel zwischen den Bundesländern ergibt. Zu den abiotischen Rohstoffen zählen fossile Energieträger wie Kohle, Erdöl oder Erdgas sowie mineralische Rohstoffe. Da in Bayern die Vorkommen an fossilen Energieträgern verschwindend gering sind, werden diese aus anderen Bundesländern oder dem Ausland importiert. Im Jahr 2008 lag der Anteil der Energieträger an den abiotischen Rohstoffen bei 0,05 %, 1995 waren es noch 0,13 %.

Dagegen verfügt Bayern über einen erheblichen Bestand an mineralischen Rohstoffen. Es handelt sich hierbei überwiegend um Baumineralien wie Kiese und Sande, die neben der Glasindustrie, Keramischen Industrie oder Papierindustrie haupt-

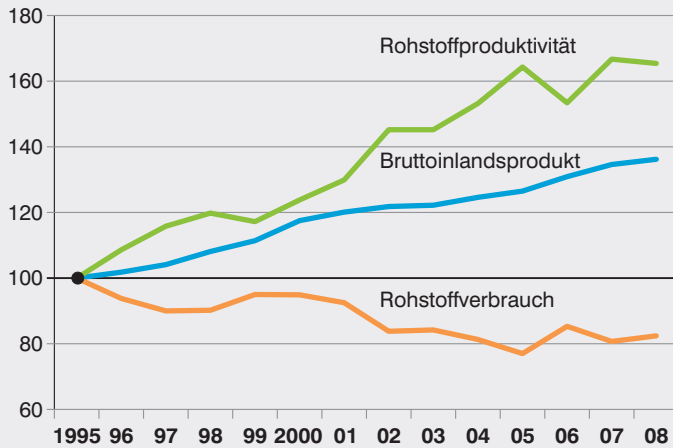
sächlich in der Bauindustrie eingesetzt werden. Insgesamt wurden in Bayern im Jahr 2008 rund 163 Millionen Tonnen Rohstoffe verbraucht. 58 % davon waren Rohstoffe aus dem eigenen Bundesland. Die restlichen Prozent entfielen auf Importe an Rohstoffen aus dem Ausland (37 %) sowie aus anderen Bundesländern (5 %).

Seit 1995 konnte der Rohstoffverbrauch um 17,62 % gesenkt werden. Während die Importe in diesem Zeitraum weiter zugenommen haben, wurden insgesamt weniger abiotische Rohstoffe aus der heimischen Volkswirtschaft entnommen (vgl. Abbildung 1).

Der Rückgang des Rohstoffverbrauchs schlägt sich auch positiv in der Rohstoffproduktivität nieder. Die Rohstoffproduktivität gibt Auskunft darüber, wie effizient die zur Verfügung stehenden Rohstoffe innerhalb einer Volkswirtschaft eingesetzt werden. Seit 1995 hat sich die Rohstoffproduktivität in Bayern um rund 65 % erhöht. Das Bruttoinlandsprodukt

Rohstoffproduktivität in Bayern seit 1995
1995 = 100

Abb. 1



ist im gleichen Zeitraum um mehr als ein Drittel gestiegen. Die Tendenz zu Gebäudesanierungen reduzierte den Einsatz an Primärmaterialien bei vergleichbarem wirtschaftlichem Nutzen und erhöhte somit die Rohstoffproduktivität. Dies wird außerdem auch an dem Rückgang der Entnahme an Baumaterialien aus der Natur um mehr als ein Drittel seit 1995 deutlich. Ein weiterer Grund für die Zunahme der Rohstoffproduktivität im letzten Jahrzehnt ist die Verbesserung der Produktionsprozesse der Unternehmen. Außerdem verringerte sich der Einsatz an Primärrohstoffen aufgrund der Wiederverwertung von Produkten und Materialien.

35 Millionen Tonnen Abfälle wurden an die Natur abgegeben

Das im Jahr 1996 in Kraft getretene Kreislaufwirtschaftsgesetz wurde zur Schonung natürlicher Ressourcen und zur Sicherung einer umweltverträglichen Beseitigung von Abfällen erlassen. Laut Kreislaufwirtschaftsgesetz sollen Abfälle in erster Linie vermieden und in zweiter Linie stofflich oder energetisch verwertet werden. Wenn Abfälle weder vermieden noch verwertet werden können, sind diese zu beseitigen. Im Jahr 2008 wurden insgesamt 35 Millionen Tonnen Abfälle an die Natur abgegeben. In den ersten Jahren nach Inkrafttreten des Kreislaufwirtschaftsgesetzes ging die Abgabe an Abfällen an die Natur spürbar zurück. 16% der an die Natur abgegeben Abfälle wurden im Jahr 2008 in Deponien

abgelagert. Rund zwei Drittel der Abfallmenge wurden zur Verfüllung von Abbaustätten eingesetzt.

Energieproduktivität soll bis 2020 um weitere 30% steigen

Ein effizienter Energieverbrauch ist, um Auswirkungen auf die Umwelt zu minimieren, unabdingbar. Neben den Treibhausgasemissionen, der Entstehung von Abfällen sowie der Beeinträchtigung der Landschaft spielt beim Energieverbrauch auch die eingangs erläuterte Rohstoffentnahme eine bedeutende Rolle. Der Nachhaltigkeitsindikator Energieproduktivität sagt aus, wie effizient eine Volkswirtschaft mit Energie umgeht. Be-

rechnet wird die Energieproduktivität, indem das Bruttoinlandsprodukt in Relation zum Primärenergieverbrauch gesetzt wird. Um die Preisentwicklung über den Zeitablauf zu berücksichtigen, wird zur Berechnung der Energieproduktivität das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt verwendet. Der Primärenergieverbrauch wird in der Energiebilanz des jeweiligen Bundeslandes berechnet. Dieser setzt sich zusammen aus der Gewinnung an Primärenergieträgern wie Rohstoffen oder erneuerbaren Energiequellen und Bestandsveränderungen in der heimischen Volkswirtschaft sowie Bezügen und Lieferungen über die Grenzen des Bundeslandes hinaus. Primärenergie ist die Energiedarbietung auf der ersten Stufe, das bedeutet, dass die Energieträger keiner Umwandlung unterzogen wurden und in ihrer Ausgangsform verwendet werden. Der Primärenergieverbrauch lag im Jahr 2008 bei zwei Millionen Terajoule. Je eingesetzter Einheit an Primärenergie wurden 204,2 Euro Bruttoinlandsprodukt erwirtschaftet und somit wurde der Bundesdurchschnitt von 160 Euro je Gigajoule deutlich übertroffen.

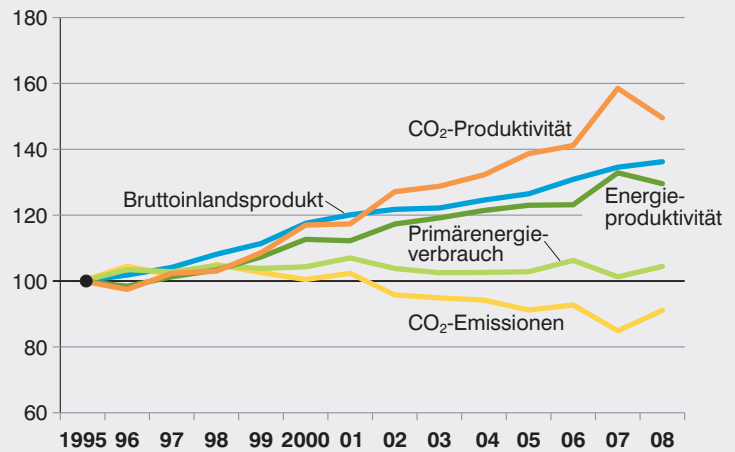
Bei einer Betrachtung der Energieproduktivität, differenziert nach Wirtschaftszweigen, ergibt sich für die energieintensiven Bereiche wie dem Bergbau oder der Energie- und Wasserversorgung eine deutlich geringere Energieproduktivität als im Dienstleistungssektor. Die bayerische Wirtschaftsstruktur ist

geprägt von Dienstleistungsbetrieben. Mehr als die Hälfte der gesamten Bruttowertschöpfung entfällt auf den Dienstleistungssektor.

Im Zeitraum 1995 bis 2008 ist die Energieproduktivität um nahezu 30% gestiegen. Allerdings wurde die Produktivitätssteigerung durch das Wirtschaftswachstum von rund 36% abgefedert. Der Primärenergieverbrauch nahm in diesem Zeitraum sogar um 4,44% zu.

Energie- und CO₂-Produktivität in Bayern seit 1995
1995 = 100

Abb. 2



Ziel der bayerischen Staatsregierung laut Klimaprogramm 2020 ist es, die Energieproduktivität um weitere 30% bis 2020 zu steigern.

CO₂-Emissionen pro Kopf: Bayerisches Nachhaltigkeitsziel nahezu erreicht

Treibhausgasemissionen entstehen neben der Verbrennung fossiler Energieträger, auch bei industriellen Prozessen, in der Landwirtschaft, der Abfallbehandlung sowie beim Umgang mit Lösemitteln. Die wichtigsten Treibhausgase sind Kohlendioxid, Methan und Distickstoffoxid. Um die Treibhausgasemissionen insgesamt bewerten zu können, werden die einzelnen Gase gemäß ihrem Schädigungspotenzial für die Umwelt in CO₂-Äquivalente umgerechnet. Eine Tonne Methan bewirkt einen um den Faktor 21, Distickstoffoxid sogar um den Faktor 310 höheren Treibhauseffekt in der Atmosphäre als die vergleichbare Menge CO₂.

Die Bundesrepublik Deutschland hat sich im Kyoto-Protokoll dazu verpflichtet, die Treibhausgasemissionen bis 2012 um 21% gegenüber dem Basisjahr 1990 zu verringern.

In Bayern sind seit 1995 die Treibhausgase insgesamt um rund 11% zurückgegangen und umfassten 2008 noch 96 Millionen Tonnen CO₂-Äquivalente. Im Schnitt veränderten sich die Treibhausgase in diesem Zeitraum jährlich um 0,88%. Die wesentliche

Reduktion der Treibhausgase wurde seit 2000 erzielt, der durchschnittliche jährliche Rückgang lag in dieser Zeitspanne bei 1,37% (vgl. Abbildung 2).

Den überwiegenden Anteil der Treibhausgasemissionen machten 2008 mit 83,8% die energiebedingten CO₂-Emissionen aus. Die prozessbedingten Kohlendioxid-Emissionen, das sind Emissionen, die bei chemischen Reaktionen bestimmter Produktionsprozesse entstehen, werden in Bayern nicht erfasst. Die Methangas-Emissionen, die überwiegend durch Viehhaltung entstehen, verursachten 7,7% des bayerischen Treibhausgasausstoßes. Die restlichen 8,5% waren Distickstoff-Emissionen. Hauptemittent dieses Gases ist ebenfalls der Sektor Landwirtschaft, jedoch entstehen die Distickstoff-Emissionen überwiegend bei der Ausbringung von Wirtschaftsdüngern.

Die energiebedingten CO₂-Emissionen sind seit 1995 um nahezu 9% zurückgegangen und umfassten 2008 einen Wert von 80,5 Millionen Tonnen. Hauptemittent der energiebedingten CO₂-Emissionen war mit einem Anteil von 37,6% im Jahr 2008 der Sektor Verkehr. Aber auch die Privathaushalte, Handels- sowie Dienstleistungsbetriebe trugen mit 32,2% einen nicht unwesentlichen Teil zu den Kohlendioxid-Emissionen bei. Das Verarbeitende Gewerbe emittierte 2008 nur 11,7% der energiebedingten CO₂-Emissionen. Daran wird auch deutlich,

dass wenige energieintensive Produktionsbetriebe ihren Sitz in Bayern haben.

Die im Umwandlungsbereich verursachten CO₂-Emissionen sind mit nahezu 15 Millionen Tonnen und einem Anteil von 18,5% der gesamten energiebedingten CO₂-Emissionen vergleichsweise gering. Das liegt mitunter daran, dass Kohle kaum, dafür aber die CO₂ neutrale Atomenergie einen großen Anteil zur Stromerzeugung beiträgt.

Um Aussagen über den Zusammenhang zwischen Emissionen und Wirtschaftswachstum treffen zu können, werden Produktivitäten berechnet. Im Zeitraum 1995 bis 2008 ist das Bruttoinlandsprodukt je emittierter Einheit Treibhausgas um 53%, je Einheit CO₂ um nahezu 50% gestiegen. Die durchschnittliche jährliche Zunahme der CO₂-Produktivität beträgt 3,14%.

Der Rückgang der Treibhausgasemissionen trotz gestiegenem Bruttoinlandsprodukts, lässt auf eine Entkopplung der Emissionen vom Wirtschaftswachstum schließen. Dies entspricht den Zielen der Nachhaltigkeitspolitik. Die Veränderung der eingesetzten Energieträger veranlasste einen Rückgang der energiebedingten CO₂-Emissionen, obwohl der Primärenergieverbrauch leicht zunahm. Dabei trägt der Einsatz erneuerbarer Energieträger maßgeblich zur CO₂-Treibhausgasreduktion bei. Während der Anteil erneuerbarer Energieträger am Primärenergieverbrauch 1995 noch bei 5,53% lag, konnte er bis zum Jahr 2008 bereits auf einen Anteil von 10,15% erhöht werden.

Außerdem konnte die CO₂-Produktivität genauso wie die Rohstoffproduktivität aufgrund effizienter Produktionstechnologien verbessert werden. Im Straßenverkehr führte im letzten Jahrzehnt der Einsatz Kraftstoff sparender Motoren sowie Katalysatoren zu einem Rückgang der Emissionen.

Laut bayerischem Klimaschutzprogramm 2020 sollen die energiebedingten CO₂-Emissionen dauerhaft auf unter 6 Tonnen pro Kopf reduziert werden. Dieses Ziel wurde unter Vorraussetzung einer weiteren Nutzung der Kernenergie festgesetzt. Im Jahr

2008 erreichten die energiebedingten CO₂-Emissionen pro Kopf einen Wert von 6,4 Tonnen.

Wasserproduktivität seit 1998 um ein Drittel gestiegen

Wasser ist anders als die fossilen Energieträger wie Kohle oder Öl eine erneuerbare Ressource. Sauberes Wasser ist für eine positive wirtschaftliche Entwicklung sowie als Grundnahrungsmittel für die Bevölkerung unabkömmlich. Die Entnahme von Wasser aus der Natur bedeutet eine Beeinträchtigung unserer Ökosysteme, da das Wasser nicht im ursprünglichen Zustand an die Natur zurückgegeben wird. Ein möglichst nachhaltiger und ökonomischer Umgang mit Wasser ist daher unerlässlich.

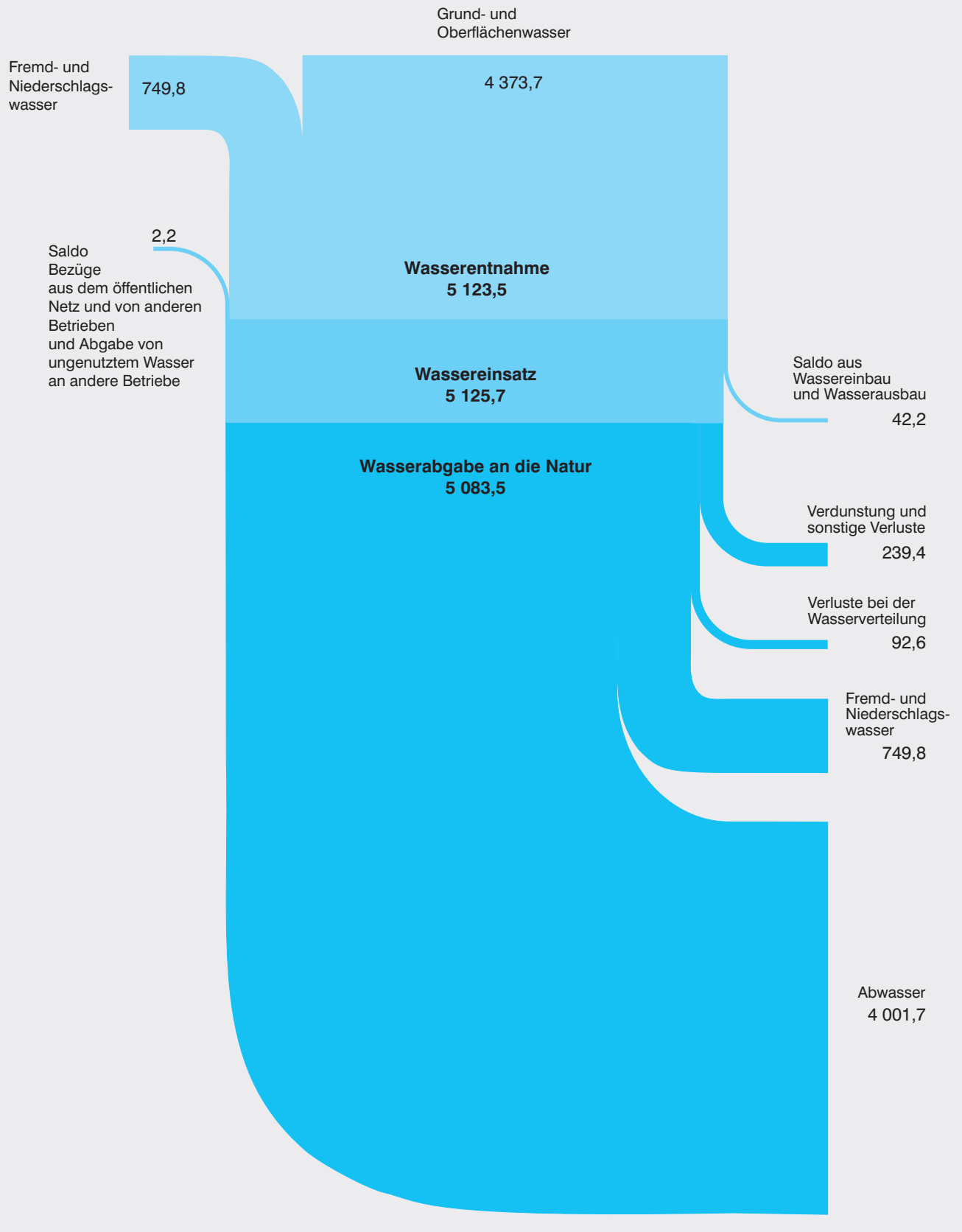
Wasser wird aus Grund- und Oberflächenwasser sowie aus in Kläranlagen aufbereitetem Fremd- und Niederschlagswasser entnommen. Der Wassereinsatz ergibt sich, indem zur Wasserentnahme der Saldo aus Wasserbezügen aus dem öffentlichen Netz oder von anderen Betrieben addiert und die Wasserabgaben subtrahiert wird. Häufig ist in diesem Zusammenhang von Wasserverbrauch die Rede, jedoch kann Wasser nicht verbraucht werden, Wasser wird lediglich in seiner Eigenschaft verändert.

Zum Wassereinsatz fließt die Wassermenge, die bei der Produktion oder durch Konsum freigesetzt wird. Der Wasserausbau erfolgt beispielsweise bei der Herstellung von Stärke, Zucker oder Käse. Im Gegensatz dazu wird im Produktionsprozess auch Wasser in Produkte eingebaut. Dies geschieht unter anderem bei der Herstellung von Reinigungsmitteln oder Getränken.

Bei einer Auswertung nach Wirtschaftsbereichen wird neben dem Saldo aus Wasserausbau und Wassereinbau noch die Differenz aus Abwasserzu- und -ableitung an andere Betriebe zum Wassereinsatz dazugerechnet. Auf diesem Weg erhält man die Wasserabgabe an die Natur. Überwiegend wird Wasser in Form von Abwasser an die Umwelt abgegeben. Aber auch als Wasserdampf, durch Verdunstung oder Verluste, die bei der Weiterverteilung entstehen, gelangt das Wasser zurück in die Ökosysteme.

Komponenten des Wasserflusses in Bayern 2007 in Millionen Kubikmetern

Abb. 3



Im Jahr 2007 wurden in Bayern 5 123,5 Millionen Kubikmeter Wasser aus der Natur entnommen (vgl. Abbildung 3). Zu 85 % erfolgte die Entnahme aus dem Grund- und Oberflächenwasser. Aufgrund methodischer Anpassungen sind im Wasserbereich die Daten mit 1995 nicht direkt vergleichbar. Der Wassereinsatz ist seit 1998 um 6 % zurückgegangen und umfasste im Jahr 2007 in Bayern noch 5 125,7 Millionen Kubikmeter. Das entspricht in etwa dem 2,5-fachen des Chiemsees. Die Hälfte des Wassers wird von Energieversorgungsunternehmen, überwiegend als Kühlwasser in Atomkraftwerken, eingesetzt. 18 % des Wassereinsatzes entfiel auf die Sektoren Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe, weitere 11 % wurden für den Konsum in Privathaushalten verwendet. Während in der Industrie und in der Energieversorgung die eingesetzte Wassermenge direkt aus der Natur entnommen wird, beziehen die Privathaushalte das Wasser überwiegend aus dem öffentlichen Netz.

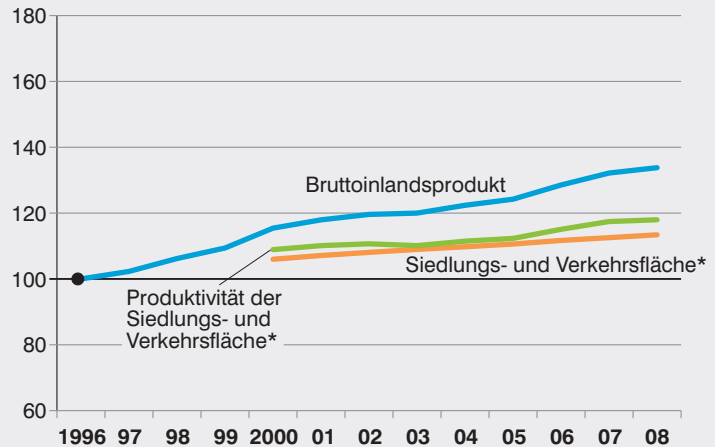
Die Wasserproduktivität, das heißt das erwirtschaftete Bruttoinlandsprodukt je Wassereinsatz, lag 2007 bei 85 Euro je Kubikmeter Wasser und damit über dem Bundesdurchschnitt von 64 Euro je Kubikmeter. Über den Zeitraum von 1998 betrachtet, ist die Wasserproduktivität um rund ein Drittel gestiegen. Die effizientere Wassernutzung wurde durch gestiegene Wasser- und Abwasserpreise sowie die Entwicklung Wasser sparender Technologien bewirkt.

Analog zum Wassereinsatz ist die Wasserabgabe an die Natur zu interpretieren. Die Abwasserproduktivität ist seit 1998 ebenfalls um ein Drittel gestiegen. Von den 5 083,5 Millionen Kubikmeter Wasserabgabe an die Natur im Jahr 2007, wurden 79 % direkt oder indirekt als Abwasser eingeleitet. Eine direkte Einleitung bedeutet, dass das Wasser entweder völlig unbehandelt oder nach Behandlung in der eigenen Kläranlage in die Natur geleitet wird. Bei einer indirekten Einleitung fließt das Wasser zur öffentlichen Abwasserentsorgung. Weitere 15 % wurden in Form von Fremd- und Niederschlagswasser an die Natur abgegeben, die restlichen Prozent entfielen auf Verluste bei der Wasserverteilung sowie Verdunstung und sonstige Verluste.

Produktivität der Siedlungs- und Verkehrsfläche in Bayern seit 1996

Abb. 4

1996 = 100



* Flächenerhebung nach Art der tatsächlichen Nutzung war bis 2000 eine vierjährige Statistik.

Durchschnittliche tägliche Zunahme der Siedlungs- und Verkehrsfläche um 16,4 Hektar

Die Ressource Boden bildet die Lebensgrundlage für die Tier- und Pflanzenwelt und ist ein endliches, nicht vermehrbare Gut. Der Flächenverbrauch für Siedlungs- und Verkehrszwecke bedeutet einen Eingriff in das natürliche System und hat neben den Auswirkungen auf die Artenvielfalt auch einen negativen Effekt auf das Mikroklima und den Wasserhaushalt. Dabei führt die Versiegelung durch Siedlungs- und Verkehrsflächen dazu, dass mehr Niederschlag direkt abfließt und somit Überschwemmungen entstehen können. Zudem schränkt die Landschaftszerschneidung, hervorgerufen durch den Bau von Verkehrswegen, die Tierwelt erheblich ein. 2008 wurden in Bayern 7 859 km² Siedlungs- und Verkehrsfläche erfasst. Das sind 11 % der Gesamtfläche Bayerns. Nahezu die Hälfte der Siedlungs- und Verkehrsfläche ist asphaltiert, betoniert oder überbaut. Die Siedlungs- und Verkehrsfläche umfasst Gebäude- und Freiflächen, Betriebsflächen, Erholungsflächen sowie Friedhöfe.

Bestandteil der deutschen Nachhaltigkeitspolitik ist ein sparsamer Umgang mit der Neuinanspruchnahme von Flächen. Bis 2020 soll die Neuinanspruchnahme an zusätzlicher Fläche auf 30 Hektar pro Tag beschränkt werden. Die Ausweisung von Siedlungs- und Verkehrsflächen liegt in der Zuständigkeit der

Kommunen. Jedoch können die Bundesländer über Landesentwicklungspläne Einfluss auf die Entwicklung der Siedlungs- und Verkehrsflächen nehmen.

Erfreulich ist der Rückgang der jährlichen Neuinanspruchnahme der Siedlungs- und Verkehrsflächen in Bayern um 40 % seit 1995 (vgl. Abbildung 4). Während im Jahr 1995 zusätzliche 100 km² für Siedlungs- und Verkehrszwecke in Anspruch genommen wurden, waren es im Jahr 2008 nur noch 60 km². Durchschnittlich nahm 2008 die Siedlungs- und Verkehrsfläche täglich um 16,4 ha zu, das entspricht in etwa einer Fläche von 23 Fußballfeldern.

Im Zeitraum 1995 bis 2008 ist die Neuinanspruchnahme der Siedlungs- und Verkehrsfläche durchschnittlich jedes Jahr um 3,84 %, im Zeitraum seit 2000 sogar um nahezu 7 % zurückgegangen. Bei der Interpretation der Produktivitäten lässt sich eine Entkopplung des Flächenverbrauchs vom Wirtschaftswachstum feststellen. Trotz Steigerung des Bruttoinlandsproduktes ist der Flächenverbrauch zurückgegangen. Die Produktivität der Siedlungs- und Verkehrsfläche konnte seit 1996 um 18 % gesteigert werden und nahm im Schnitt jährlich um 1,39 % zu.

Erneuerbare Energien, Energieeffizienz und Treibhausgasemissionen

Dipl.-Kfm. Oliver Kaltenegger

Mit der im Juni 2010 vom Europäischen Rat verabschiedeten Europa 2020-Strategie wurden drei energie- und klimapolitische Ziele ins Zentrum gestellt: Bis 2020 wird angestrebt, in der Europäischen Union den Anteil der erneuerbaren Energien auf 20% zu steigern, die Energieeffizienz um 20% zu verbessern und den Ausstoß von Treibhausgasen um 20% zu reduzieren („20-20-20-Ziele“). Deutschland und Bayern schrieben in ihren Energiekonzepten 2010 und 2011 mit der europäischen Politik stimmige nationale Ziele nieder. Es ist Aufgabe der Statistik, diese Zielerreichung zu überwachen.

Einleitung

Vor dem Hintergrund der Wirtschaftskrise 2009 (das Bruttoinlandsprodukt der Europäischen Union fiel um 4,3%) schlägt die Europäische Kommission im März 2010 die Strategie Europa 2020 vor. Neben sieben Leitinitiativen sieht das Konzept fünf messbare EU-Kernziele vor, die bis 2020 verwirklicht und in nationale Ziele umgesetzt werden sollen. Abgedeckt werden die Bereiche Beschäftigung, Forschung und Innovation, Klimaschutz und Energie, Bildung und Armutsbekämpfung. Damit sollen die durch die Rezession offengelegten strukturellen Schwächen Europas überwunden und die Europäische Union in eine intelligente, nachhaltige und integrative Wirtschaft verwandelt werden. Der Europäische Rat nahm im Juni 2010 das Strategiekonzept an.^{1,2}

Im Bereich Klimaschutz und Energie werden fortan die 20-20-20-Ziele im Vordergrund stehen: Bis zum Jahr 2020 sollen die Treibhausgasemissionen, ausgehend vom Niveau des Jahres 1990, um mindestens³ 20% verringert, der Anteil der erneuerbaren Energien am Gesamtenergieverbrauch auf 20% gesteigert und die Energieeffizienz um 20% verbessert werden. Die Ziele gelten für die Europäische Union insgesamt. Die Mitgliedstaaten werden aber unterschiedliche Beiträge zur Zielerreichung liefern.

Aufgrund der Quantifizierbarkeit der Ziele obliegt das Monitoring der Zielvorgaben der Statistik. Auf europäischer Ebene überwacht Eurostat für die EU-

27 und ihre Mitgliedstaaten den Bereich Klimaschutz und Energie mit drei entsprechenden Leitindikatoren. Geeignete bayerische Werte werden diesen Makroindikatoren gegenübergestellt, um einen Vergleich zu ermöglichen. Diese wurden auf Grundlage der Energiebilanz für Bayern berechnet. Zu ihrer jährlichen Erstellung ist das Bayerische Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung durch das Bayerische Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie beauftragt.

Bei der Ableitung der Zielvorgaben in den Bereichen erneuerbare Energien, Energieeffizienz und Treibhausgasemissionen werden die folgenden Strategiepapiere herangezogen: Die Zielvorgaben auf europäischer Ebene entstammen wie erwähnt der Strategie Europa 2020, deren Ziele sich in zahlreichen Richtlinien und Beschlüssen wiederfinden. Die Bundesregierung formulierte in ihrem Energiekonzept „für eine umweltschonende, zuverlässige und bezahlbare Energieversorgung“ vom September 2010 mit der europäischen Politik stimmige Zielvorgaben.⁴ Das Energiekonzept wurde nach der Atomkatastrophe in Fukushima um ein Eckpunktepapier zur Energiewende erweitert (Juni 2011), welches die grundlegenden Ziele des Energiekonzeptes 2010 bestätigte, aber um wichtige Punkte des nun beschlossenen Atomausstiegs ergänzte. Für Bayern wurde unter den neuen Voraussetzungen nach Fukushima das Energiekonzept „Energie innovativ“ (Mai 2011) beschlossen.⁵

¹ Vgl. Mitteilung der Kommission KOM(2010) 2020 vom 3. März 2010, „Europa 2020 – Eine Strategie für intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum“, S. 5-7.

² Vgl. Schlussfolgerungen des Europäischen Rates vom 17. Juni 2010, EUCO 13/10, S. 1.

³ Die Europäische Union bietet an, die Treibhausgasemissionen um 30% gegenüber dem Niveau von 1990 zu reduzieren, wenn sich andere Industrieländer zu vergleichbaren Reduktionen verpflichten und die Entwicklungsländer einen ihren Verantwortlichkeiten und Fähigkeiten entsprechenden Beitrag leisten.

⁴ Für die hier verwendeten gesamtdeutschen Zielvorgaben in den Bereichen erneuerbare Energien, Energieeffizienz und Treibhausgasemissionen vgl. Energiekonzept des Bundes „für eine umweltschonende, zuverlässige und bezahlbare Energieversorgung“ vom 28. September 2010, S. 5.

⁵ Für die hier verwendeten bayerischen Zielvorgaben im Bereich erneuerbare Energien vgl. bayerisches Energiekonzept „Energie innovativ“ vom 24. Mai 2011, S. 4, 11, 15, 20, 23, 28 und 75, für den Bereich Energieeffizienz S. 65 und für den Bereich Treibhausgasemissionen S. 5. und 76.

Das Zusammenwachsen Europas auch im Energiesektor ist Bestandteil der „integrativen“ Europa 2020-Politik, welche den sozialen Zusammenhalt und die wirtschaftliche Konvergenz stimulieren soll. Daher betont der vorliegende Beitrag die europäischen Rahmenbedingungen. Vor diesem Hintergrund können die deutschen und bayerischen Ambitionen im internationalen Gesamtkontext eingeordnet werden.

Die Kernziele, ihre Herkunft und der aktuelle Umsetzungsstand in der EU-27, Deutschland und Bayern finden sich im letzten Abschnitt „Auf einen Blick“ zusammengefasst.

Erneuerbare Energien

Begriff und Bedeutung

Die Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen e.V. definiert erneuerbare Energien als einen „Sammelbegriff für die natürlichen Energievorkommen, die entweder auf permanent vorhandene oder auf sich in überschaubaren Zeiträumen von wenigen Generationen regenerierende bzw. nachbildende Energieströme zurückzuführen sind. Dazu gehören: Solarenergie, Umgebungswärme, Windenergie, Wasserkraft, Energie aus Biomasse und geothermische Energie“.⁶

Diesen Energieträgern kommt eine Schlüsselrolle beim Klimaschutz und bei der Versorgungssicherheit zu. Regenerative Energien reduzieren den Ausstoß von Treibhausgasen. Zudem verringert die Nutzung erneuerbarer Energien die Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen.

Rahmen

Mit der Richtlinie 2009/28/EG wurde für die Europäische Union ein gemeinsamer Rahmen für die Förderung von Energie aus erneuerbaren Quellen vorgeschrieben. Die Richtlinie ist Bestandteil des umfassenden EU-Klimaschutzpaketes vom April 2009. Sie umfasst die Verwendung von erneuerbaren Energien in den relevanten Sektoren Elektrizität, Wärme und Kälte sowie Verkehr und hebt die bisher geltenden Richtlinien 2001/77/EG zur Förderung der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energiequellen im Elektrizitätsbinnenmarkt und 2003/30/EG zur Förderung der Verwendung von Biokraft-

stoffen oder anderen erneuerbaren Kraftstoffen im Verkehrssektor auf.

Die Richtlinie legt ehrgeizige und verbindliche Ziele für die EU fest. Bis zum Jahr 2020 soll mindestens 20 % des Bruttoendenergieverbrauchs der Gemeinschaft durch Energie aus erneuerbaren Quellen gedeckt werden (Artikel 3 Absatz 1 der Richtlinie). Dieses Ziel entspricht einem der drei 20-20-20-Ziele. Zudem soll jeder Mitgliedstaat gewährleisten, dass im Jahr 2020 sein Anteil von Energie aus erneuerbaren Quellen bei allen Verkehrsträgern mindestens 10 % seines Endenergieverbrauchs im Verkehrssektor entspricht (Artikel 3 Absatz 4).

Das 10 %-Ziel im Verkehrssektor gilt für alle Mitgliedstaaten gleichermaßen, um Kohärenz bei den Kraftstoffspezifikationen und bei der Verfügbarkeit der Kraftstoffe zu gewährleisten. Die Kraftstoffe sind leicht handelbar und Mitgliedstaaten können bei Bedarf Biokraftstoffe erneuerbarer Herkunft kurzfristig beziehen. Allerdings musste das Gemeinschaftsziel von 20 % erneuerbarer Energien am Bruttoendenergieverbrauch in unterschiedliche nationale Ziele für die einzelnen Mitgliedstaaten übersetzt werden, da die Ausgangslage, das Potential der erneuerbaren Energien und der Energiemix in den Einzelstaaten, unterschiedlich ausfiel. Die Richtlinie differenziert die verbindlichen nationalen Zielwerte von 10 % für Malta bis 49 % für Schweden. Dies sind auch jene Länder, die im Jahr 2005, das letzte Jahr, für das zuverlässige Daten über den Anteil von Energie aus erneuerbaren Quellen für die Richtlinie vorlagen, mit 0,0 % bzw. 39,8 % den geringsten bzw. den höchsten Anteil aufwiesen. Auf Deutschland entfällt für das Jahr 2020 ein Zielwert von 18 %, der deutsche Ausgangswert 2005 betrug in der Richtlinie 5,8 %. Der deutsche Zielwert für das Jahr 2020 von 18 % wird auch im Energiekonzept der Bundesregierung vom September 2010 aufgeführt. Anschließend wird eine Entwicklung von 30 % bis 2030, 45 % bis 2040 und 60 % bis 2050 angestrebt.

Im bayerischen Energiekonzept „Energie innovativ“ findet sich zu diesem Europa 2020-Bereich folgende Aussage: „Beim Anteil der erneuerbaren Energien am Endenergieverbrauch streben wir an, das von der EU vorgegebene Ziel um 10 % zu übertreffen und

⁶ Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen e.V., Vorwort zu den Energiebilanzen für die Bundesrepublik Deutschland, Stand August 2010, S. 4.

damit einen Deckungsanteil der erneuerbaren Energien von 20 % zu erreichen.“ Die Zielsetzung ist ambitionierter als die nationale oder europäische Vorgabe. Zu beachten ist, dass die Ziele im bayerischen Energiekonzept sich nicht auf das Jahr 2020, sondern auf das Folgejahr 2021 beziehen. Grund ist, dass der Kabinettsauftrag für das Energiekonzept ein 10-Jahres-Ziel hatte.

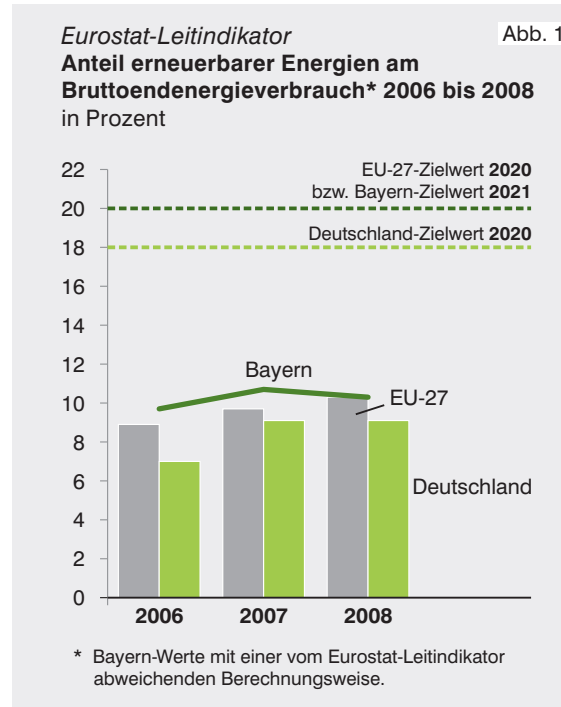
Aktuelle Ergebnisse

Der Eurostat-Leitindikator „Anteil erneuerbarer Energien am Bruttoendenergieverbrauch“ aus der Europa 2020-Strategie bezieht sich auf jenes Gemeinschaftsziel von 20 % und auf die entsprechende Differenzierung in den Mitgliedstaaten. Allerdings kann dieser lediglich als eine Schätzung des in der Richtlinie 2009/28/EG beschriebenen Indikators angesehen werden, da im Fall einiger Technologien für erneuerbare Energieträger das statistische System noch nicht in der Art ausgereift ist, dass es den Anforderungen dieser Richtlinie genügt. Die Abweichungen sind jedoch gering.

Für die EU-27 und für Deutschland liefert Eurostat somit die Daten. Die EU-27 konnte den Anteil der erneuerbaren Energien am Bruttoendenergieverbrauch von 8,9 % im Jahr 2006 auf 10,3 % im Jahr 2008 steigern. Für Deutschland stieg der Anteil im gleichen Zeitraum von 7,0 % auf 9,1 %. Damit haben sowohl die EU-27 als auch Deutschland ca. 50 % ihres jeweiligen Zielanteils im Jahr 2020 erreicht. Besondere Anstrengungen muss hier zum Beispiel noch das Vereinigte Königreich unternehmen. Bei einer Zielgröße von 15 % wies es im Jahr 2008 lediglich einen Anteil von 2,2 % aus.⁷

Für den Anteil erneuerbarer Energien am Bruttoendenergieverbrauch existiert vom Länderarbeitskreis Energiebilanzen keine einheitlich abgestimmte Methode. Für Bayern wurde folgende Näherungsrechnung durchgeführt. Der Beitrag der erneuerbaren Energien an der Strom- und an der Fernwärmeerzeugung sowie der Beitrag der erneuerbaren Energien, wie er im Endenergieverbrauch der Energiebilanz für Bayern direkt ausgewiesen ist, wurde als Summe im Zähler mit dem gesamten Endenergieverbrauch⁸ im Nenner ins Verhältnis gesetzt. Für 2006 ergibt sich somit für Bayern ein Anteil von 9,7 %, für 2008 von

10,3 %. Aufgrund der abweichenden Berechnungsweise ist der Vergleich mit den Eurostat-Werten nur bedingt aussagekräftig (vgl. Abbildung 1).



Ausblick

In Bezug auf die zukünftige Entwicklung gibt die Richtlinie im Anhang I Teil B einen sogenannten „indikativen Zielpfad“ vor, welcher als Orientierung dienen soll, so dass die Mitgliedstaaten ihre zugewiesenen individuellen Ziele für 2020 nicht verfehlen. Die Mitgliedstaaten müssen Maßnahmen treffen, damit ihr Anteil von Energie aus erneuerbaren Quellen den im indikativen Zielpfad angegebenen Anteil erreicht oder übersteigt. Damit die Vorteile des technischen Fortschritts und Größenvorteile genutzt werden können, berücksichtigt dieser, dass die Nutzung von Energie aus erneuerbaren Quellen in der Zukunft schneller wächst. Der Zielpfad verläuft damit leicht exponentiell.

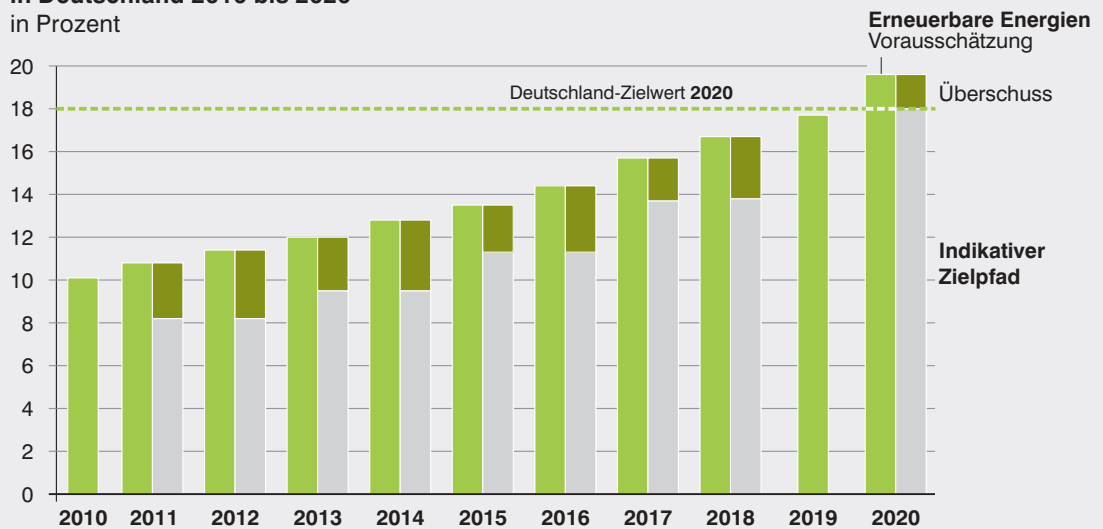
Artikel 4 der Richtlinie sieht darüber hinaus vor, dass alle Mitgliedstaaten einen Nationalen Aktionsplan für erneuerbare Energie erstellen. Dieser enthält unter anderem die für das Erreichen der nationalen Gesamtziele zu ergreifenden Maßnahmen sowie die Ziele der Mitgliedstaaten für die Anteile von im Elektrizitäts-, Wärme- und Kälte- sowie Verkehrssektor verbrauchter Energie aus erneuerbaren Quellen im

⁷ Eurostat, Indikator „Anteil erneuerbarer Energien am Bruttoendenergieverbrauch“, Kode: T2020_31, Werteabruf 2. September 2011, letztes Update 23. August 2011.

⁸ Während in der bayerischen Näherungsrechnung der Endenergieverbrauch, wie ihn die Energiebilanz für Bayern direkt ausweist, herangezogen wird, verwendet die Richtlinie 2009/28/EG das Konzept des Bruttoendenergieverbrauchs. Entsprechend den Abgrenzungskriterien der Energiestatistiken der Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen e.V. ergibt sich der Bruttoendenergieverbrauch in der Energiebilanz für Deutschland aus der Summe des Endenergieverbrauchs, der Fackel- und Leitungsverluste (Strom und Wärme) und der Eigenverbräuche (Strom und Wärme) in Kraft- und Heizwerken.

Anteil erneuerbarer Energien am Bruttoendenergieverbrauch in Deutschland 2010 bis 2020
in Prozent

Abb. 2



Jahr 2020. Entsprechend der Richtlinie beschreibt der deutsche Nationale Aktionsplan für erneuerbare Energie vom August 2010 zwei Szenarien: ein Szenario, das nur Energieeffizienz- und Energieeinsparmaßnahmen berücksichtigt, die vor 2009 ergriffen wurden, und ein weiteres Szenario, wenn zusätzliche Energieeffizienz- und Energieeinsparmaßnahmen ergriffen werden. Die nachfolgenden Zahlen beziehen sich auf das Szenario mit zusätzlichen Maßnahmen.

Für Deutschland wird geschätzt, dass der Anteil erneuerbarer Energien am Bruttoendenergieverbrauch von 10,1% im Jahr 2010 auf 19,6% im Jahr 2020 ansteigen wird (vgl. Abbildung 2). Damit würde Deutschland das festgelegte Ziel von 18% übertreffen. Da der indikative Zielpfad der Richtlinie über den Zeitraum bis 2020 immer übertroffen wird – der voraussichtliche Überschuss erreicht im Jahr 2014 mit 7 105 Kilotonnen RÖE⁹ sein Maximum und hat im Jahr 2020 noch eine Höhe von 3 065 Kilotonnen RÖE – stehen die Überschüsse z.B. als „statistische Transfers“¹⁰ an andere Mitgliedstaaten zur Verfügung (Artikel 4 Absatz 3 Buchstabe a, Artikel 3 Absatz 3 i.V.m. Artikel 6).

Der Nationale Aktionsplan für erneuerbare Energie geht weiterhin für die Sektoren davon aus, dass bis zum Jahr 2020 der Anteil von Wärme und Kälte

aus erneuerbaren Energien von 9,0% im Jahr 2010 auf 15,5% ansteigt. Bei der Elektrizität steigt der Anteil sogar von 17,4% auf 38,6% und im Verkehr von 7,3% auf 13,2%. Während im Elektrizitätssektor im Jahr 2010 der Anteil der Windenergie unter den erneuerbaren Energieträgern auf 43%, der Biomasse auf 31% und der Wasserkraft auf 17% veranschlagt wurde, soll es im Jahr 2020 für die Windenergie sogar 48%, für die Biomasse 23%, für die Photovoltaik 19% und für die Wasserkraft nur noch 9% sein. Eine Verschiebung wird auch im Wärme- und Kältesektor erwartet. Der Beitrag der Biomasse von 91% im Jahr 2010 reduziert sich auf 79% im Jahr 2020, wobei dann auch Solarthermie mit 9% und Wärmepumpen mit 8% einen nennenswerten Beitrag leisten.¹¹

Für Bayern gibt das Energiekonzept „Energie innovativ“ nur in Bezug auf den Elektrizitätssektor konkrete Zielvorgaben. Es sieht vor, die Stromerzeugung aus allen regenerativen Energien bis 2021 auszubauen. Die Zuwächse bei Photovoltaik und Windenergie sind besonders bemerkenswert. Der aktuelle Anteil der erneuerbaren Energien von 23,3% an der gesamten Bruttostromerzeugung im Jahr 2009 soll auf bis zu 50% im Jahr 2021 gesteigert werden. Während 2009 die Wasserkraft einen Anteil von 13,3%, die Biomasse von 3,8%, die Photovoltaik von 2,8% und die Windkraft von 0,6% an der gesamten Bruttostromerzeugung in Bayern hat-

⁹ Es finden sich nachfolgende Einheiten: Rohöleinheit (RÖE), Kilogramm (kg), Tonne (t), Kilotonne (kt), Terajoule (TJ), Petajoule (PJ); 1 kt RÖE = 1 000 t RÖE = 41,868 TJ = 0,041868 PJ bzw. 1 PJ = 23,8846 kt RÖE.

¹⁰ Die Richtlinie 2009/28/EG sieht auch Maßnahmen zur Kooperation zwischen den Mitgliedstaaten und mit Drittländern im Hinblick auf die Erfüllung ihrer nationalen Ziele vor. Dazu gehören auch die sogenannten „statistischen Transfers“. Die Mitgliedstaaten können sich einigen, eine bestimmte Menge an Energie aus erneuerbaren Quellen aus einem Mitgliedstaat in einen anderen Mitgliedstaat zu transferieren.

¹¹ Alle Zahlen, die sich auf den Nationalen Aktionsplan für erneuerbare Energie gemäß der Richtlinie 2009/28/EG zur Förderung der Nutzung von Energie aus erneuerbaren Quellen beziehen, finden sich auf den Seiten 15, 108 und 116-119.

te, sollen im Jahr 2021 rund 17% aus Wasserkraft, über 16% aus Photovoltaik, knapp 10% aus Biomasse, 6 bis 10% aus Windkraft und rund 0,6% aus Tiefengeothermie gedeckt werden.

Um den prozentualen Anteil von Energie aus erneuerbaren Quellen zu steigern, sind Energieeffizienz und Energieeinsparungen eine der wirksamsten Methoden. Um die Zielvorgaben der Richtlinie 2009/28/EG leichter erreichen zu können, werden die Mitgliedstaaten angehalten, die Energieeffizienz und Energieeinsparungen zu fördern (Artikel 3 Absatz 1). Der folgende Abschnitt beschäftigt sich mit der Energieeffizienz.

Energieeffizienz

Begriff und Bedeutung

Die Begriffe „Energieeffizienz“ und „Energieeinsparung“ werden in den EU-Dokumenten häufig synonym verwendet. Die Begriffe müssen daher an dieser Stelle geklärt werden, um das EU-Effizienzziel zu verstehen. Das Konzept der Energieeffizienz wird verständlich, wenn man nachvollzieht, wie sie gemessen wird. Dazu schreibt die Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen e.V.: „Kennziffer zur Messung der Energieeffizienz ist typischerweise die Energieintensität. Dazu wird der Energieverbrauch in Relation zu einer Bezugsgröße betrachtet. (...) Relevante Bezugsgrößen sind Bevölkerung, Bruttoinlandsprodukt, Produktionswert oder Bruttowertschöpfung.“¹²

Die Energieintensität als Effizienzmaß ergibt sich demnach als Quotient mit dem Energieverbrauch im Zähler, nachfolgend wird der Bruttoinlandsverbrauch bzw. der Primärenergieverbrauch relevant sein, und einer Bezugsgröße im Nenner, nachfolgend das Bruttoinlandsprodukt. Die Energieeffizienz steigt (die Energieintensität sinkt), wenn sich bei gleichbleibendem Energieverbrauch die Wirtschaftsleistung erhöht, oder wenn bei gleichbleibender Wirtschaftsleistung weniger Energie eingesetzt werden muss. Die Energieeffizienz steigt auch, wenn bei zunehmender Wirtschaftsleistung der Energieverbrauch verhältnismäßig weniger stark zunimmt, oder wenn bei abnehmender Wirtschaftsleistung der Energieverbrauch überproportional abnimmt.

Das Konzept der „Energieeinsparung“ stellt keinen Quotienten dar, sondern eine eingesparte Energiemenge.¹³ Energieeinsparungen haben Einfluss auf die Energieeffizienz. So können Verhaltensänderungen (z.B. richtiges Lüften) den Energieverbrauch senken. Bei gleichbleibender Wirtschaftsleistung würde die Energieeffizienz steigen. Denkbar sind auch Energieeinsparungen, die gleichzeitig mit geringerer Wirtschaftstätigkeit einhergehen (z.B. konjunktureller Einbruch).

Die Energieeffizienz ist von grundlegender Bedeutung für den Umbau unseres Energiesystems. Die Steigerung der Energieeffizienz ermöglicht, gleichzeitig Treibhausgasemissionen zu vermeiden, den Anteil erneuerbarer Energien im Energiemix schneller auszubauen, die Wettbewerbsfähigkeit und Bezahlbarkeit der Energieversorgung zu sichern und sowohl die Versorgungssicherheit als auch die Reichweite erschöpfbarer Energieträger zu erhöhen. Zusammenfassend quantifiziert die Europäische Kommission das Potential wie folgt: „Wenn es gelingt, das Sparziel von 20% zu erfüllen, würde die EU nicht nur rund 400 Millionen t RÖE weniger Primärenergie verbrauchen, sondern auch den Bau von etwa 1 000 Kohlekraftwerken bzw. einer halben Million Windturbinen vermeiden. Die CO₂-Emissionen würden um rund 860 Millionen t reduziert. ‚Negawattstunden‘, d.h. der durch Einsparung vermiedene Energieverbrauch, stellen mittlerweile die bedeutendste Energieressource dar.“¹⁴

Rahmen

Auf europäischer Ebene wurden viele Vorstöße unternommen, um die Energieeffizienz zu steigern. Darunter fallen unter anderem folgende Richtlinien: Richtlinie 2004/8/EG über die Förderung einer am Nutzwärmebedarf orientierten Kraft-Wärme-Kopplung, Richtlinie 2006/32/EG über Endenergieeffizienz und Energiedienstleistungen, Richtlinie 2009/125/EG zur Schaffung eines Rahmens für die Festlegung von Anforderungen an die umweltgerechte Gestaltung energieverbrauchsrelevanter Produkte, Richtlinie 2010/30/EU über die Angabe des Verbrauchs an Energie und anderen Ressourcen durch energieverbrauchsrelevante Produkte mittels einheitlicher Etiketten und Produktinformationen und Richtlinie

¹² Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen e.V., Ausgewählte Effizienzindikatoren zur Energiebilanz Deutschland, Kapitel „Überblick“, Stand März 2011.

¹³ Artikel 3 der Richtlinie 2006/32/EG über Endenergieeffizienz und Energiedienstleistungen bestimmt die Begriffe „Energieeffizienz“ und „Energieeinsparung“ in ähnlicher Form.

¹⁴ Mitteilung der Kommission KOM(2008) 772 vom 13. November 2008, „Energieeffizienz: Erreichung des 20%-Ziels“, S. 3.

2010/31/EU über die Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden. Aufbauend auf den Aktionsplan für Energieeffizienz aus dem Jahr 2006 veröffentlichte die Europäische Kommission den Energieeffizienzplan 2011. Die Kommission geht davon aus, dass mit den in diesem Plan vorgestellten Maßnahmen zusammen mit den bereits eingeleiteten Maßnahmen das vollständige Erreichen des 20%-Ziels gewährleistet wird. Die neu vorgestellten Maßnahmen aufgreifend hat die Kommission bereits eine weitere Richtlinie zur Energieeffizienz und zur Aufhebung der Richtlinien 2004/8/EG und 2006/32/EG vorgeschlagen.

Um das europäische Gemeinschaftsziel richtig zu verstehen, muss das Schlagwort der Europa 2020-Strategie „Steigerung der Energieeffizienz um 20 %“ präzisiert werden. Konkret lautet die Vorgabe, dass 20 % des EU-Energieverbrauchs gegenüber den Prognosen eines BAU-Szenarios („business as usual“) für 2020 einzusparen sind. Die Projektionen aus dem Jahr 2007 ergaben für 2020 einen Primärenergieverbrauch¹⁵ von 1 842 Millionen Tonnen RÖE. Eine Verbesserung von 20 % würde einer Senkung um 368 Millionen Tonnen RÖE bzw. einem Wert von 1 474 Millionen Tonnen RÖE gleichkommen.¹⁶

Einfacher ist die Situation in Deutschland, denn es gibt keine Zielsetzung in Bezug auf eine Projektion des Energieverbrauchs im Jahr 2020, sondern eine Zielsetzung gegenüber dem Jahr 2008. Entsprechend der Vorgabe des Energiekonzeptes des Bundes soll bis 2020 der Primärenergieverbrauch gegenüber 2008 um 20 % sinken. Anschließend soll der Primärenergieverbrauch bis 2050 sogar um 50 % reduziert werden.

Für Bayern formuliert das Energiekonzept „Energie innovativ“ kein konkretes Effizienzziel auf Makroebene. Es findet sich lediglich ein Bekenntnis zum indikativen Ziel der Europäischen Kommission, die Energieeffizienz bis zum Jahr 2020 um 20 % zu steigern. Damit erscheint zumindest ein Vergleich des bayerischen Trends mit der gesamtdeutschen bzw. europäischen Entwicklung weiterhin interessant.

Aktuelle Ergebnisse

Um die Vorgaben zu überwachen, wählt Eurostat die bereits erwähnte Energieintensität als Effizienzindi-

kator. Der Eurostat-Leitindikator „Energieintensität der Wirtschaft“ ist definiert als das Verhältnis von Bruttoinlandsverbrauch an Energie (Kohle, Strom, Öl, Erdgas und erneuerbare Energien) und Bruttoinlandsprodukt.¹⁷ Das Resultat verdeutlicht, wie viel Energie aufgewendet wurde, um eine Einheit Wirtschaftsleistung zu erzeugen. Volkswirtschaften mit großem Dienstleistungssektor weisen eine geringere Energieintensität auf als Volkswirtschaften mit einem hohen Industrieanteil. Der strukturelle Wandel beeinflusst damit den Indikator.

Da der Eurostat-Leitindikator das Verhältnis zwischen Bruttoinlandsverbrauch an Energie und Bruttoinlandsprodukt misst, wird deutlich, dass der Indikator nur eingeschränkte Aussagekraft besitzt, da die anvisierte 20 %-Reduktion beim Primärenergieverbrauch gegenüber den Prognosen für 2020 dadurch nicht überprüfbar ist. Da Eurostat (noch) keinen genaueren Indikator ausweisen kann („under development“), verwendet es die Energieintensität als Ersatz zur Messung des Europa 2020-Ziels.

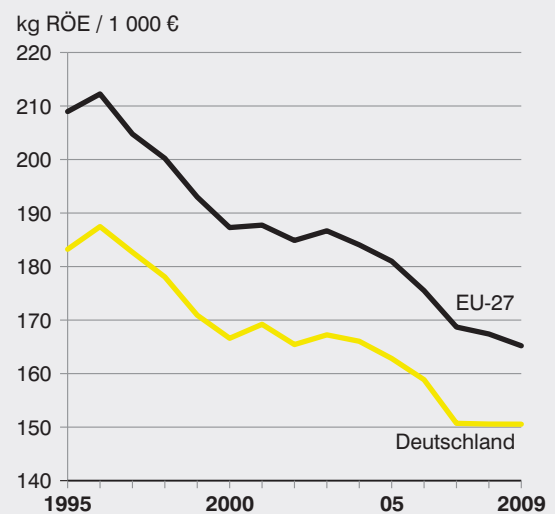
Der europäische Leitindikator zeigt für die EU-27 und für Deutschland über den Zeitraum von 1995 bis 2009 einen gleichförmigen Entwicklungsverlauf (vgl. Abbildung 3). Sowohl die EU-27 als auch Deutsch-

¹⁵ Im Rahmen der Projektionen für 2020 in den EU-Dokumenten: Bruttoinlandsverbrauch minus nichtenergetische Nutzungen.

¹⁶ Vgl. Mitteilung der Kommission KOM(2011) 109, „Energieeffizienzplan 2011“, S. 2; vgl. auch Mitteilung der Kommission KOM(2011) 370 vom 22. Juni 2011, „Vorschlag für Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Energieeffizienz und zur Aufhebung der Richtlinien 2004/8/EG und 2006/32/EG“, S. 10.

¹⁷ Die Werte für das Bruttoinlandsprodukt werden in verketteten Volumen angegeben, Bezugsjahr ist das Jahr 2000. Die Einheit des Indikators ergibt sich zu Kilogramm RÖE pro 1 000 Euro.

Eurostat-Leitindikator Abb. 3
Energieintensität der Wirtschaft 1995 bis 2009



Quelle: Eurostat
Werteabruf: September 2011

land fielen im betrachteten Zeitraum von ihrem jeweiligen Höchststand 1996 (212,3 bzw. 187,5 Kilogramm RÖE pro 1 000 Euro) auf ihren niedrigsten Stand im Jahr 2009 (165,2 bzw. 150,6 Kilogramm RÖE pro 1 000 Euro). Der Indikatorwert ist damit für Deutschland durchgängig niedriger als für die EU-27, wobei es zu einer Annäherung im Zeitablauf kommt. Der Indikator zeigt das gute Effizienzniveau, das vor allem Deutschland als große Industrienation bereits erreicht hat. In der EU-27 weisen 2009 lediglich Dänemark, Irland, Italien, Österreich, Schweden und das Vereinigte Königreich einen niedrigeren Wert aus. Zum weiteren Vergleich, die Türkei erreichte 2009 ein Niveau von 257,4 Kilogramm RÖE pro 1 000 Euro, die Vereinigten Staaten von 177,5 Kilogramm RÖE pro 1 000 Euro und Japan von 91,7 Kilogramm RÖE pro 1 000 Euro.¹⁸

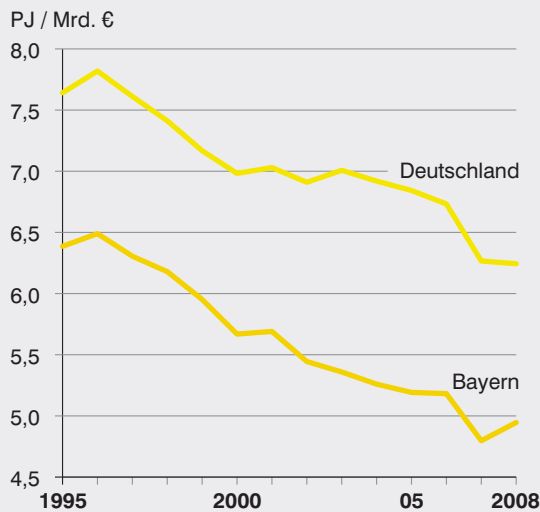
Der Rückgang der Energieintensität in der EU-27 und in Deutschland ist auf die Steigerung des Bruttoinlandsprodukts bei gleichbleibendem bzw. leicht steigendem Energieverbrauch zurückzuführen. Für Deutschland veränderte sich der Bruttoinlandsverbrauch an Primärenergie zwischen 1998 (349 Millionen Tonnen RÖE) und 2008 (343 Millionen Tonnen RÖE) kaum. In der EU-27 stieg im gleichen Zeitraum der Wert von 1 722 Millionen Tonnen RÖE auf 1 802 Millionen Tonnen RÖE. In den Zwischenjahren kam es gleichwohl zu Schwankungen.¹⁹

Demgegenüber will Deutschland seinen Primärenergieverbrauch bis 2020 um 20% gegenüber 2008 senken. Der Primärenergieverbrauch 2008 lag bei 14 216 PJ. Im Krisenjahr 2009 fiel dieser dann ungewöhnlich stark um 5,5% auf 13 428 PJ.²⁰ Da das deutsche Bruttoinlandsprodukt ebenfalls stark zurückging, änderte sich die Energieintensität nur wenig.

Für Bayern gibt es noch keinen amtlichen Wert für den Primärenergieverbrauch im Jahr 2009. Der Wert für 2008 lag bei 2 040 PJ. 1998 lag er mit 2 043 PJ auf ähnlich hohem Niveau, 1995 bei 1 953 PJ und 1990 deutlich niedriger bei 1 784 PJ. Die Energieintensität in Bayern lag im Jahr 1995 noch bei 6,4 PJ pro Milliarden Euro und im Jahr 2008 bei 4,9 PJ pro Milliarden Euro (vgl. Abbildung 4).

Energieintensität* in Deutschland und Bayern 1995 bis 2008

Abb. 4



* BIP (preisbereinigt, verkettet).

Quelle: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder, August 2010.

Der Länderarbeitskreis Energiebilanzen weist die Energieintensität als Index (1991 = 100) aus. Der Indexwert für Bayern fiel bis 2008 auf einen Wert von 76,7. Dies ist unter den großen alten Bundesländern ein guter Wert. Zum Vergleich, Nordrhein-Westfalen weist für 2008 einen Index-Wert von 87,8, Baden-Württemberg von 83,9 und Niedersachsen von 83,3 aus.²¹

Ausblick

Die Energieeffizienz ist unter den drei 20-20-20-Zielen aus heutiger Sicht das Ziel, welches am ehesten verfehlt wird. Entsprechend den Projektionen aus dem Jahr 2009 werden lediglich 9% Einsparung an Primärenergie gegenüber den Projektionen für 2020 erreicht. Die Gewährleistung des vollen 20%-Ziels soll der Energieeffizienzplan 2011 bewirken. Die Kommission wird weiterhin die Zielerreichung überwachen.

Es muss darauf hingewiesen werden, dass die deutsche Vorgabe einer Primärenergieeinsparung von 20% gegenüber 2008 zu einem hohen Anspruch werden kann. Je nachdem wie stark das Bruttoinlandsprodukt wächst, wären dafür Effizienzsteige-

18 Eurostat, Indikator „Energieintensität der Wirtschaft“, Kode: T2020_32, Werteabruf 2. September 2011, letztes Update 31. August 2011.

19 Eurostat, „Bruttoinlandsverbrauch an Primärenergie“, Kode: TEN00086, Werteabruf 2. September 2011, letztes Update 31. August 2011.

20 Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen e.V., Energiebilanz für Deutschland 2008, Berechnungsstand August 2010; Energiebilanz für Deutschland 2009, Berechnungsstand März 2011.

21 Länderarbeitskreis Energiebilanzen, Indikator „Energieintensität seit 1991“, Primärenergieverbrauch je Einheit Bruttoinlandsprodukt (preisbereinigt, verkettet), Berechnungsstand März 2011.

rungen von deutlich über 20 % bis 2020 nötig. Anders ist die Situation in Krisenzeiten mit negativem Wirtschaftswachstum. Wie die vorstehend beschriebene Entwicklung für Deutschland in den Jahren 2008 und 2009 zeigt, wird die Primärenergieeinsparung leicht fallen, wenn die Wirtschaft schrumpft. Dann wird es darauf ankommen, dass der Rückgang bei der Primärenergie stärker ausfällt als der Rückgang beim Bruttoinlandsprodukt, um Effizienzgewinne zu erzielen. Wie erwähnt, muss insbesondere bei Betrachtung längerer Zeiträume berücksichtigt werden, dass der Wandel weg von einer energieintensiven Wirtschaftsstruktur hin zum tertiären Sektor die Energieintensität sinken lässt.

Die Energieeffizienz hat maßgeblichen Einfluss auf die Treibhausgasemissionen. Daher fordert Artikel 2 des Kyoto-Protokolls die Vertragsparteien auf, bei der Erfüllung ihrer quantifizierten Emissionsbegrenzungs- und Emissionsreduktionsverpflichtungen entsprechend ihren nationalen Gegebenheiten Maßnahmen umzusetzen, welche die Verbesserung der Energieeffizienz betreffen. Der Bereich der Treibhausgasemissionen wird im folgenden Abschnitt erörtert.

Treibhausgasemissionen

Begriff und Bedeutung

Entsprechend der Definition des Arbeitskreises Umweltökonomische Gesamtrechnungen der Länder sind Treibhausgase „gasförmige Stoffe in der Atmosphäre, die zum Treibhauseffekt beitragen und sowohl einen natürlichen als auch einen anthropogenen Ursprung haben können.“²² Aufgrund des Beitrags zum Treibhauseffekt sind Treibhausgasemissionen für die Klimapolitik von großer Bedeutung. Während für die Abschnitte „Erneuerbare Energien“ und „Energieeffizienz“ Europa als Bezugsrahmen ausreichte, muss bei den Treibhausgasen der weltweite Kontext betrachtet werden.

Nach Veröffentlichung des Zweiten IPCC-Sachstandsberichts 1995 (IPCC, Intergovernmental Panel on Climate Change, im Deutschen häufig „Weltklimarat“) unterstreicht der EU-Umweltministerrat 1996 die „Notwendigkeit eines dringenden Handelns“ und erklärt, dass die durchschnittlichen globalen Tempe-

raturen sich gegenüber dem vorindustriellen Niveau nicht um mehr als 2°C erhöhen sollten.²³ Aus dem Vierten IPCC-Sachstandsbericht 2007 geht hervor, dass seit 1850 die globale Durchschnittstemperatur um 0,76°C gestiegen ist. Der Großteil der beobachteten Erhöhung der globalen Durchschnittstemperaturen seit Mitte des zwanzigsten Jahrhunderts ist „sehr wahrscheinlich“ auf die erhöhten, durch Menschen verursachten Treibhausgaskonzentrationen zurückzuführen.²⁴

Rahmen

Bei den Treibhausgasemissionen ist im weltweiten Kontext das 1997 beschlossene Kyoto-Protokoll maßgebend. Erstmals wurden für die Vertragsparteien völkerrechtlich bindende Treibhausgas-Reduktionsziele festgelegt. Die Anlage B des Protokolls listet die für die Länder vorgesehenen Emissionsbegrenzungen auf. Auf die Europäische Gemeinschaft (damals EU-15) entfiel eine Reduktionsverpflichtung von 8 % für den Durchschnitt der Jahre des Verpflichtungszeitraums 2008 - 2012 gegenüber dem Niveau des Kyoto-Basisjahrs 1990/1995.²⁵ Der EU-Umweltministerrat legte 1998 die EU-interne Lastenverteilung fest. Deutschland übernahm einen Beitrag von minus 21 %.²⁶

Gemäß der internationalen Vereinbarung von Kyoto unterliegen sechs Stoffe bzw. Stoffgruppen der Regulierung, die sich in Anlage A des Protokolls wiederfinden: Kohlendioxid (CO₂), Methan (CH₄), Distickstoffoxid (N₂O/Lachgas), teilhalogenierte Fluorkohlenwasserstoffe (HFC), perfluorierte Kohlenwasserstoffe (PFC) und Schwefelhexafluorid (SF₆). Die Gase besitzen ein unterschiedliches Treibhauspotential (Englisch: Global Warming Potential). Die einzelnen Gase werden mit ihrem Treibhauspotential gewichtet und können dann in sogenannten CO₂-Äquivalenten ausgedrückt werden. Die Klimawirksamkeit der einzelnen Gase ist somit auf die Wirkung der entsprechenden Menge an CO₂ umgerechnet.

Die Europäische Gemeinschaft hat sich dazu verpflichtet, über die Kyoto-Verpflichtungsphase 2008 - 2012 hinaus ihre Treibhausgasemissionen bis 2020 um mindestens 20 % gegenüber 1990 zu reduzieren. Dies muss vor dem Hintergrund betrachtet

22 Glossar des Arbeitskreises Umweltökonomische Gesamtrechnungen der Länder, <http://www.ugrdl.de/glossar.htm>, Abruf 12. September 2011.

23 Vgl. PRES/96/188 zur 1939. Tagung des EU-Umweltministerrates, Strategie der Gemeinschaft im Bereich Klimaänderungen, Schlussfolgerungen Nr. 3 und 6.

24 Vgl. IPCC, Climate Change 2007, Fourth Assessment Report (AR4), Working Group I Report „The Physical Science Basis“, Summary for Policymakers, S. 5 und 10.

25 Das Basisjahr für CO₂, CH₄ und N₂O ist 1990, für HFC, PFC und SF₆ wählten 12 Mitgliedstaaten 1995 als Basisjahr, nur Österreich, Frankreich und Italien wählten 1990.

26 Vgl. PRES/98/205 zur 2106. Tagung des EU-Umweltministerrates, Gemeinschaftsstrategie im Bereich der Klimaänderungen, Schlussfolgerung Nr. 2 i.V.m. Anlage 1; vgl. auch Entscheidung Nr. 2002/358/EG.

werden, dass die europäischen Treibhausgasemissionen in zwei Teilsysteme untergliedert sind. Das eine Teilsystem umfasst die Sektoren, die unter das EU-Emissionshandelssystem fallen (EU-EHS, Englisch: EU Emissions Trading System, EU-ETS), das andere Teilsystem deckt die Sektoren ab, die nicht unter das EU-EHS fallen. Beide Teilsysteme tragen gemeinsam zur Erfüllung des 20%-Oberziels der Gemeinschaft bei.

Das EU-EHS wurde mit der Richtlinie 2003/87/EG eingeführt. Die Richtlinie soll dazu beitragen, dass die Gemeinschaft die aus dem Kyoto-Protokoll entstandenen Verpflichtungen zur Verringerung der anthropogenen Treibhausgasemissionen durch einen effizienten Markt für Treibhausgasemissionszertifikate effektiver und mit wenig Belastung für die Wirtschaft erfüllen kann. Verbessert und erweitert wurde dieses Gemeinschaftssystem für die dritte Handelsperiode 2013 - 2020 durch die Richtlinie 2009/29/EG.²⁷ Die umfassten Tätigkeiten und Treibhausgase sind im Anhang I aufgeführt. Dazu gehören die Sektoren Energie, Industrie und Luftverkehr und die Treibhausgase CO₂, N₂O und PFC. Grundsätzlich sieht Artikel 30 vor, dass neue Tätigkeiten und weitere Kyoto-Gase aufgenommen werden können. Die dem Zertifikatehandel unterliegenden Emissionen sollen bis 2020 um 21 % gegenüber 2005 reduziert werden.

Um das übergeordnete 20%-Ziel zu erreichen, sollen nicht nur einzelne, sondern alle Wirtschaftszweige einen Beitrag leisten. Daher erging die Entscheidung Nr. 406/2009/EG, die sich auf die Treibhausgase der Sektoren außerhalb des EU-EHS bezieht. Dies sind unter anderem die Sektoren Privathaushalte, Gewerbe/Handel/Dienstleistungen, Straßenverkehr, Land- und Abfallwirtschaft. Die nicht dem Zertifikatehandel unterliegenden Emissionen sollen 2020 im EU-Durchschnitt um ca. 10 % gegenüber dem Niveau von 2005 verringert werden. Aufgrund unterschiedlicher Lastenverteilung entfällt auf Deutschland eine Emissionsminderung von 14 % gegenüber dem Jahr 2005 (Artikel 3 Absatz 1 i.V.m. Anhang II). Aktuell, in der zweiten Handelsperiode des EU-EHS 2008 - 2012, umfassen die nicht im Emissionshandel einbezogenen Sektoren ungefähr 60 % der gesamten Treibhausgasemissionen.

Die Richtlinie über den Emissionshandel 2009/29/EG und die Entscheidung Nr. 406/2009/EG über die Lastenverteilung unter den Mitgliedstaaten in den Sektoren außerhalb des EU-EHS waren ebenfalls Bestandteile des insgesamt vier Rechtsakte (und zwei weitere gleichzeitig beschlossene Rechtsakte) umfassenden EU-Klimaschutzpaketes vom April 2009. Neben der erwähnten Erneuerbare-Energien-Richtlinie 2009/28/EG ist an dieser Stelle mit der Richtlinie 2009/31/EG über die geologische Speicherung von CO₂ der bis jetzt noch nicht aufgeführte vierte Rechtsakt zu erwähnen. Zweck der geologischen Speicherung ist nach Artikel 1 Absatz 2 der Richtlinie „die dauerhafte Rückhaltung von CO₂ in einer Weise, durch die negative Auswirkungen und Risiken für die Umwelt und die menschliche Gesundheit vermieden oder, wenn dies nicht möglich ist, so weit wie möglich beseitigt werden.“ Die sogenannte CCS-Richtlinie (CCS, Carbon Dioxide Capture and Storage) hat jedoch keinen unmittelbaren Bezug auf die hier erörterten Zielvorgaben.

Deutschland hat sich bereits im Rahmen der Kyoto-Vereinbarungen zu überdurchschnittlichen Reduzierungen verpflichtet (vgl. oben: für die Verpflichtungsperiode 2008 - 2012 Reduktion von 21 % gegenüber dem Kyoto-Basisjahr, im Vergleich zu einer Reduktion der EU-15 von 8%). Und auch im Energiekonzept vom September 2010 finden sich weitere ambitionierte Ziele wieder. Bis 2020 sollen die Treibhausgasemissionen insgesamt um 40 % gegenüber 1990 reduziert werden. Anschließend soll bis 2030 eine Reduktion von 55 %, bis 2040 von 70 % und bis 2050 von 80 % bis 95 % jeweils gegenüber 1990 angestrebt werden. Das Ziel, die Treibhausgasemissionen bis 2020 um 40 % gegenüber 1990 zu senken, wurde bereits im Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und FDP (17. Legislaturperiode) bekräftigt.

Anders als die europäischen bzw. gesamtdeutschen Zielvereinbarungen, bezieht sich das bayerische Energiekonzept lediglich auf die sogenannten energiebedingten CO₂-Emissionen, die bis 2020²⁸ deutlich unter 6 Tonnen je Einwohner gesenkt werden sollen. Das bedeutet, dass nicht alle Quellgruppen, sondern lediglich Energie, und auch nicht alle Kyoto-Treibhausgase, sondern nur das CO₂, maßgeblich sind.

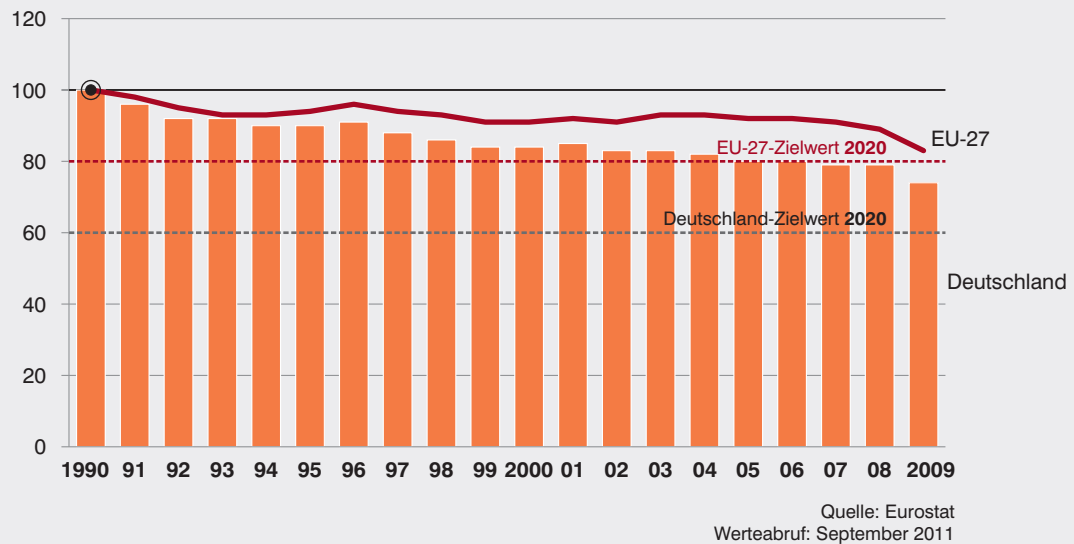
²⁷ Die erste Handelsperiode des EU-EHS erstreckte sich von 2005-2007, die zweite Handelsperiode fiel mit der Kyoto-Verpflichtungsperiode 2008-2012 zusammen.

²⁸ Das bayerische CO₂-Reduktionsziel wird im Energiekonzept „Energie innovativ“ bestätigt, stammt aber ursprünglich aus den bayerischen Klimaschutzzielen und bezieht sich daher auf das Jahr 2020 und nicht auf das Zieljahr des bayerischen Energiekonzeptes 2021.

Eurostat-Leitindikator

Emissionen von Treibhausgasen, Basisjahr 1990, von 1990 bis 2009
1990 = 100

Abb. 5



Die energiebedingten CO₂-Emissionen repräsentieren noch den Hauptanteil der Gesamtemissionen.

einer Reduzierung um 25,4 % (313 Millionen Tonnen CO₂-Äquivalente).²⁹

Aktuelle Ergebnisse

Die Ergebnisbeschreibung für Europa und Deutschland beruht auf den Daten der Europäischen Umweltagentur (Englisch: European Environment Agency). Eurostat nutzt diese Datenbasis ebenfalls für den Eurostat-Leitindikator im Bereich der Treibhausgasemissionen. Die Daten geben weder Aufschluss über die Emissionen und deren Senkung im Zusammenhang mit Flächennutzung, geänderte Flächennutzung und Forstwirtschaft (Englisch: Land Use, Land-Use Change and Forestry, LULUCF) noch bezüglich des internationalen Luft- und Seeverkehrs. CO₂-Emissionen aus Biomasse mit energetischer Verwertung werden nicht in die nationalen Treibhausgasgesamtmengen einbezogen.

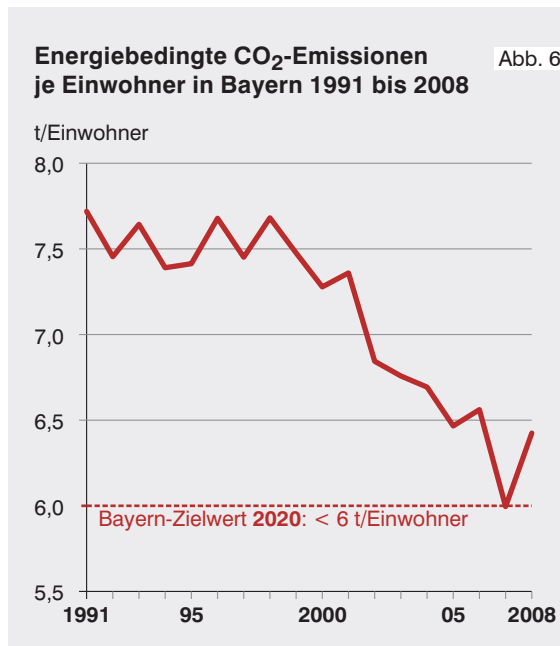
Die EU-27 hat keine Verpflichtung aus dem Kyoto-Protokoll wie es die EU-15 hat. Der Eurostat-Leitindikator „Emission von Treibhausgasen, Basisjahr 1990“ zeigt die Trends bei den anthropogenen Emissionen der Treibhausgase laut Kyoto-Protokoll im Vergleich zum Niveau 1990, d.h. nicht im Vergleich zum Kyoto-Basisjahr. Die Gesamtemissionen in der EU-27 nahmen zwischen 1990 und 2009 um 17,4 % (974 Millionen Tonnen CO₂-Äquivalente) ab. Deutschland erreichte in diesem Zeitraum eine Reduktion von 26,3 % (328 Millionen Tonnen CO₂-Äquivalente) (vgl. Abbildung 5). Die Kurven- und Balkenverläufe zeigen die überdurchschnittlichen Reduktionen der deutschen Treibhausgasemissionen. Im Rezessionsjahr 2009 sanken die Emissionen konjunkturbedingt deutlich.³⁰

Die Gesamtemissionen 2009 für die im Kyoto-Protokoll verpflichtete EU-15 waren um 12,7 % (542 Millionen Tonnen CO₂-Äquivalente) niedriger als im Kyoto-Basisjahr. 2009 war das erste Jahr, für das die Emissionen unter dem vereinbarten 8 %-Ziel für die Verpflichtungsperiode 2008 - 2012 lagen. Auch Deutschland übertraf 2009 seine 21 %-Zielmarke mit

Nach vorläufigen Schätzungen des Umweltbundesamtes liegt Deutschland auch für das Jahr 2010 unter dem Kyoto-Zielwert 2008 - 2012 von 974 Millionen Tonnen CO₂-Äquivalente. Zwar wurden aufgrund der konjunkturellen Erholung der Wirtschaft und der kühlen Witterung insgesamt 40 Millionen Tonnen CO₂-

²⁹ Vgl. European Environment Agency, Annual European Union greenhouse gas inventory 1990-2009 and inventory report 2011 - Submission to the UNFCCC Secretariat, Technical report No. 2/2011, S. ii-vii.
³⁰ Ebd., vgl. auch Eurostat, Indikator „Emission von Treibhausgasen, Basisjahr 1990“, Kode: T2020_30, Werteabruf 2. September 2011, letztes Update 23. August 2011.

Äquivalente mehr Treibhausgase emittiert als 2009 (+4,3%), aber die Gesamtemissionen von 960 Millionen Tonnen CO₂-Äquivalente sind weiterhin deutlich unter den 974 Millionen Tonnen CO₂-Äquivalente aus der Kyoto-Vorgabe. Gegenüber 1990 sanken die Emissionen damit um 23,1 %.³¹



Die energiebedingten CO₂-Emissionen in Bayern zeigen erst seit 1998 einen fallenden Trend (vgl. Abbildung 6), während nach der Wiedervereinigung vor allem die neuen Bundesländer in den Jahren vor 1998 deutliche CO₂-Reduktionen verzeichneten. 1998 lagen die energiebedingten CO₂-Emissionen in Bayern noch bei 7,7 Tonnen je Einwohner, 2007 waren es nur noch 6,0 Tonnen je Einwohner – der bis dahin niedrigste Wert und damit bereits in der Nähe der bayerischen Vorgabe für 2020. Im Jahr 2008 kamen auf jeden Einwohner 6,4 Tonnen an energiebedingten CO₂-Emissionen. Werden die energiebedingten CO₂-Emissionen auf das Bruttoinlandsprodukt bezogen (Index 1991 = 100), so ergibt sich für Bayern ein Index-Wert 2008 von 63,7. Zum Vergleich, Nordrhein-Westfalen weist für 2008 einen Index-Wert von 79,4, Baden-Württemberg von 72,8 und Niedersachsen von 69,9 aus.³²

Ausblick

Für die Zeit nach der Kyoto-Verpflichtungsperiode 2008 - 2012 sieht Artikel 9 der Emissionshandels-

Richtlinie für das EU-EHS zur Zielerreichung im Jahr 2020 vor, dass die gemeinschaftliche Menge der ab 2013 jährlich vergebenen Zertifikate ab der Mitte des Zeitraums 2008 - 2012 linear um 1,74 % pro Jahr verringert wird (verglichen mit der durchschnittlichen jährlichen Gesamtmenge der Zertifikate 2008 - 2012). Auch bei den nicht unter das EU-EHS fallenden Emissionen müssen die Mitgliedstaaten zwischen 2013 und 2020 jährliche Zwischenziele realisieren (Artikel 3 Absatz 2 der Entscheidung Nr. 406/2009/EG), die eine lineare Zielerreichung garantieren. Damit sind Zielpfade für Europa festgelegt.

Eine zusätzliche Herausforderung wird für Deutschland und Bayern der von der Bundesregierung beschlossene Atomausstieg werden. Bayern hat mit fünf Atomkraftwerken einen hohen Substitutionsbedarf. Fehlende Atomkraft soll durch Kohle- und Gaskraftwerke ersetzt werden. Bayern wird Gas als Energieträger priorisieren. Gas zeichnet sich durch einen günstigen CO₂-Faktor aus, was die Treibhausgasemissionen begrenzen, aber nicht vermeiden wird. Inwieweit (und ob) Reduktionsbemühungen in anderen Bereichen die Zunahme an Treibhausgasemissionen durch neu in Betrieb genommene Gas- und Kohlekraftwerke überkompensieren können, bleibt abzuwarten.

Auf einen Blick

Zur Verdeutlichung und besseren Übersicht werden die wichtigsten Zahlen in den drei Bereichen erneuerbare Energien, Energieeffizienz und Treibhausgasemissionen für die Ebenen EU-27, Deutschland und Bayern zusammengefasst dargestellt (vgl. Abbildung 7).

Für die erneuerbaren Energien sieht die Erneuerbare-Energien-Richtlinie 2009/28/EG für die EU-27 einen Anteil von 20% am Bruttoendenergieverbrauch bis 2020 vor, für Deutschland 18% (Artikel 3 Absatz 1 i.V.m. Anhang I Teil A). Bayerns Energiekonzept formuliert einen Anteil von 20% bis 2021. Die Werte für die EU-27 und Deutschland stammen von Eurostat. Für Bayern ergibt sich der Wert aus der im Abschnitt „Erneuerbare Energien“ beschriebenen Näherungsrechnung auf Grundlage der Energiebilanz für Bayern 2008.

³¹ Vgl. Umweltbundesamt, Presseinformation Nr. 20/2011.

³² Länderarbeitskreis Energiebilanzen, Indikator „CO₂-Emissionen (Quellenbilanz) bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt seit 1991“, CO₂-Emissionen je Einheit Bruttoinlandsprodukt (preisbereinigt, verkettet), Berechnungsstand März 2011.

Abb. 7

Vorgaben und aktuelle Umsetzung der "20-20-20"-Ziele in der EU-27, Deutschland und Bayern

	Erneuerbare Energien	Energieeffizienz (Energieverbrauchsminderung)	Treibhausgasemissionen
EU-27	2008: 10,3% bis 2020: 20% am Bruttoend- energieverbrauch	--- bis 2020: -20% Primärenergiever- brauch gegenüber BAU-Szenario 2020	2009: -17,4% bis 2020: -20% gegenüber 1990
Deutschland	2008: 9,1% bis 2020: 18% am Bruttoend- energieverbrauch	2009: -5,5% bis 2020: -20% Primärenergiever- brauch gegenüber 2008	2009: -26,3% bis 2020: -40% gegenüber 1990
Bayern	2008: 10,3% bis 2021: 20% am Bruttoend- energieverbrauch	--- ---	2008: 6,4 t/Einwohner bis 2020: Energiebedingte CO ₂ - Emissionen deutlich unter 6 t/ Einwohner

Für die Ziele der Energieeffizienz bzw. der Energieverbrauchsminderung ließ sich der aktuelle Umsetzungsstand nur für Deutschland in eine konkrete Zahl fassen. Für die EU-27 liegt dies an der im Abschnitt „Energieeffizienz“ beschriebenen Problematik der Energieeinsparung gegenüber einem BAU-Szenario. Eventuell wird Eurostat hierzu noch einen neuen Indikator veröffentlichen („under development“). Für Deutschland gibt das Energiekonzept vom September 2010 das Ziel einer 20 %-Minderung beim Primärenergieverbrauch gegenüber 2008 aus. Für Bayern existiert im Energiekonzept kein Makro-Effizienzziel. Der Wert für die deutsche Reduktion beim Primärenergieverbrauch resultiert aus den Energiebilanzen für Deutschland der Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen e.V.

Für die Treibhausgasemissionen liegen für die EU-27 und für Deutschland, nicht zuletzt wegen der in-

ternationalen Berichtspflichten, gute und vergleichbare Daten der Europäischen Umweltagentur vor, die auch von Eurostat verwendet werden. Die Vorgaben für Europa und Deutschland stammen nicht aus den internationalen Verpflichtungen aus dem Kyoto-Protokoll, sondern für die EU-27 aus den Strategiepapieren im Rahmen des Europa 2020-Umfelds und für Deutschland aus dem Energiekonzept vom September 2010 bzw. aus den Koalitionsvereinbarungen der Bundesregierung. Die Treibhausgasreduktionen für die EU-27 und für Deutschland wurden in der Tabelle zu Vergleichszwecken jeweils auf das Jahr 1990 bezogen, nicht auf das Kyoto-Basisjahr. Das bayerische Ziel für die energiebedingten CO₂-Emissionen von „deutlich unter 6 Tonnen“ pro Jahr und Einwohner bis 2020 wurde im bayerischen Energiekonzept bekräftigt, Grundlage der Berechnung ist die Energiebilanz für Bayern 2008.

Tabellen zum Bayerischen Zahlenspiegel

Bezeichnung	Einheit	2008	2009	2010	2010			2011		
		Monatsdurchschnitt			Februar	März	April	Februar	März	April
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit										
Bevölkerungsstand (Wertespalten 1 bis 3: zum 31.12.; sonst: Monatsende)	1 000	12 520	12 510	12 539	12 511	12 512	12 515	12 539	12 542	12 546
Natürliche Bevölkerungsbewegung										
Eheschließungen ¹	Anzahl	4 858	4 901	4 924	1 965	2 737	3 781	1 966	2 486	3 748
je 1 000 Einwohner	Anzahl	4,7	4,7	4,7	2,0	2,6	3,7	2,0	2,3	3,6
Lebendgeborene ²	Anzahl	8 858	8 643	8 771	7 682	9 071	8 096	7 740	8 743	7 272
je 1 000 Einwohner	Anzahl	8,5	8,3	8,4	8,0	8,5	7,9	8,0	8,2	7,1
Gestorbene ³	Anzahl	10 092	10 208	10 258	10 064	11 874	9 795	10 072	11 238	9 745
je 1 000 Einwohner	Anzahl	9,7	9,8	9,8	10,5	11,2	9,5	10,5	10,6	9,5
und zwar im 1. Lebensjahr Gestorbene	Anzahl	28	27	25	23	15	24	28	28	22
je 1 000 Lebendgeborene	Anzahl	3,1	3,2	2,9	3,0	1,7	3,0	3,6	3,2	3,0
in den ersten 7 Lebenstagen Gestorbene	Anzahl	15	15	14	12	21	15	9	13	17
je 1 000 Lebendgeborene	Anzahl	1,6	1,7	1,6	1,6	2,3	1,9	1,2	1,5	2,3
Überschuss der Geborenen bzw. der Gestorbenen (-)	Anzahl	-1 234	-1 565	-1 487	-2 382	-2 803	-1 699	-2 332	-2 495	-2 473
je 1 000 Einwohner	Anzahl	- 1,2	- 1,5	- 1,4	- 2,5	- 2,6	- 1,7	- 2,4	- 2,3	- 2,4
Totgeborene ²	Anzahl	29	28	30	22	22	36	29	36	23
Wanderungen										
Zuzüge über die Landesgrenze	Anzahl	21 084	20 339	21 526	15 439	20 681	19 930	18 985	23 549	21 509
darunter aus dem Ausland	Anzahl	9 964	10 178	11 652	8 105	11 417	11 096	10 654	13 693	12 541
Fortzüge über die Landesgrenze	Anzahl	19 914	19 576	17 725	12 908	16 924	15 103	15 991	18 257	15 538
darunter in das Ausland	Anzahl	10 973	10 717	8 746	5 796	8 154	6 878	8 834	9 150	7 340
Zuzüge aus den anderen Bundesländern	Anzahl	11 120	10 162	9 875	7 334	9 264	8 834	8 331	9 856	8 968
Fortzüge in die anderen Bundesländer	Anzahl	8 941	8 859	8 979	7 112	8 770	8 225	7 157	9 107	8 198
Wanderungsgewinn bzw. -verlust (-)	Anzahl	1 171	763	3 801	2 531	3 757	4 827	2 994	5 292	5 971
Innerhalb des Landes Umgezogene ⁴	Anzahl	40 369	40 499	40 124	33 407	40 666	37 352	34 717	41 459	36 907
		2008	2009	2010	2009			2010		
		Jahresdurchschnitt			Sept.	Dez.	März	Juni	Sept.	Dez.
Arbeitsmarkt ⁵										
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort ⁶	1 000	4 526,7	4 513,5	4 581,5	4 568,3	4 497,1	4 495,6	4 568,0	4 657,4	4 604,8
Frauen	1 000	2 030,2	2 052,0	2 091,2	2 071,0	2 058,5	2 061,0	2 077,3	2 116,2	2 110,5
Ausländer	1 000	362,5	358,7	371,6	366,7	350,4	358,3	372,9	382,4	373,0
Teilzeitbeschäftigte	1 000	811,7	843,3	878,0	849,1	849,7	859,3	877,9	884,0	890,8
darunter Frauen	1 000	687,8	714,4	741,6	718,7	720,2	727,8	740,3	746,0	752,3
nach zusammengefassten Wirtschaftsabschnitten (WZ 2008)										
A Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	1 000	21,2	21,5	21,8	23,0	19,3	21,0	23,4	23,7	19,2
B-F Produzierendes Gewerbe	1 000	1 634,8	1 599,8	1 580,5	1 620,3	1 566,3	1 554,9	1 580,0	1 610,0	1 577,1
B-E Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	1 000	1 382,7	1 346,3	1 321,1	1 352,4	1 319,3	1 309,9	1 314,7	1 335,9	1 324,1
C Verarbeitendes Gewerbe	1 000	1 309,5	1 271,7	1 246,5	1 276,4	1 244,7	1 235,4	1 238,7	1 259,1	1 252,7
F Baugewerbe	1 000	252,1	253,5	259,3	267,9	247,0	245,0	265,3	274,1	253,0
G-U Dienstleistungsbereiche	1 000	2 869,9	2 891,8	2 978,8	2 924,5	2 911,1	2 919,3	2 964,2	3 023,5	3 008,3
G-I Handel, Verkehr und Gastgewerbe	1 000	1 011,9	1 012,8	1 019,9	1 024,9	1 008,4	1 001,8	1 014,2	1 036,5	1 027,0
J Information und Kommunikation	1 000	146,9	148,4	151,6	148,9	148,0	149,4	150,1	152,2	154,9
K Finanz- und Versicherungsdienstleister	1 000	184,1	186,1	185,4	187,5	186,4	184,7	184,0	186,8	185,9
L Grundstücks- und Wohnungswesen	1 000	26,0	25,7	26,4	26,2	25,8	25,9	26,3	26,5	26,8
M-N Freiberufliche, wissenschaftliche, technische Dienst- leister; sonst. wirtschaftlichen Dienstleister	1 000	475,1	458,5	508,1	466,5	469,4	480,7	507,5	525,8	518,4
O-Q Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozial- versicherung; Erziehung und Unterricht; Gesundheit und Sozialwesen	1 000	862,3	892,0	917,9	899,3	904,4	908,6	912,2	923,8	927,1
R-U Kunst, Unterhaltung und Erholung; sonstige Dienstleister; Private Haushalte; Exterritoriale Organisationen u Körperschaften	1 000	163,6	168,4	169,5	171,2	168,8	168,1	169,9	171,9	168,2
		2008	2009	2010	2010			2011		
		Jahresdurchschnitt			August	Sept.	Juni	Juli	August	Sept.
Arbeitslose	1 000	276,6	319,5	299,6	288,3	268,1	234,8	235,7	248,0	230,5
darunter Frauen	1 000	139,6	145,6	138,8	143,3	134,5	117,6	119,0	126,4	118,1
Arbeitslosenquote insgesamt ^{7, 8}	%	4,8	4,8	4,5	4,3	4,0	3,5	3,5	3,7	3,4
Frauen	%	5,0	4,7	4,4	4,5	4,3	3,7	3,8	4,0	3,7
Männer	%	4,6	4,9	4,5	4,1	3,8	3,3	3,3	3,4	3,2
Ausländer	%	11,5	10,9	10,0	9,5	9,2	8,2	8,1	8,4	8,1
Jugendliche	%	3,6	4,6	3,7	4,6	3,5	2,4	3,0	3,9	3,0
Kurzarbeiter ⁹	1 000	34,5	32,7
Gemeldete Stellen ¹⁰	1 000	70,4	55,1	50,6	58,2	57,7	68,2	71,0	72,7	72,8

* Diese Positionen werden von allen Statistischen Ämtern der Länder im „Zahlenspiegel“ und unter www.statistikportal.de unter dem jeweiligen Thema veröffentlicht.

1 Nach dem Ereignisort.

2 Nach der Wohngemeinde der Mutter;

p = vorläufige Ergebnisse nach dem Ereignisort.

3 Ohne Totgeborene; nach der Wohngemeinde der Verstorbenen;

p = vorläufige Ergebnisse nach dem Ereignisort.

4 Ohne Umzüge innerhalb der Gemeinden.

5 Auswertungen aus der Beschäftigungsstatistik der Bundesagentur für Arbeit. Zahlenwerte vorläufig.

6 Einschließlich Fälle ohne Angabe zur Wirtschaftsgliederung.

7 Arbeitslose in % der abhängigen zivilen Erwerbspersonen.

8 Ab Januar 2009: Arbeitslose in Prozent aller zivilen Erwerbspersonen.

9 Durch Änderung der Rechtsgrundlagen sind die Zahlen der Kurzarbeiter mit den Vorjahreswerten nicht vergleichbar.

10 Ab Juli 2010 ohne geförderte Stellen.

Bezeichnung	Einheit	2008	2009	2010	2010		2011				
		Monatsdurchschnitt			Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli	
Landwirtschaft											
Schlachtungen ¹											
Anzahl											
Rinder	1 000	79,7	77,2	78,8	75,8	69,2	71,5	79,8r	70,6r	70,2	
darunter Kälber ²	1 000	2,7	2,3	2,2	1,8	1,7	2,8	2,0r	1,8	1,7	
Jungrinder ³	1 000	...	0,5	0,5	0,4	0,4	0,6	0,5	0,5	0,3	
Schweine	1 000	460,4	465,8	470,5	474,9	443,8	449,7	471,1r	442,3r	433,9	
darunter Hausschlachtungen	1 000	7,2	6,4	5,7	4,0	3,3	4,5	3,7	3,7	3,3	
Schafe	1 000	10,8	10,3	10,3	7,6	8,5	18,9	10,3r	9,3r	9,4	
Durchschnittliches Schlachtgewicht ⁴											
Rinder	kg	336,7	336,8	339,8	340,9	337,6	340,8	343,3r	339,7r	339,0	
darunter Kälber ²	kg	99,2	107,3	105,8	105,8	105,7	99,0	106,4r	104,0	108,4	
Jungrinder ³	kg	...	189,5	186,4	170,5	178,0	191,8	177,8r	176,3	183,8	
Schweine	kg	93,8	93,9	94,7	94,6	93,4	95,2	95,0r	94,4	93,8	
Gesamtschlachtgewicht ⁵											
Gewerbl. Schlachtungen u. Hausschl. (ohne Geflügel) ...	1 000 t	70,3	70,0	71,6	71,0	65,0	67,5	72,3r	65,9r	64,7	
darunter Rinder	1 000 t	26,8	26,0	26,8	25,9	23,4	24,3	27,4r	23,9	23,7	
darunter Kälber ²	1 000 t	0,3	0,3	0,2	0,2	0,2	0,3	0,2	0,2	0,2	
Jungrinder ³	1 000 t	...	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	
Schweine	1 000 t	43,2	43,7	44,6	44,9	41,5	42,8	44,7r	41,7	40,7	
Schafe	1 000 t	0,2	0,2	0,2	0,1	0,2	0,4	0,2	0,2	0,2	
darunter gewerbliche Schlachtungen (ohne Geflügel)	1 000 t	69,1	68,9	70,6	70,3	64,4	66,6	71,7r	65,2	64,1	
darunter Rinder	1 000 t	26,4	25,6	26,4	25,6	23,1	23,9	27,1r	23,6	23,5	
darunter Kälber ²	1 000 t	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,3	0,2	0,2	0,2	
Jungrinder ³	1 000 t	...	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	
Schweine	1 000 t	42,5	43,1	44,2	44,5	41,1	42,4	44,4r	41,4	40,4	
Geflügel											
Konsumeier ⁶	1 000	67 570	71 252	70 293	70 674	72 504	79 868	77 657	78 510,0	...	
Geflügelfleisch ⁷	1 000 t	9,6	10,5	11,5	11,6r	11,9r	11,9	13,3	11,3	13,3	
Milcherzeugung und Milchverwendung											
Kuhmilcherzeugung ⁸	1 000 t	630,1	627,9	648,1	669,4	667,8	676,3	710,7	
darunter Milchanlieferung an Molkereien ^{8, 9}	%	93,1	93,1	93,9	93,6	93,7	93,7	93,7	
Milchleistung je Kuh und Tag ⁸	kg	16,5	16,6	17,7	16,2	16,9	16,3	17,7	
Trinkmilcherzeugung der Molkereien ¹⁰	1 000 t	65,3	67,0	68,9	68,5	65,0	70,8	73,6	69,0	68,0	
Buttererzeugung der Molkereien ¹⁰	1 000 t	5,2	5,4	5,4	5,1	4,9	5,2	5,4	5,3	5,0	
Käseerzeugung der Molkereien ^{10, 11}	1 000 t	42,9	43,1	43,7	45,7	44,3	46,0	47,5	44,6	45,8	
Quarkerzeugung der Molkereien ^{10, 12}	1 000 t	24,3	23,7	24,1	23,6	23,6	26,2	26,3	26,1	24,4	
Getreideanlieferungen ^{10, 13}											
Roggen und Wintermenggetreide	1 000 t	8,8	10,3	9,8	5,2	8,1	3,9r	3,8	2,6	...	
Weizen	1 000 t	108,5	147,4	164,8	90,8	79,0r	61,2r	70,7	57,2	...	
Gerste	1 000 t	42,8	46,7	46,1	22,0	122,1r	18,6	26,9	23,3	...	
Hafer und Sommermenggetreide	1 000 t	1,5	1,7	1,6	0,8	1,2	0,5	0,6	0,4	...	
Vermahlung von Getreide ^{10, 13}											
Getreide insgesamt	1 000 t	94,1	99,2	97,4	78,7	100,7	96,0r	101,0	90,7	...	
darunter Roggen und -gemenge	1 000 t	12,8	12,5	11,9	9,5	11,9	11,8r	12,6	11,3	...	
Weizen und -gemenge	1 000 t	81,3	86,7	85,5	69,2	88,8	84,2r	88,5	79,4	...	
Vorräte bei den Erzeugern ^{14, 15}											
Roggen und Wintermenggetreide	1 000 t	4,7	15,7	16,4	16,4	.	.	.	10,5	.	
Weizen	1 000 t	236,9	382,4	279,2	279,2	.	.	.	196,8	.	
Gerste	1 000 t	209,0	295,3	280,8	280,8	.	.	.	208,5	.	
Hafer und Sommermenggetreide	1 000 t	22,7	29,2	29,6	29,6	.	.	.	19,9	.	
Kartoffeln	1 000 t	
Vorräte in zweiter Hand ^{10, 13}											
Roggen und Wintermenggetreide	1 000 t	43,9	41,3	35,4	16,1	13,9r	27,4r	26,8	23,1	...	
Weizen	1 000 t	436,0	391,9	452,3	223,1	199,7r	491,9r	385,8	269,4	...	
Gerste	1 000 t	297,9	339,4	346,6	246,1	344,2r	304,0r	273,7	261,3	...	
Hafer und Sommermenggetreide	1 000 t	8,2	8,1	9,3	5,5	4,9r	6,3	6,5	4,3	...	
Mais	1 000 t	127,8	88,8	91,3	61,2	55,3r	106,2r	92,2	71,9	...	
Bierabsatz											
Bierabsatz insgesamt	1 000 hl	2 244r	2 392	1 919	2 215	2 123	2 055	
dav. Bier der Steuerklassen bis 10	1 000 hl	170	207	124	156	153	151	
11 bis 13	1 000 hl	2 055r	2 167	1 759	2 022	1 942	1 875	
14 oder darüber	1 000 hl	19	18	36	37	28	30	
dar. Ausfuhr zusammen	1 000 hl	405	421	336	410	420	418	
dav. in EU-Länder	1 000 hl	297	302	237	288	299	298	
in Drittländer	1 000 hl	108	118r	99	122	121	121	

* Diese Positionen werden von allen Statistischen Ämtern der Länder im „Zahlenspiegel“ und unter www.statistikportal.de unter dem jeweiligen Thema veröffentlicht.

1 Gewerbliche Schlachtungen und Hausschlachtungen von Tieren inländischer und ausländischer Herkunft.
2 Höchstens 8 Monate alt. Ergebnisse ab 2009 mit Vorjahren wegen methodischer Änderungen nur eingeschränkt vergleichbar.

3 Kälber über 8, aber höchstens 12 Monate alt.

4 Von gewerblich geschlachteten Tieren inländischer Herkunft.

5 bzw. Schlachtmenge, einschl. Schlachtfette, jedoch ohne Innereien.

6 In Betrieben mit einer Haltungskapazität von mindestens 3 000 Legehennen.

7 Aus Geflügelschlachtungen in Geflügelschlachtereien mit einer Schlachtkapazität von mindestens 2 000 Tieren im Monat.

8 Die Daten werden ab 2010 von der Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung zur Verfügung gestellt.

9 In Prozent der Gesamtmilcherzeugung.

10 Nach Angaben des Bayerischen Staatsministeriums für Landwirtschaft und Forsten.

11 Hart-, Schnitt- und Weichkäse.

12 Sauermilch und Labquark, Rohkasein einschl. Ziger.

13 Anlieferung vom Erzeuger an Handel, Genossenschaften, Mühlen und sonstige Verarbeitungsbetriebe. In den Spalten „Monatsdurchschnitt“ sind die Gesamtlieferungen im Jahr angegeben.

14 Nachweis nur für die Monate Juni und Dezember.

15 Bei Monatsdurchschnitt für 2003, 2004, 2005 jeweils der Wert vom Monat Juni.

Bezeichnung	Einheit	2008	2009	2010	2010		2011			
		Monatsdurchschnitt			Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli
Gewerbeanzeigen ¹										
Gewerbeanmeldungen ²	1 000	11,9 r	12,6 r	12,5 r	12,2 r	12,3 r	11,0	12,9	10,7	11,5
Gewerbeabmeldungen ³	1 000	9,7 r	9,8 r	9,8 r	8,5 r	9,9 r	8,1	9,5	8,5	8,7
		2009	2010	2010			2011			
		Monatsdurchschn.		Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli
Produzierendes Gewerbe										
Verarbeitendes Gewerbe, Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden ⁴										
Betriebe mit 50 oder mehr Beschäftigten	Anzahl	3 867	3 747	3 758	3 757	3 755	3 784	3 780	3 780	3 777
Beschäftigte	1 000	1 042	1 025	1 019	1 021	1 024	1 044	1 046	1 051	1 056
davon										
Vorleistungsgüterproduzenten	1 000	353	345	343	343	345	358	358	360	362
Investitionsgüterproduzenten	1 000	496	487	485	486	486	493	494	497	499
Gebrauchsgüterproduzenten	1 000	38	38	37	38	38	38	38	38	38
Verbrauchsgüterproduzenten	1 000	153	153	152	153	153	154	154	155	155
Energie	1 000	2	2	2	2	2	2	2	2	2
Geleistete Arbeitsstunden	1 000	125 848	130 974	123 260	132 197	137 376	132 438	147 701	126 288	137 885
Bruttoentgelte	Mill. €	3 675	3 777	3 764	4 095	3 742	3 997	4 171	4 297	4 245
Umsatz (ohne Mehrwertsteuer)	Mill. €	21 805	24 685	23 703	26 588	25 233	25 440	27 696	25 634	26 373
davon										
Vorleistungsgüterproduzenten	Mill. €	5 369	6 462	6 291	6 950	6 741	7 068	7 756	7 072	7 298
Investitionsgüterproduzenten	Mill. €	12 169	13 907	13 323	15 163	14 006	13 973	15 314	14 162	14 435
Gebrauchsgüterproduzenten	Mill. €	629
Verbrauchsgüterproduzenten	Mill. €	2 877	2 763	2 561	2 828	2 898	2 918	3 018	2 883	2 986
Energie	Mill. €	760
darunter Auslandsumsatz	Mill. €	10 979	13 066	12 506	14 102	13 216	13 438	14 428	13 520	13 736
Index der Produktion für das Verarbeitende Gewerbe, Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden (2005 ± 100) ⁴										
Verarbeitendes Gewerbe, Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	%	94,8	106,2	102,8	113,3	111,0	109,7	122,1	111,8	118,0
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	%	105,6	108,9	116,6	130,5	129,7	124,9	142,6	126,1	127,8
Verarbeitendes Gewerbe	%	94,8	106,1	102,7	113,3	110,9	109,7	122,0	111,8	117,9
Vorleistungsgüterproduzenten	%	102,8	118,6	114,8	128,4	124,4	125,4	139,2	126,8	132,5
Investitionsgüterproduzenten	%	90,7	106,2	102,6	114,5	110,0	110,8	124,3	112,8	119,6
Gebrauchsgüterproduzenten	%	99,6	108,0	95,4	111,8	114,4	109,8	122,5	104,5	120,3
Verbrauchsgüterproduzenten	%	91,7	85,3	80,9	89,6	90,8	85,1	93,1	86,2	89,8
Energie	%	92,2	96,2	102,3	91,4	101,5	87,7	95,4	98,3	103,1
Index des Auftragseingangs im Verarbeitenden Gewerbe (preisbereinigt) (2005 ± 100) ⁴										
Verarbeitendes Gewerbe ⁵ insgesamt	%	97,2	116,6	114,4	124,4	119,1	121,6	133,6	123,1	127,1
Inland	%	95,5	112,3	114,4	120,9	118,4	116,0	139,7	110,2	127,6
Ausland	%	98,5	119,7	114,5	127,0	119,5	125,6	129,1	132,4	126,8
Vorleistungsgüterproduzenten	%	100,1	123,3	120,3	132,4	131,1	135,0	160,6	131,9	146,7
Investitionsgüterproduzenten	%	96,0	114,5	113,4	122,6	114,4	117,3	123,8	121,4	119,7
Gebrauchsgüterproduzenten	%	98,2	109,1	102,8	111,7	106,1	105,9	112,0	103,4	111,6
Verbrauchsgüterproduzenten	%	97,9	104,5	89,4	97,6	117,9	100,8	108,9	90,7	118,4

* Diese Positionen werden von allen Statistischen Ämtern der Länder im „Zahlenspiegel“ und unter www.statistikportal.de unter dem jeweiligen Thema veröffentlicht.

1 Ohne Reisegewerbe.

2 Vormalig nur Neugründungen und Zuzüge (ohne Umwandlungen und Übernahmen), ab sofort Gewerbebeanmeldungen insgesamt.

3 Vormalig nur vollständige Aufgaben und Fortzüge (ohne Umwandlungen und Übernahmen), ab sofort Gewerbeabmeldungen insgesamt.

4 In der Abgrenzung der WZ 2008. Abweichungen gegenüber früher veröffentlichten Zahlen sind auf den Ersatz vorläufiger durch endgültige Ergebnisse zurückzuführen oder ergeben sich durch spätere Korrekturen.

5 Nur auftragseingangsmeldepflichtige Wirtschaftsklassen.

Bezeichnung	Einheit	2008	2009	2010	2010		2011				
		Monatsdurchschnitt			Jun	Juli	April	Mai	Jun	Juli	
Baugewerbe ¹											
Bauhauptgewerbe/Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau ²											
Beschäftigte im Bauhauptgewerbe ³	Anzahl	127 525	127 183	126 853	128 541	128 915	127 404	128 426	129 282	129 209	
Geleistete Arbeitsstunden	1 000	12 436	12 012	11 890	14 519	15 241	13 706	15 828	13 264	14 710	
dav. für Wohnungsbauten	1 000	5 166	5 125	5 220	6 414	6 772	6 019	7 055	5 981	6 470	
gewerblichen und industriellen Bau ⁴	1 000	3 865	3 418	3 283	3 683	3 916	3 626	4 153	3 547	3 959	
Verkehrs- und öffentliche Bauten	1 000	3 405	3 469	3 387	4 422	4 553	4 061	4 620	3 736	4 281	
Bruttoentgeltsumme	Mill. €	287,4	284,3	285,1	306,0	308,2	291,8	315,5	314,4	316,0	
Baugewerblicher Umsatz (ohne Mehrwertsteuer)	Mill. €	1 371,9	1 300,2	1 288,8	1 505,5	1 625,0	1 242,0	1 619,5	1 478,8	1 615,1	
dav. Wohnungsbau	Mill. €	463,3	446,4	471,8	562,4	582,8	480,6	603,8	581,2	627,3	
gewerblicher und industrieller Bau	Mill. €	518,9	454,0	435,9	502,5	544,2	433,3	556,7	485,5	528,1	
öffentlicher und Verkehrsbau	Mill. €	389,6	400,0	381,1	440,6	497,9	328,1	459,0	412,1	459,7	
Messzahlen (2005 ≙ 100)											
Index des Auftragseingangs im Bauhauptgewerbe insg.	%	110,5	105,4	106,2	132,2	119,0	115,3	141,5	134,0	155,7	
davon Wohnungsbau	%	84,8	87,7	97,9	103,7	115,2	111,5	137,4	111,3	127,5	
gewerblicher und industrieller Bau	%	128,8	108,5	115,1	164,8	119,2	115,6	161,5	127,1	130,8	
öffentlicher und Verkehrsbau	%	110,1	114,5	103,0	119,7	121,4	117,6	124,5	156,4	199,9	
darunter Straßenbau	%	122,2	129,7	108,6	135,2	149,5	151,8	144,4	140,1	138,2	
Ausbaugewerbe/Bauinstallation u. sonst. Ausbaugewerbe ^{5, 6}											
Beschäftigte im Ausbaugewerbe	Anzahl	44 850	45 633	47 843	.	47 939	47 750	.	.	48 890	
Geleistete Arbeitsstunden	1 000	4 539	4 560	4 830	.	14 432	13 859	.	.	14 968	
Bruttoentgeltsumme	Mill. €	104,7	106,3	111,9	.	327,1	319,1	.	.	350,5	
Ausbaugewerblicher Umsatz (ohne Mehrwertsteuer)	Mill. €	440,8	464,0	492,3	.	1 416,8	1 065,8	.	.	1 428,0	
Energieversorgung											
Betriebe	Anzahl	245	254	257	258	258	258	258	258	258	
Beschäftigte	Anzahl	30 105	29 349	29 688	29 762	29 785	30 065	29 930	29 912	29 904	
Geleistete Arbeitsstunden ⁷	1000	3 824	3 618	3 678	3 730	3 876	3 520	4 067	3 289	3 722	
Bruttolohn- und -gehaltssumme	Mill. Euro	115	114	117	117	108	154	116	121	109	
Bruttostromerzeugung der Kraftwerke der allg. Versorgung ⁸ ...	Mill. kWh	6 444,4	6 436,5	6 394,8	5 922,1	5 375,0	5 557,6	4 620,9	6 030,5	6 003,2	
Nettostromerzeugung der Kraftwerke der allg. Versorgung ⁸ ...	Mill. kWh	6 128,6	6 112,3	6 090,6	5 672,0	5 123,1	5 314,4	4 398,2	5 753,9	5 738,0	
dar. in Kraft-Wärme-Kopplung	Mill. kWh	515,1	498,7	569,3	334,8	303,9	406,8	418,9	322,8	305,5	
Nettowärmeerzeugung der Kraftwerke der allg. Versorgung ⁸ ...	Mill. kWh	985,2	987,9	1 075,2	585,5	512,9	837,3	734,0	595,6	557,4	
Handwerk (Messzahlen) ⁹											
Beschäftigte (Ende des Vierteljahres) (30.09.2009 ≙ 100)	%	.	.	.	97,6	.	.	.	98,6	.	
Umsatz ¹⁰ (VjD 2009 ≙ 100) (ohne Mehrwertsteuer)	%	.	.	.	103,8	.	.	.	112,4	.	
Bautätigkeit und Wohnungswesen											
Baugenehmigungen											
Wohngebäude ¹¹ (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	1 434	1 512	1 748	2 044	1 978	2 203	2 441	1 849	2 186	
darunter mit 1 oder 2 Wohnungen	Anzahl	1 302	1 383	1 586	1 862	1 800	1 989	2 237	1 646	1 969	
Umbauter Raum	1 000 m ³	1 762	1 859	2 109	2 430	2 335	2 743	2 863	2 411	2 703	
Veranschlagte Baukosten	Mill. €	446	479	568	639	623	764	790	682	754	
Wohnfläche ¹²	1 000 m ²	297	314	359	411	400	468	488	413	456	
Nichtwohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	714	716	811	957	857	869	1 027	832	844	
Umbauter Raum	1 000 m ³	4 231	3 876	4 118	4 030	3 746	4 593	4 969	4 462	3 798	
Veranschlagte Baukosten	Mill. €	450	521	460	457	399	637	621	584	449	
Nutzfläche	1 000 m ²	618	580	591	627	543	666	759	667	632	
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	2 921	3 004	3 536	4 150	3 940	4 521	4 746	4 272	4 252	
Wohnräume ¹³ insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	14 177	14 613	16 564	19 466	18 094	21 039	22 135	18 548	20 681	
		2008	2009	2010 ¹⁴	2010 ¹⁴		2011 ¹⁴				
		Monatsdurchschnitt			Mai	Jun	März	April	Mai	Jun	
Handel und Gastgewerbe											
Außenhandel											
Einfuhr insgesamt (Generalhandel) ¹⁵	Mill. €	10 825,2	9 161,9	10 965,9	11 199,3	11 340,4	12 710,4	12 723,8	12 148,4	12 086,4	
darunter Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. €	538,3	518,1	566,0	611,8	591,0	601,2	588,3	586,5	614,7	
Güter der gewerblichen Wirtschaft	Mill. €	9 509,9	7 814,5	9 533,2	9 718,9	9 797,6	10 932,7	11 059,0	10 423,2	10 326,8	
davon Rohstoffe	Mill. €	1 391,1	937,4	1 219,2	1 352,1	1 232,6	1 109,3	2 156,0	1 033,7	1 336,6	
Halbwaren	Mill. €	456,6	314,0	444,2	500,4	450,0	581,8	557,0	571,8	510,8	
Fertigwaren	Mill. €	7 662,1	6 563,1	7 869,1	7 866,3	8 115,0	9 241,6	8 346,1	8 817,6	8 479,4	
davon Vorerzeugnisse	Mill. €	827,6	637,6	844,2	898,1	815,3	1 044,2	961,7	966,7	987,7	
Enderzeugnisse	Mill. €	6 834,5	5 925,5	7 025,0	6 968,2	7 299,8	8 197,4	7 384,4	7 850,9	7 491,7	

* Diese Positionen werden von allen Statistischen Ämtern der Länder im „Zahlenspiegel“ und unter www.statistikportal.de unter dem jeweiligen Thema veröffentlicht.

1 Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008).

2 Nach den Ergebnissen der Ergänzungserhebung hochgerechnet.

3 Einschl. unbezahlt mithelfende Familienangehörige.

4 Einschl. landwirtschaftliche Bauten sowie für Unternehmen der Bahn und Post.

5 Ergebnisse der Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 oder mehr Beschäftigten.

6 Beim Ausbaugewerbe seit 1997 nur noch vierteljährliche Veröffentlichungen.

7 Seit Januar 2002 geleistete Stunden der gesamten Belegschaft.

8 Umgerechnet auf einen oberen Heizwert = 35 169,12 kJ/m³.

9 Ohne handwerkliche Nebenbetriebe, Beschäftigte einschl. tätiger Inhaber; beim Handwerk kein Monatsdurchschnitt, da eine vierteljährliche Erhebung.

10 Die Messzahlen beziehen sich auf ein Vierteljahresergebnis, die Angaben erscheinen unter dem jeweils letzten Quartalsmonat.

11 Einschl. Wohnheime.

12 Ohne Wohnflächen in sonstigen Wohneinheiten.

13 Einschl. Küchen und Räume in sonstigen Wohneinheiten.

14 Die Monatsergebnisse sind generell vorläufig. Rückwirkend korrigiert werden nur die Jahresergebnisse.

15 Ab 2003 Nachweis einschl. „nicht aufgliederbares Intra-handelsergebnis“.

Bezeichnung	Einheit	2008	2009	2010 ¹	2010 ¹		2011 ¹			
		Monatsdurchschnitt			Mai	Juni	März	April	Mai	Juni
Noch: Außenhandel, Einfuhr insgesamt										
darunter ² aus										
* Europa	Mill. €	7 602,0	6 424,9	7 677,5	7 996,3	7 865,3	9 209,0	8 918,6	8 682,7	8 603,7
* dar. aus EU-Ländern ³ insgesamt	Mill. €	6 178,1	5 320,9	6 229,7	6 267,3	6 411,5	7 607,3	6 865,9	7 192,7	7 107,4
dar. aus Belgien	Mill. €	289,1	237,8	272,8	276,5	273,1	319,1	292,3	332,8	319,0
Bulgarien	Mill. €	22,5	21,8	25,9	24,0	24,8	32,7	34,2	27,8	30,8
Dänemark	Mill. €	55,3	54,9	60,6	57,3	67,6	71,1	65,2	61,1	63,1
Finnland	Mill. €	45,9	34,9	37,2	35,7	45,0	40,5	51,7	38,5	47,6
Frankreich	Mill. €	588,8	469,7	514,7	534,3	546,7	629,2	562,3	624,1	584,0
Griechenland	Mill. €	35,4	31,5	32,8	34,3	36,6	29,0	34,8	31,4	30,6
Irland	Mill. €	141,5	126,9	174,8	140,6	134,9	194,1	128,6	149,3	188,1
Italien	Mill. €	815,2	711,7	783,7	850,2	807,8	944,4	855,9	895,0	922,9
Luxemburg	Mill. €	18,9	16,4	19,1	17,8	20,7	24,6	21,0	21,8	21,6
Niederlande	Mill. €	451,6	451,5	536,6	516,4	540,5	660,2	589,0	593,6	561,9
Österreich	Mill. €	1 164,9	1 010,5	1 171,9	1 222,7	1 225,0	1 474,2	1 330,6	1 357,2	1 333,0
Polen	Mill. €	264,0	230,8	280,1	290,4	303,3	345,4	335,7	328,6	317,1
Portugal	Mill. €	43,4	38,0	42,9	43,4	47,3	54,7	47,1	52,7	52,9
Rumänien	Mill. €	107,7	115,7	155,8	120,2	145,9	196,7	168,3	195,6	178,0
Schweden	Mill. €	112,6	78,5	106,0	95,4	98,2	115,3	103,8	109,3	104,7
Slowakei	Mill. €	211,7	153,5	203,5	189,3	191,1	263,0	256,3	249,8	259,6
Slowenien	Mill. €	74,9	62,4	70,3	72,0	84,9	85,3	76,4	75,6	80,6
Spanien	Mill. €	198,9	188,5	200,6	212,5	234,8	233,2	211,8	256,7	239,8
Tschechische Republik	Mill. €	722,3	621,0	762,8	737,5	779,8	918,9	801,3	863,7	853,1
Ungarn	Mill. €	415,9	337,4	405,4	420,0	413,2	527,4	453,4	496,7	477,0
Vereinigtes Königreich	Mill. €	368,6	296,5	334,5	339,4	350,1	406,0	408,7	394,3	403,5
Russische Föderation	Mill. €	540,7	461,1	582,8	698,0	567,6	812,6	757,0	726,0	605,7
* Afrika	Mill. €	424,8	238,5	324,0	178,7	389,7	203,7	694,8	216,5	440,7
dar. aus Südafrika	Mill. €	43,1	30,7	47,2	65,5	39,7	51,2	41,9	55,4	36,5
* Amerika	Mill. €	909,9	798,4	881,9	868,8	899,4	1 023,4	1 006,8	1 044,3	936,3
darunter aus den USA	Mill. €	763,1	644,8	726,1	718,9	746,2	875,8	841,5	857,3	805,9
* Asien ⁴	Mill. €	1 875,9	1 680,8	2 064,4	2 109,4	2 164,9	2 253,0	2 086,3	2 183,6	2 093,1
darunter aus der Volksrepublik China	Mill. €	983,3	929,7	1 068,2	1 103,4	1 094,5	1 091,0	1 077,6	1 164,7	1 073,0
Japan	Mill. €	271,0	205,8	282,1	269,7	345,7	343,8	289,3	296,9	260,8
* Australien, Ozeanien und übrige Gebiete	Mill. €	12,6	19,4	18,2	46,2	21,1	21,3	17,2	21,3	12,6
* Ausfuhr insgesamt (Spezialhandel) ⁵	Mill. €	12 977,5	10 332,6	12 095,4	11 742,2	13 052,2	15 054,3	12 748,0	14 314,5	12 964,4
* darunter Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. €	624,9	547,8	574,4	573,0	601,2	684,6	610,5	625,5	658,9
Güter der gewerblichen Wirtschaft	Mill. €	11 778,9	9 339,1	11 092,4	10 742,5	11 974,5	13 753,1	11 600,5	13 116,0	11 735,2
* davon Rohstoffe	Mill. €	68,4	52,4	72,8	78,5	76,0	88,5	79,2	86,2	87,5
* Halbwaren	Mill. €	526,0	367,4	511,9	592,7	560,1	586,5	515,2	618,4	550,3
* Fertigwaren	Mill. €	11 184,5	8 919,3	10 507,6	10 071,2	11 338,4	13 078,2	11 006,0	12 411,4	11 097,4
* davon Vorerzeugnisse	Mill. €	891,0	737,8	938,5	958,3	1 028,9	1 161,6	1 041,8	1 145,0	1 088,0
* Enderzeugnisse	Mill. €	10 293,5	8 181,5	9 569,2	9 112,9	10 309,5	11 916,6	9 964,3	11 266,4	10 009,4
darunter ² nach										
* Europa	Mill. €	9 239,6	7 216,0	7 981,2	7 713,7	8 603,5	9 868,9	8 379,4	9 323,0	8 658,0
* dar. in EU-Länder ³ insgesamt	Mill. €	7 947,6	6 282,3	6 896,4	6 732,3	7 424,2	8 351,2	7 135,5	7 872,4	7 335,7
dar. nach Belgien	Mill. €	420,0	373,4	384,5	340,8	409,7	490,9	437,6	492,3	410,4
Bulgarien	Mill. €	32,9	25,6	22,7	18,3	23,6	25,8	23,1	22,6	27,9
Dänemark	Mill. €	132,8	96,6	98,7	86,3	108,3	114,4	93,2	106,5	105,8
Finnland	Mill. €	111,8	88,4	89,0	84,7	88,6	105,0	91,8	90,4	88,8
Frankreich	Mill. €	967,2	839,3	888,7	903,5	942,8	1 072,1	899,2	1 044,1	971,8
Griechenland	Mill. €	107,1	78,1	58,7	57,0	56,8	55,1	49,8	50,5	49,8
Irland	Mill. €	66,9	42,2	47,4	45,5	54,2	56,6	38,8	45,8	44,9
Italien	Mill. €	1 040,4	845,1	932,5	882,4	1 061,6	1 098,4	954,8	1 018,4	990,1
Luxemburg	Mill. €	42,0	36,4	40,8	36,6	43,9	55,1	44,8	46,9	42,8
Niederlande	Mill. €	452,4	402,4	485,6	487,9	506,7	600,7	479,4	533,6	500,4
Österreich	Mill. €	1 143,5	994,8	1 065,2	1 089,9	1 120,7	1 314,5	1 137,0	1 273,0	1 155,7
Polen	Mill. €	359,4	275,6	325,9	335,2	334,2	402,0	351,4	415,8	372,7
Portugal	Mill. €	101,0	81,8	101,5	94,3	128,2	107,9	84,5	102,1	80,5
Rumänien	Mill. €	136,9	97,7	103,6	98,0	112,8	137,8	111,9	125,9	123,6
Schweden	Mill. €	254,7	186,8	218,2	194,7	230,0	293,8	246,5	258,2	235,7
Slowakei	Mill. €	140,9	97,1	130,1	119,5	128,0	177,0	152,8	163,3	184,6
Slowenien	Mill. €	69,2	44,3	49,0	48,4	44,8	58,8	52,5	56,3	55,6
Spanien	Mill. €	549,5	405,1	421,8	412,3	458,7	501,5	426,7	484,2	429,3
Tschechische Republik	Mill. €	423,6	336,0	389,4	385,5	413,7	462,8	418,9	447,4	444,0
Ungarn	Mill. €	389,0	165,0	198,2	180,7	226,3	223,8	203,0	207,5	207,1
Vereinigtes Königreich	Mill. €	916,4	713,0	792,5	780,7	870,8	934,4	779,3	825,9	752,6
Russische Föderation	Mill. €	365,5	203,7	239,5	202,8	227,8	383,0	311,9	364,1	330,5
* Afrika	Mill. €	249,3	209,5	234,7	242,2	249,4	255,7	222,6	269,4	228,8
dar. nach Südafrika	Mill. €	98,2	83,3	93,6	92,3	96,4	101,8	103,8	130,1	99,2
* Amerika	Mill. €	1 638,1	1 219,8	1 539,7	1 543,6	1 680,1	1 953,6	1 635,7	1 880,6	1 543,8
darunter in die USA	Mill. €	1 240,7	927,5	1 143,2	1 152,5	1 235,6	1 422,1	1 171,5	1 374,1	1 116,6
* Asien ⁴	Mill. €	1 733,2	1 573,9	2 217,8	2 116,9	2 406,9	2 840,2	2 377,7	2 704,4	2 417,6
darunter in die Volksrepublik China	Mill. €	562,1	600,5	970,3	949,5	1 065,9	1 288,9	1 084,9	1 284,9	1 087,8
nach Japan	Mill. €	206,4	177,7	227,3	216,3	230,4	243,1	189,9	182,9	243,8
* Australien, Ozeanien und übrige Gebiete	Mill. €	113,8	113,4	121,9	125,7	112,3	135,9	132,6	137,1	116,3

* Diese Positionen werden von allen Statistischen Ämtern der Länder im „Zahlenspiegel“ und unter www.statistikportal.de unter dem jeweiligen Thema veröffentlicht.

1 Die Monatergebnisse sind generell vorläufig. Rückwirkend korrigiert werden nur die Jahresergebnisse.
 2 Ohne Schiffs- und Luftfahrzeugbedarf, Polargebiete und nicht ermittelte Länder und Gebiete.
 3 Seit Mai 2004 (EU 25) einschl. Zypern; auch für historische Werte. Ab 1.1.2007 einschl. Bulgarien und Rumänien (EU-27);

die Angaben aus 2006 wurden rückwirkend entsprechend umgerechnet.

4 Ohne Zypern (vgl. FN 3).

5 Ab 2003 Nachweis einschl. „nicht aufgliederbares Intrahandelsresultat“.

Bezeichnung	Einheit	2008	2009	2010 ¹	2010 ¹		2011 ¹			
		Monatsdurchschnitt			Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli
Großhandel (2005 ± 100) ^{2, 3}										
* Index der Großhandelsumsätze nominal	%	117,7	99,9	110,2	116,5	109,7	112,0	121,9	113,9	115,0
* Index der Großhandelsumsätze real ⁴	%	109,5	93,7	99,4	104,5	98,5	95,2	103,3	98,4	99,0
* Index der Beschäftigten im Großhandel	%	101,8	96,2	96,6	96,6	96,7	97,4	97,7	98,1	98,6
Einzelhandel (2005 ± 100) ^{2, 5}										
* Index der Einzelhandelsumsätze nominal	%	102,9	99,2	99,3	95,8	102,1	104,2	103,7	95,7	102,1
Einzelhandel mit Waren verschiedener Art ⁶	%	103,4	101,1	99,4	95,3	103,8	107,1	102,3	97,5	102,7
Facheinzelhandel mit Nahrungsmitteln, Getränken und Tabakwaren ⁶	%	95,4	93,7	93,1	101,5	107,3	92,6	103,2	101,7	106,1
Apotheken; Facheinzelhandel mit medizinischen, orthopädischen und kosmetischen Artikeln ⁶	%	113,7	116,6	125,9	122,1	135,6	129,2	131,9	120,8	130,6
Sonstiger Facheinzelhandel ⁶	%	109,7	110,0	118,2	114,5	123,5	128,9	126,7	112,7	121,7
Einzelhandel (nicht in Verkaufsräumen)	%	96,1	77,1	56,8	53,5	52,3	51,3	59,2	52,3	57,7
* Index der Einzelhandelsumsätze real ⁴	%	100,7	96,5	95,9	92,1	98,5	98,6	98,1	90,8	97,6
* Index der Beschäftigten im Einzelhandel	%	100,9	99,9	96,0	95,4	95,3	96,5	96,8	96,9	97,2
Kfz-Handel und Tankstellen (2005 ± 100) ⁷										
* Index der Umsätze im Kfz-Handel und der Tankstellen nominal	%	102,7	97,6	94,8	105,7	100,8	104,0	112,1	99,4	102,1
* Index der Umsätze im Kfz-Handel und der Tankstellen real ⁴	%	98,3	93,9	89,9	100,3	95,7	96,8	104,4	92,5	94,9
* Index der Beschäftigten im Kfz-Handel und der Tankstellen	%	101,4	97,2	96,7	95,7	96,9	98,6	98,5	98,7	99,0
Gastgewerbe (2005 ± 100) ²										
* Index der Gastgewerbeumsätze nominal	%	106,4	94,8	99,7	103,0	116,3	96,2	108,4	106,7	118,8
Hotels, Gasthöfe, Pensionen und Hotels garnis	%	110,3	100,5	110,6	117,3	128,3	99,0	123,7	122,2	135,3
Sonstiges Beherbergungsgewerbe	%	74,3	178,0	185,2	230,5	188,7	146,3	191,8	164,0	199,3
Restaurants, Cafés, Eisdielen und Imbißhallen	%	103,6	90,9	92,6	92,9	108,7	95,8	98,6	97,3	109,4
Sonstiges Gaststättengewerbe	%	102,6	89,9	91,3	91,4	106,4	94,3	97,1	95,7	107,3
Kantinen und Caterer	%	107,8	96,6	99,3	105,8	110,6	93,8	115,6	102,8	111,5
* Index der Gastgewerbeumsätze real ⁴	%	99,7	89,1	90,8	93,7	105,9	87,2	97,5	95,9	106,4
* Index der Beschäftigten im Gastgewerbe	%	104,6	100,7	102,6	105,8	107,9	102,0	104,8	106,0	107,3
Fremdenverkehr ⁸										
* Gästeankünfte	1 000	2 221	2 196	2 356	2 694	3 314	2 173	2 602	2 894	3 513
* darunter Auslandsgäste	1 000	500	482	541	627	916	450	549	642	951
* Gästeübernachtungen	1 000	6 407	6 262	6 485	7 327	9 221	5 816	6 728	8 032	9 491
* darunter Auslandsgäste	1 000	1 070	1 012	1 122	1 259	1 874	934	1 131	1 311	1 942
Verkehr										
Straßenverkehr										
* Zulassung fabrikneuer Kraftfahrzeuge insgesamt ⁹	Anzahl	58 897	65 792	52 766	61 043	53 446	64 777	71 681	67 370	60 749
darunter Krafträder ¹⁰	Anzahl	3 436	2 888	2 752	3 768	3 953	5 984	5 107	3 873	3 284
* Personenkraftwagen und sonstige "M1"-Fahrzeuge	Anzahl	49 918	58 841	45 389	52 319	44 387	52 285	59 713	58 082	51 664
* Lastkraftwagen	Anzahl	3 874	2 725	3 233	3 418	3 410	4 387	4 704	3 614	3 989
* Zugmaschinen	Anzahl	1 373	1 080	1 114	1 303	1 397	1 757	1 796	1 513	1 521
* sonstige Kraftfahrzeuge	Anzahl	228	186	196	178	216	212	261	237	217
Beförderte Personen im Schienen- und gewerblichen										
Omnibuslinienverkehr insgesamt (Quartalsergebnisse)	1 000	101 504	101 424	101 783	303 214	.	.	.	311 672	.
davon öffentliche und gemischtwirtschaftliche Unternehmen	1 000	89 265	89 789	90 223	267 482	.	.	.	268 914	.
private Unternehmen	1 000	12 240	11 635	11 560	35 732	.	.	.	42 759	.
* Straßenverkehrsunfälle insgesamt ¹¹	Anzahl	28 650	28 496	29 739	29 094	33 130	27 487	30 708	26 522	30 962
* davon Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	4 481	4 409	4 247	5 310	6 465	4 496	5 292	4 431	5 157
mit nur Sachschaden	Anzahl	24 169	24 087	25 491	23 784	26 665	22 991	25 416	22 091	25 805
* Getötete Personen ¹²	Anzahl	66	65	58	64	86	54	63	58	67
* Verletzte Personen	Anzahl	5 926	5 836	5 639	6 778	8 291	5 910	6 735	5 753	6 688
Luftverkehr										
Flughafen München										
Fluggäste: Ankunft	1 000	1 433	1 356	1 438	1 640	1 657
Abgang	1 000	1 433	1 357	1 438	1 558	1 699
Flughafen Nürnberg										
Fluggäste: Ankunft	1 000	176	164	167	168	166
Abgang	1 000	176	164	168	166	170
Eisenbahnverkehr ¹³										
Güterempfang	1 000 t	2 420	2 075	2 318	2 498	2 326	2 463	2 978	2 597	...
Güterversand	1 000 t	2 108	1 902	2 046	2 231	2 118	1 895	2 431	2 079	...
Binnenschifffahrt										
* Güterempfang insgesamt	1 000 t	516	413	448	461	550	329	472	490	519
davon auf dem Main	1 000 t	270	226	239	276	278	183	284	262	311
auf der Donau	1 000 t	246	187	209	184	272	146	188	228	209
* Güterversand insgesamt	1 000 t	312	293	300	339	398	193	326	291	288
davon auf dem Main	1 000 t	188	178	205	249	267	125	246	205	226
auf der Donau	1 000 t	124	115	95	90	131	68	80	86	62

* Diese Positionen werden von allen Statistischen Ämtern der Länder im „Zahlenspiegel“ und unter www.statistikportal.de unter dem jeweiligen Thema veröffentlicht.

1 Die Monatsergebnisse der Bereiche Großhandel, Einzelhandel, Kfz-Handel und Tankstellen, Gastgewerbe und Fremdenverkehr sind generell vorläufig und werden einschließlich der Vorjahresmonate laufend rückwirkend korrigiert.

2 Ab Januar 2008 wurde erneut eine Neuzugangsstichprobe integriert. Die Messzahlen wurden verkettet, um das Niveau an die bisherige Messzahlenreihe anzupassen.

3 Einschließlich Handelsvermittlung.

4 In Preisen von 2005.

5 Ohne Reparatur von Gebrauchsgütern.

6 In Verkaufsräumen.

7 sowie Instandhaltung und Reparatur von Kfz.

8 Betriebe ab neun Betten einschließlich Campingplätze (Touristik-Camping).

9 Daten des Kraftfahrt-Bundesamtes.

10 einschl. Leichtkrafträder, dreirädrige und leichte vierrädrige Kfz.

11 Soweit durch die Polizei erfasst. Die einzelnen Monatsergebnisse des laufenden Jahres sind vorläufig.

12 Einschl. der innerhalb 30 Tagen an den Unfallfolgen verstorbenen Personen.

13 Ohne Berücksichtigung der Nachkorrekturen.

Bezeichnung	Einheit	2008	2009	2010	2010		2011			
		Monatsdurchschnitt ¹			Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli
Geld und Kredit										
Kredite und Einlagen ^{2, 3}										
Kredite an Nichtbanken insgesamt	Mill. €	507 880	476 869	483 547	473 367	.	.	.	484 368	.
dar. Kredite an inländische Nichtbanken ⁴	Mill. €	432 053	398 322	402 963	387 119	.	.	.	412 774	.
dav. kurzfr. Kredite an Nichtbanken insgesamt	Mill. €	82 252	65 079	74 032	60 384	.	.	.	83 191	.
Unternehmen und Privatpersonen ⁵	Mill. €	80 386	62 264	54 140	56 588	.	.	.	54 113	.
öffentliche Haushalte ⁶	Mill. €	1 866	2 815	19 893	3 796	.	.	.	29 078	.
mittelfr. Kredite an Nichtbanken insgesamt ⁷	Mill. €	58 032	64 376	60 476	62 211	.	.	.	54 564	.
Unternehmen und Privatpersonen ⁵	Mill. €	56 182	62 242	57 979	59 862	.	.	.	51 992	.
öffentliche Haushalte ⁶	Mill. €	1 850	2 134	2 498	2 349	.	.	.	2 572	.
langfr. Kredite an Nichtbanken insgesamt ⁸	Mill. €	367 596	347 414	349 039	350 772	.	.	.	346 613	.
Unternehmen und Privatpersonen ⁵	Mill. €	333 420	314 090	315 327	316 856	.	.	.	312 741	.
öffentliche Haushalte ⁶	Mill. €	34 177	33 325	33 713	33 916	.	.	.	33 872	.
Einlagen von Nichtbanken insgesamt ⁹ (Monatsende)	Mill. €	505 778	522 685	536 254	532 748	.	.	.	551 660	.
davon Sicht- und Termineinlagen ¹⁰	Mill. €	405 152	413 386	416 578	414 061	.	.	.	428 440	.
von Unternehmen und Privatpersonen ⁵	Mill. €	380 932	395 368	395 130	399 183	.	.	.	393 875	.
von öffentlichen Haushalten ⁶	Mill. €	24 220	18 019	21 448	14 878	.	.	.	34 565	.
Spareinlagen	Mill. €	100 627	109 299	119 676	118 687	.	.	.	123 220	.
darunter bei Sparkassen	Mill. €	42 574	44 405	48 799	48 465	.	.	.	50 129	.
bei Kreditbanken	Mill. €	22 900	27 032	28 492	27 970	.	.	.	29 525	.
Zahlungsschwierigkeiten										
Insolvenzen insgesamt	Anzahl	1 471	1 514	1 583	1 582	1 770	1 386	1 702	1 426	1 737
darunter mangels Masse abgelehnt	Anzahl	129	131	137	169	129	104	131	104	143
davon Unternehmen	Anzahl	283	329	320	330	326	281	288	285	290
darunter mangels Masse abgelehnt	Anzahl	91	94	101	128	97	79	88	75	94
Verbraucher	Anzahl	885	866	946	933	1 092	809	1 071	847	1 103
darunter mangels Masse abgelehnt	Anzahl	3	5	2	2	1	2	3	1	5
ehemals selbstständig Tätige	Anzahl	277	282	282	278	312	263	295	253	301
darunter mangels Masse abgelehnt	Anzahl	25	19	22	26	23	19	27	19	31
sonstige natürliche Personen ¹¹ , Nachlässe	Anzahl	26	37	36	41	40	33	48	41	43
darunter mangels Masse abgelehnt	Anzahl	10	13	12	13	8	4	13	9	13
Voraussichtliche Forderungen insgesamt	1 000 €	252 726	528 623	389 469	333 093	433 396	356 819	542 485	351 181	317 960
davon Unternehmen	1 000 €	132 520	399 583	251 491	163 267	269 667	234 023	390 341	186 772	200 645
Verbraucher	1 000 €	51 079	55 932	59 979	71 836	70 062	54 669	78 366	44 521	63 692
ehemals selbstständig Tätige	1 000 €	55 237	56 205	61 717	78 901	78 383	53 675	59 261	65 944	46 810
sonstige natürliche Personen ¹¹ , Nachlässe	1 000 €	13 890	16 903	16 198	19 088	15 284	14 452	14 517	53 944	6 814
Öffentliche Sozialleistungen										
Arbeitslosenversicherung (SGB III - Arbeitsförderung -)										
Empfänger von Arbeitslosengeld I	1000	133,1	174,1	152,6	131,8	130,6	119,7	108,8	101,5	104,6
Ausgaben für Arbeitslosengeld I	Mill. €	172,3	220,5	198,6	191,6	176,4	157,4	130,7	117,5	114,9
Bedarfsgemeinschaften und Leistungsempfänger (SGB II - Grundsicherung für Arbeitsuchende -) ¹²										
Bedarfsgemeinschaften	1000	261,3	263,9	266,7	270,8	267,4	254,4	250,7	246,3	...
Leistungsempfänger	1000	497,4	492,1	492,7	500,8	493,9	462,6	455,9	447,8	...
davon von Arbeitslosengeld II	1000	351,1	350,8	351,9	358,2	352,9	331,2	326,0	319,7	...
Sozialgeld	1000	146,3	141,3	140,8	142,6	141,0	131,4	129,9	128,1	...
Steuern										
Gemeinschaftsteuern [*]										
davon Steuern vom Einkommen	Mill. €
davon Lohnsteuer	Mill. €	3 932,9	3 649,2	3 650,3	4 795,7	2 585,1	3 505,0	4 162,7	5 820,3	3 267,9
veranlagte Einkommensteuer	Mill. €	2 597,3	2 589,0	2 522,5	2 452,9	2 631,0	2 547,1	2 778,3	2 622,9	2 886,6
nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	Mill. €	565,6	498,0	543,6	1 708,3	- 58,1	51,3	99,7	1 798,2	- 66,0
Abgeltungsteuer	Mill. €	337,3	252,6	248,7	- 74,0	292,6	525,5	1 150,2	163,4	369,2
Körperschaftsteuer	Mill. €	192,0	163,1	118,3	61,4	110,7	110,7	79,8	52,1	81,0
Steuern vom Umsatz [*]	Mill. €	240,7	146,5	217,2	647,1	- 391,1	270,4	54,7	1 183,7	- 2,9
davon Umsatzsteuer (Mehrwertsteuer)	Mill. €
Einfuhrumsatzsteuer [*]	Mill. €	1 396,6	1 696,7	1 618,0	1 533,0	1 512,5	1 388,2	1 602,1	1 680,7	1 509,6
Bundessteuern [*]										
darunter Verbrauchsteuern	Mill. €
darunter Mineralölsteuer	Mill. €
Solidaritätszuschlag	Mill. €
Landessteuern										
darunter Erbschaftsteuer.....	Mill. €	337,7	258,3	199,4	181,6	211,8	191,0	211,8	196,6	208,7
Grunderwerbsteuer	Mill. €	90,7	82,4	78,3	73,4	73,4	71,9	78,1	59,0	87,2
Biersteuer	Mill. €	84,6	76,2	86,6	88,3	84,7	87,0	94,9	96,6	92,0
Biersteuer	Mill. €	13,3	13,1	12,7	13,3	15,2	12,3	13,0	15,0	14,1

* Diese Positionen werden von allen Statistischen Ämtern der Länder im „Zahlenspiegel“ und unter www.statistikportal.de unter dem jeweiligen Thema veröffentlicht.

1 Kredite und Einlagen: Stand Jahresende, ab 2005 Quartalsdurchschnitt.
2 Aus Veröffentlichungen der Deutschen Bundesbank Frankfurt am Main. – Quartalsergebnisse der in Bayern

tätigen Kreditinstitute (einschl. Bausparkassen), ohne Landeszentralbank und Postbank.

3 Stand am Jahres- bzw. Monatsende.

4 Ohne Treuhandkredite.

5 Ab 12/04 einschl. Kredite (Einlagen) an ausländischen öffentlichen Haushalten.

6 Ab 12/04 ohne Kredite (Einlagen) an ausländischen öffentlichen Haushalten.

7 Laufzeiten von über 1 Jahr bis 5 Jahre.

8 Laufzeiten über 5 Jahre.

9 Ohne Verbindlichkeiten gegenüber Geldmarktfonds und ohne Einlagen aus Treuhandkrediten.

10 Einschl. Sparbriefe.

11 Nachweis erst ab 2002 möglich.

12 Daten nach einer Wartezeit von drei Monaten.

☆ Aktuelle Daten nicht mehr verfügbar.

Bezeichnung	Einheit	2008	2009	2010	2010		2011			
		Monatsdurchschnitt			Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli
Noch: Steuern										
Gemeindesteuern ^{1, 2, 3}	Mill. €	714,0	608,3	660,5	2 230,6	.	.	.	2 532,4	.
darunter Grundsteuer A	Mill. €	6,8	6,8	6,9	21,8	.	.	.	22,2	.
Grundsteuer B	Mill. €	121,2	123,8	128,6	428,7	.	.	.	439,7	.
Gewerbesteuer (brutto)	Mill. €	581,9	473,7	521,0	1 767,6	.	.	.	2 057,6	.
Steuereinnahmen des Bundes [★]	Mill. €									
darunter Anteil an den Steuern vom Einkommen ^{4, 5}	Mill. €	1 536,7	1 374,5	1 390,0	1 984,5	914,5	1 386,1	1 523,3	2 416,2	1 232,5
Anteil an den Steuern vom Umsatz [★]	Mill. €									
Anteil an der Gewerbesteuerumlage ^{4, 6}	Mill. €	20,5	16,9	20,8	-	62,7	64,4	-	-	79,3
Steuereinnahmen des Landes [★]	Mill. €									
darunter Anteil an den Steuern vom Einkommen ^{4, 5}	Mill. €	1 536,0	1 405,9	1 409,1	1 984,5	914,5	1 386,1	1 562,1	2 416,2	1 232,5
Anteil an den Steuern vom Umsatz [★]	Mill. €									
Anteil an der Gewerbesteuerumlage ^{4, 6, 7}	Mill. €	89,4	62,9	81,0	-	258,9	222,2	24,3	-	282,9
Steuereinnahmen der Gemeinden/Gv ^{2, 3, 4}	Mill. €	1 095,5	999,1	1 016,2	3 353,1	.	.	.	4 870,3	.
darunter Anteil an der Lohn- u. veranl. Einkommensteuer ^{4, 8}	Mill. €	445,1	426,4	407,8	572,6	337,9	340,8	307,4	611,0	371,7
Anteil an den Steuern vom Umsatz [★]	Mill. €	43,5	44,6	45,2	130,0	.	.	.	143,6	.
Gewerbesteuer (netto) ^{1, 9}	Mill. €	471,8	392,1	419,2	1 527,8	.	.	.	1 746,7	.
Verdienste		2009	2010	2009	2010	2011				
		Jahreswert	2. Vj.	3. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	
★ Bruttomonatsverdienste ¹⁰ der vollzeitbeschäftigten										
Arbeitnehmer ¹¹ im Produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich	€	3 621	3 718	3 238	3 262	3 356	3 381	3 379	3 424	...
männlich	€	3 854	3 965	3 430	3 458	3 566	3 593	3 590	3 640	...
weiblich	€	3 024	3 085	2 747	2 757	2 817	2 837	2 850	2 875	...
Leistungsgruppe ¹²	€	6 917	7 111	5 925	5 971	6 129	6 180	6 147	6 221	...
Leistungsgruppe ²¹²	€	4 220	4 340	3 767	3 798	3 912	3 941	3 933	3 988	...
Leistungsgruppe ³¹²	€	2 916	2 999	2 660	2 682	2 777	2 795	2 781	2 839	...
Leistungsgruppe ⁴¹²	€	2 368	2 447	2 160	2 205	2 288	2 298	2 276	2 321	...
Leistungsgruppe ⁵¹²	€	1 907	1 976	1 778	1 817	1 863	1 881	1 876	1 920	...
Produzierendes Gewerbe	€	3 610	3 304	3 185	3 237	3 396	3 424	3 415	3 499	...
Bergbau und Gewinn von Steinen und Erden	€	3 161	3 089	2 969	2 973	3 017	3 017	2 985	3 031	...
Verarbeitendes Gewerbe	€	3 696	3 366	3 231	3 289	3 470	3 511	3 514	3 583	...
Energieversorgung	€	4 708	4 104	4 065	4 044	4 164	4 158	4 239	4 161	...
Wasserversorgung; Abwasser- und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzungen	€	2 962	2 776	2 785	2 784	2 801	2 830	2 862	2 928	...
Baugewerbe	€	2 902	2 786	2 767	2 816	2 876	2 810	2 627	2 892	...
Dienstleistungsbereich	€	3 630	3 180	3 279	3 281	3 326	3 349	3 352	3 367	...
Handel; Instandhaltung u. Reparatur von Kraftfahrzeugen	€	3 506	3 131	3 142	3 133	3 229	3 251	3 264	3 301	...
Verkehr und Lagerei	€	2 918	2 688	2 700	2 692	2 761	2 785	2 813	2 843	...
Gastgewerbe	€	2 047	1 979	1 968	1 955	1 968	1 988	2 011	2 031	...
Information und Kommunikation	€	4 935	4 290	4 366	4 365	4 554	4 567	4 556	4 594	...
Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	€	4 968	4 076	4 123	4 131	4 273	4 373	4 344	4 335	...
Grundstücks- und Wohnungswesen	€	3 849	3 355	3 379	3 397	3 495	3 576	3 575	3 617	...
Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen	€	5 195	4 409	4 475	4 445	4 472	4 478	4 459	4 527	...
Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen	€	2 303	1 978	2 182	2 186	2 181	2 189	2 153	2 188	...
Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung	€	3 206	2 901	2 984	3 031	3 065	3 068	3 083	3 088	...
Erziehung und Unterricht	€	4 055	3 685	3 757	3 819	3 867	3 869	3 845	3 852	...
Gesundheits- und Sozialwesen	€	3 417	3 093	3 191	3 199	3 240	3 256	3 253	3 296	...
Kunst, Unterhaltung und Erholung	€	/	5 225	/	/	/	/	/	/	...
Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	€	3 305	2 968	3 082	3 072	3 088	3 145	3 145	3 187	...
		2006	2007	2008	2009	2010	2010	2011		
		Durchschnitt ¹³					August	Juni	Juli	August
Preise										
★ Verbraucherpreisindex (2005 ± 100)										
Gesamtindex	%	101,9	104,2	107,0	107,6	108,8	109,2	111,1	111,6	111,6
Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	%	101,9	106,7	113,0	112,1	114,1	113,6	117,9	118,0	116,9
Alkoholische Getränke, Tabakwaren	%	103,2	105,3	107,9	111,2	112,9	112,5	115,0	115,1	115,6
Bekleidung und Schuhe	%	99,0	99,5	99,8	101,0	101,0	99,6	100,3	97,3	99,5
Wohnung, Wasser, Strom, Gas und andere Brennstoffe	%	103,7	105,6	109,8	110,9	112,3	112,5	115,6	116,0	116,0
Möbel und Ausrüstungen für den Haushalt	%	99,9	101,0	102,9	104,8	105,0	105,2	105,6	105,7	106,0
Gesundheitspflege	%	100,7	101,7	102,2	102,6	102,4	102,2	103,0	102,9	103,0
Verkehr	%	103,1	107,0	110,6	108,2	111,9	112,0	116,8	117,4	117,0
Nachrichtenübermittlung	%	96,0	94,9	91,8	89,8	88,0	88,0	85,8	85,5	85,3
Freizeit, Unterhaltung und Kultur	%	99,7	100,0	99,6	100,7	100,0	101,9	100,2	102,6	102,9
Bildungswesen	%	103,1	120,7	128,0	129,3	131,2	131,0	132,8	132,8	132,9
Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen	%	102,4	105,8	108,7	111,6	113,2	116,0	112,9	116,6	116,7
Andere Waren und Dienstleistungen	%	101,3	103,6	105,6	107,6	108,7	109,3	110,6	110,9	110,3
Dienstleistungen (ohne Wohnungsnettomieten)	%	101,2	103,8	105,3	107,2	108,0	109,4	109,0	110,8	110,7
Wohnungsnettomieten	%	102,0	103,9	105,8	107,5	109,0	109,3	110,4	110,6	110,7

★ Diese Positionen werden von allen Statistischen Ämtern der Länder im „Zahlenspiegel“ und unter www.statistikportal.de unter dem jeweiligen Thema veröffentlicht..

- 1 Vj. Kassenstatistik.
2 Quartalsbeträge (jeweils unter dem letzten Quartalsmonat nachgewiesen).
3 Einschl. Steueraufkommen der Landkreise.

- 4 Quelle: Bundesministerium der Finanzen (BMF).
5 März, Juni, September und Dezember: Termin von Vierteljahreszahlungen.
6 April, Juli, Oktober und Dezember: Termin von Vierteljahreszahlungen.
7 Einschl. Erhöhungsbetrag.
8 Einschl. Zinsabschlag.
9 Nach Abzug der Gewerbesteuerumlage.
10 Quartalswerte: ohne Sonderzahlungen; Jahreswerte: mit Sonderzahlungen.

- 11 Einschl. Beamte, ohne Auszubildende.
12 Leistungsgruppe 1: Arbeitnehmer in leitender Stellung; Leistungsgruppe 2: herausgehobene Fachkräfte; Leistungsgruppe 3: Fachkräfte; Leistungsgruppe 4: angelernte Arbeitnehmer; Leistungsgruppe 5: ungelernte Arbeitnehmer.
13 Durchschnitt aus 12 Monatsindizes.
★ Aktuelle Daten nicht mehr verfügbar.

Bezeichnung	Einheit	2006	2007	2008	2009	2010	2010	2011		
		Durchschnitt ¹					Nov.	Februar	Mai	August
Noch: Preise										
Preisindex für Bauwerke ² (2005 ± 100)										
* Wohngebäude insgesamt (reine Baukosten) davon Rohbauarbeiten Ausbauarbeiten Schönheitsreparaturen in einer Wohnung Bürogebäude Gewerbliche Betriebsgebäude Straßenbau	%	101,9	109,0	112,3	113,0	113,9	114,7	116,0	116,9	117,7
	%	102,5	110,6	114,5	114,5	115,2	116,1	117,6	118,7	119,6
	%	101,4	107,7	110,4	111,7	112,8	113,4	114,6	115,4	116,0
	%	99,6	103,4	104,5	106,2	107,2	107,8	107,9	108,3	108,9
	%	102,2	109,9	113,4	114,3	114,7	115,3	116,7	117,5	118,3
	%	102,3	109,9	113,7	114,5	115,0	116,0	117,5	118,4	119,3
	%	104,7	112,9	118,9	121,7	123,0	123,4	124,0	126,1	126,9
Baulandpreise je m²										
Baureifes Land	€	233,16	250,77	227,80	207,51	223,46	214,82	252,87	280,07	226,80
Rohbauland	€	55,09	74,86	53,54	43,27	58,59	23,79	22,37	72,64	24,65
Sonstiges Bauland	€	65,69	66,42	59,06	46,37	39,78	39,11	44,60	39,18	47,56

Nachrichtlich: Ergebnisse für Deutschland

Bezeichnung	Einheit	2006	2007	2008	2009	2010	2010	2011		
		Durchschnitt ¹					August	Juni	Juli	August
* Verbraucherpreisindex (2005 ± 100)										
Gesamtindex	%	101,6	103,9	106,6	107,0	108,2	108,4	110,6	111,0	111,0
Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	%	102,0	105,9	112,3	110,9	112,5	112,1	116,2	116,0	115,5
Alkoholische Getränke, Tabakwaren	%	103,0	106,4	108,4	111,3	113,0	113,0	114,9	115,1	115,6
Bekleidung und Schuhe	%	99,4	100,7	101,4	102,8	103,7	101,3	104,4	101,3	102,9
Wohnung, Wasser, Strom, Gas und andere Brennstoffe	%	102,9	104,9	108,5	108,9	110,1	110,2	113,4	113,6	113,6
Möbel und Ausrüstungen für den Haushalt	%	99,8	101,0	102,5	104,2	104,6	104,6	105,1	105,1	105,4
Gesundheitspflege	%	100,5	101,3	103,0	104,0	104,7	104,8	105,5	105,5	105,5
Verkehr	%	103,0	106,9	110,5	108,3	112,1	111,9	116,9	117,5	117,0
Nachrichtenübermittlung	%	96,0	94,9	91,8	89,8	88,0	88,0	85,8	85,5	85,3
Freizeit, Unterhaltung und Kultur	%	99,5	99,8	99,8	101,4	101,3	103,4	101,6	104,1	104,3
Bildungswesen	%	101,5	126,9	137,9	132,3	131,8	132,0	133,5	133,6	132,2
Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen	%	101,2	104,0	106,3	108,7	109,9	112,2	111,0	114,4	114,2
Andere Waren und Dienstleistungen	%	101,1	103,7	105,9	107,5	108,4	108,8	110,7	110,7	110,0
Außenhandels-, Erzeuger- und Großhandelspreise in Deutschland										
Index der Einfuhrpreise ³ (2005 ± 100)	%	104,4	105,1	109,9	100,5	108,3	109,4	116,5	117,4	116,6
Ausfuhrpreise ⁴ (2005 ± 100)	%	101,8	103,0	104,8	102,5	106,0	106,8	110,0	110,3	110,2
Index der										
Erzeugerpreise gew. Produkte ⁴ (Inlandsabsatz); (2005 ± 100) ...	%	105,4	106,8	112,7	108,0	109,7	110,4	116,0	116,8	116,5
Vorleistungsgüterproduzenten	%	104,0	107,9	110,8	105,0	109,1	110,2	115,6	115,7	115,6
Investitionsgüterproduzenten	%	100,1	100,7	101,6	102,4	102,5	102,6	103,7	103,8	103,8
Konsumgüterproduzenten zusammen	%	101,2	103,0	106,9	105,6	106,2	106,6	110,1	110,3	110,3
Gebrauchsgüterproduzenten	%	100,7	102,3	105,0	106,4	106,7	106,6	108,5	108,6	108,8
Verbrauchsgüterproduzenten	%	101,2	103,1	107,2	105,5	106,1	106,6	110,3	110,5	110,5
Energie	%	114,7	113,7	128,4	117,7	119,3	120,3	131,5	134,0	133,2
Erzeugung landwirtschaftlicher Produkte ⁴ (2005 ± 100)	%	107,3	119,9	124,3	100,6	114,0	117,7	133,4	130,7p	...
Pflanzliche Erzeugung	%	114,7	135,0	135,3	104,3	122,9	127,1	150,9	143,7	...
Tierische Erzeugung	%	102,7	110,6	117,6	98,4	108,5	111,9	122,7	122,8p	...
Großhandelsverkaufspreise ⁴ (2005 ± 100)	%	103,5	107,1	112,9	105,0	111,2	112,2	120,1	119,4	119,5
darunter Großhandel mit										
Nahrungs- u. Genussmitteln, Getränken, Tabakwaren	%	102,5	106,5	113,0	110,9	114,0	114,0	119,3	120,1	120,3
festen Brennstoffen, Mineralölserzeugnissen	%	106,5	107,7	123,3	102,4	116,7	117,6	134,4	132,9	133,8
Einzelhandel und Kraftfahrzeughandel										
zusammen (2005 ± 100)	%	100,9	103,2	105,6	105,5	106,7	106,4	108,5	108,2	108,2
darunter Einzelhandel mit Waren verschiedener Art	%	101,6	104,8	108,9	108,8	110,1	109,8	112,7	112,3	112,0
Einzelhandel mit Nahrungs- und Genussmitteln, Getränken und Tabakwaren	%	102,2	105,7	109,7	110,6	111,8	111,7	114,5	114,5	114,5
Kraftfahrzeughandel	%	101,8	105,5	106,4	106,8	107,0	107,0	108,1	108,2	108,5

* Diese Positionen werden von allen Statistischen Ämtern der Länder im „Zahlenspiegel“ und unter www.statistikportal.de unter dem jeweiligen Thema veröffentlicht.

1 Durchschnitt aus 12 Monatsindizes, ausgenommen: Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte (Vierteljahresdurchschnittsmesszahlen der einzelnen Waren mit den entsprechenden Monats- bzw. Vierteljahresumsätzen im Kalenderjahr 1995), Preisindex für Bauwerke (Durchschnitt aus den 4 Erhebungsmonaten Februar, Mai, August und November) und Bauland-

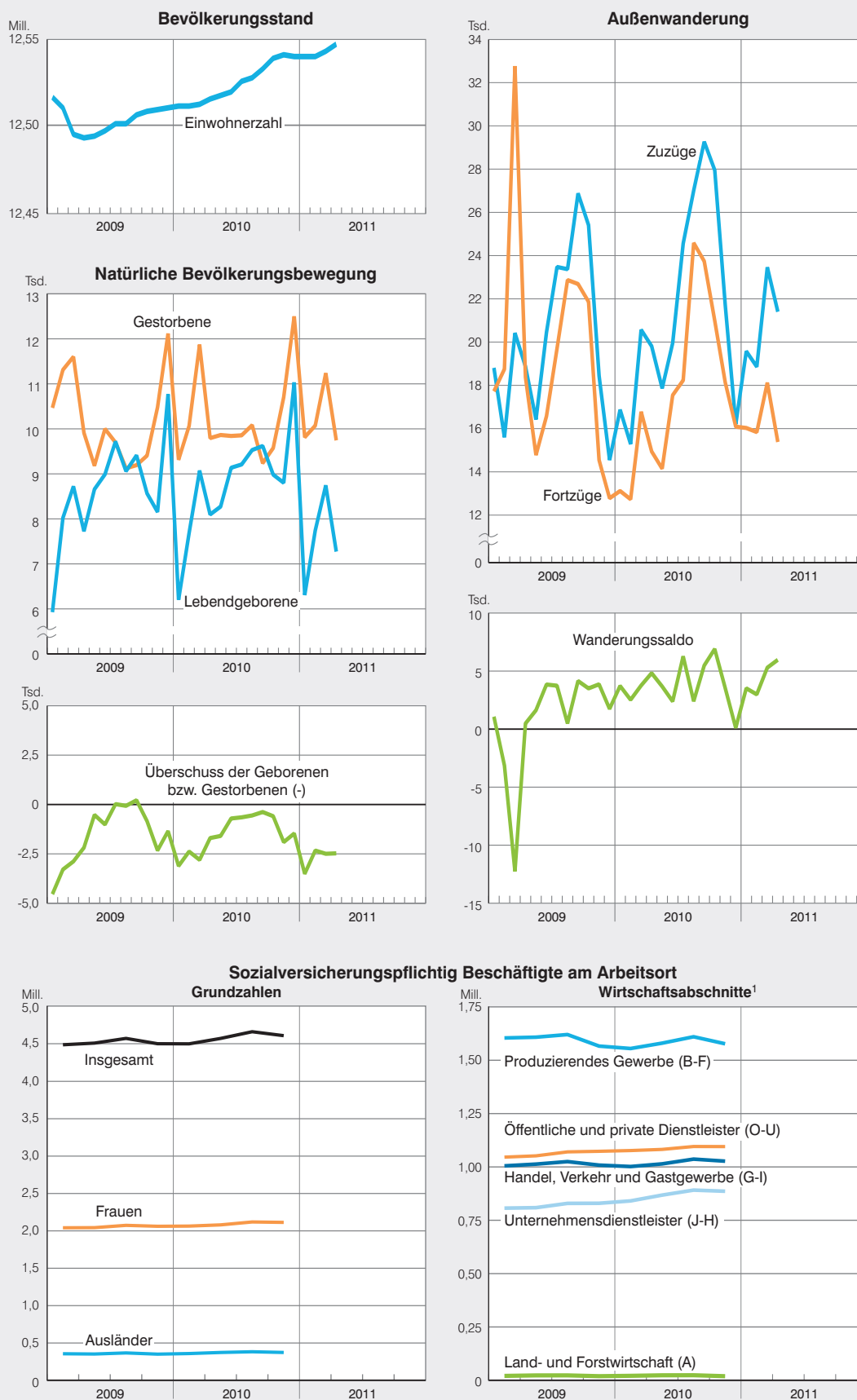
preise (Monatsdurchschnitt für die Jahre aus der Jahresaufbereitung).

2 Einschl. Mehrwertsteuer.

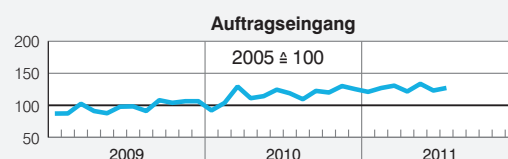
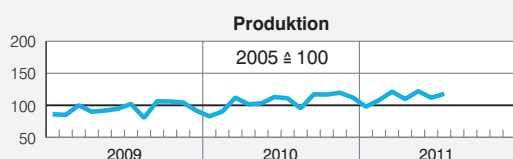
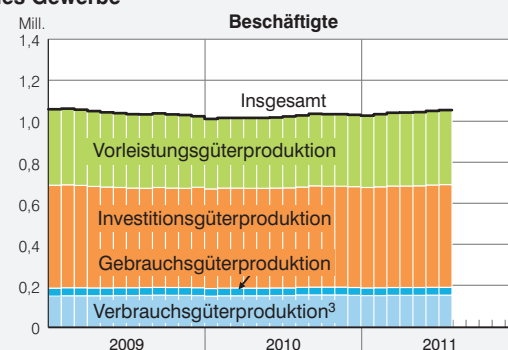
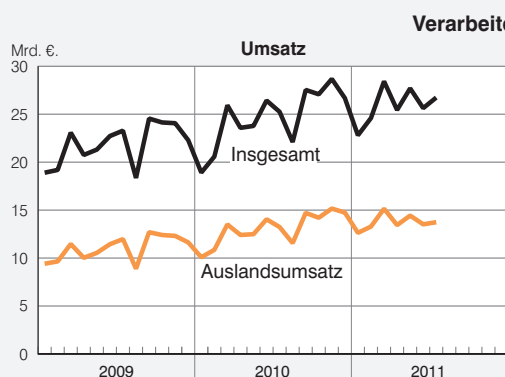
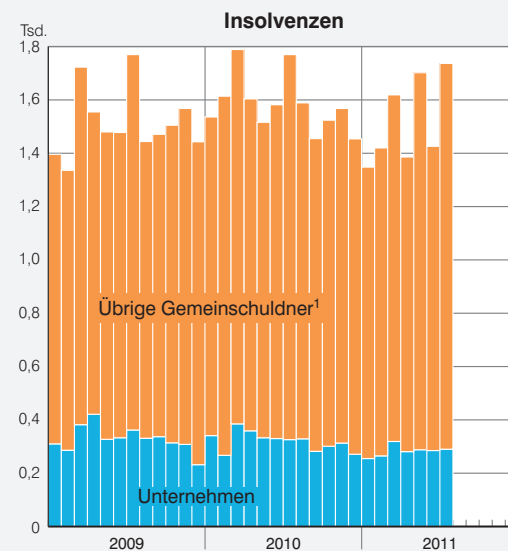
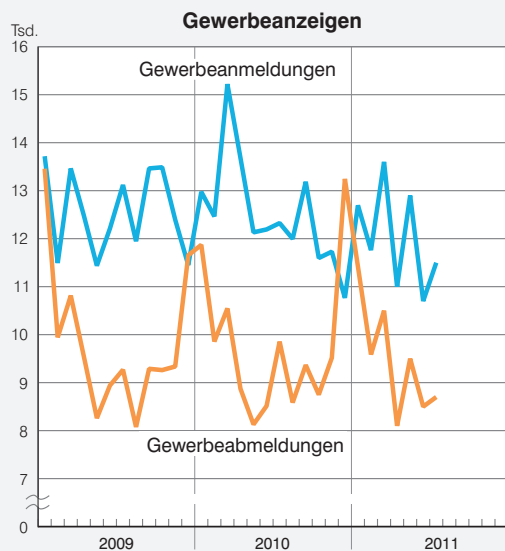
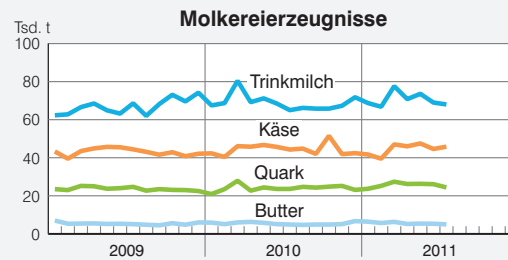
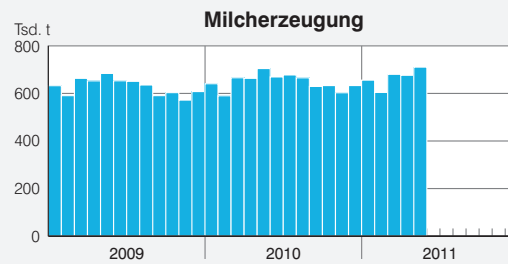
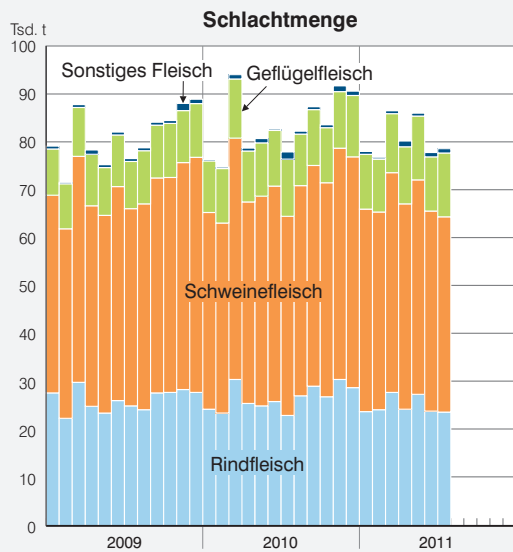
3 Ohne Zölle, Abschöpfungen, Währungsausgleichsbeträge und Einfuhrumsatzsteuer.

4 Ohne Mehrwertsteuer.

Graphiken zum Bayerischen Zahlenspiegel



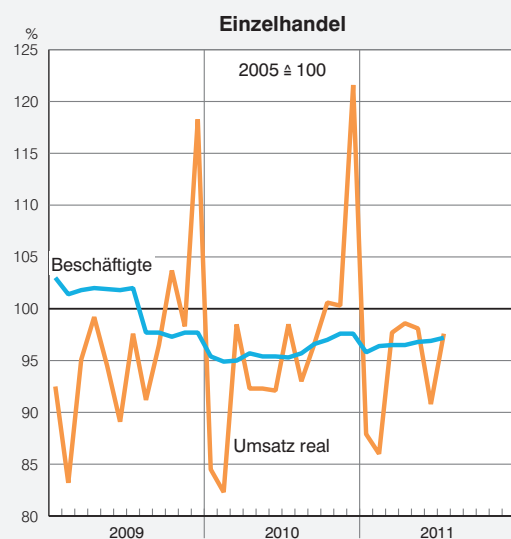
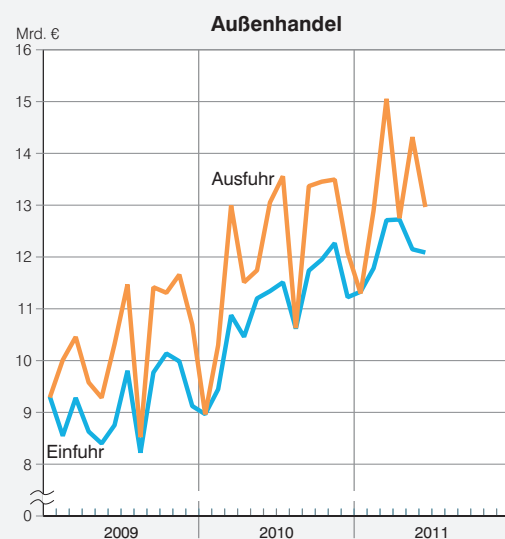
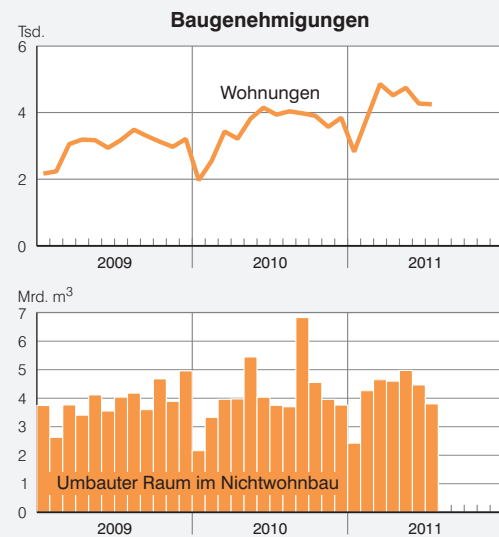
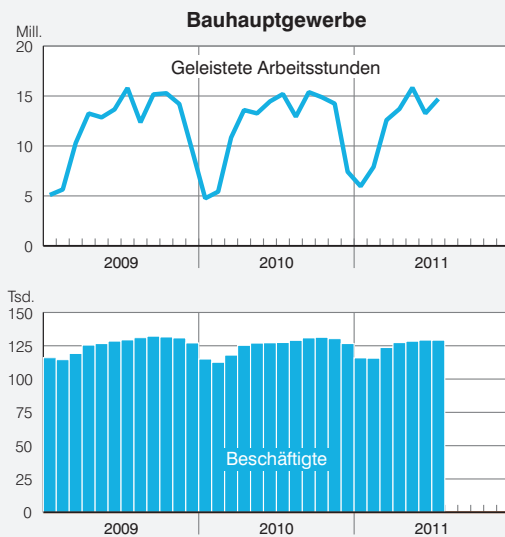
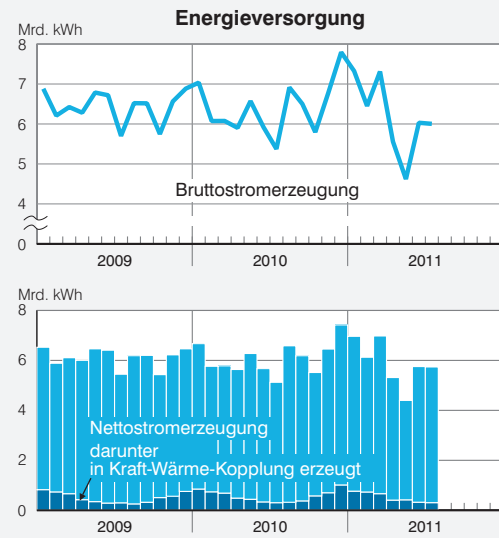
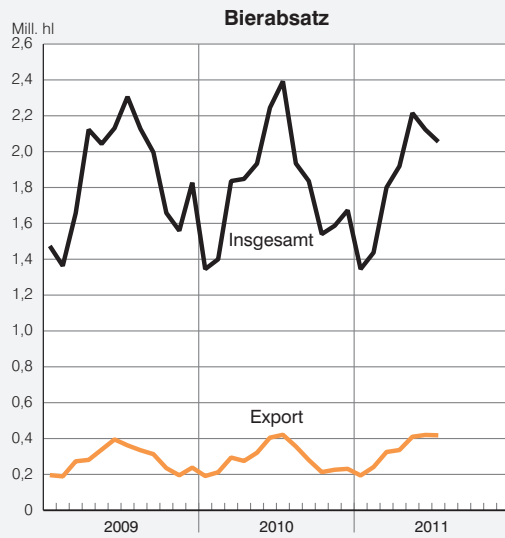
¹ Gliederung gemäß WZ 2008 (in Klammern WZ-Kode; Näheres Statistischer Bericht A6501).

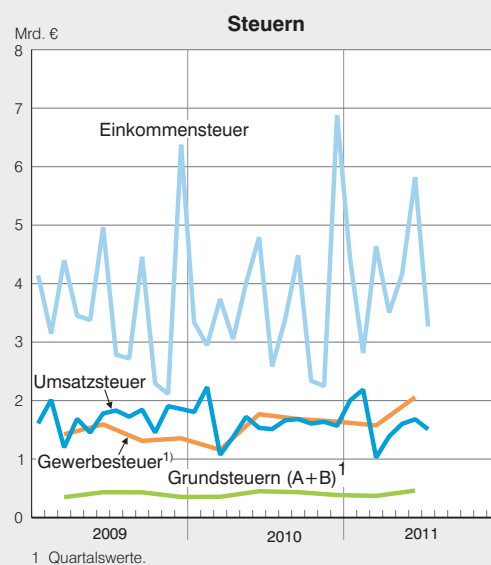
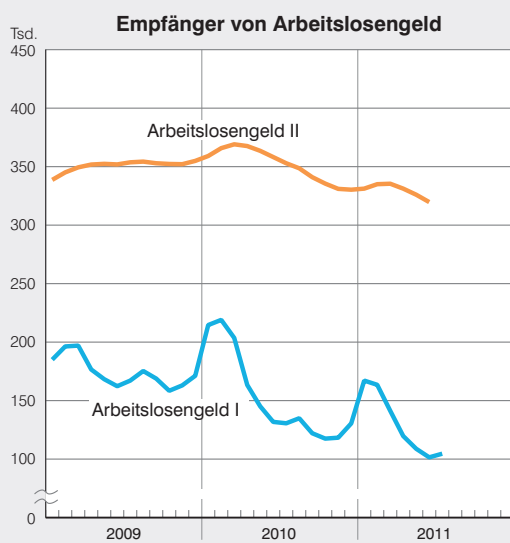
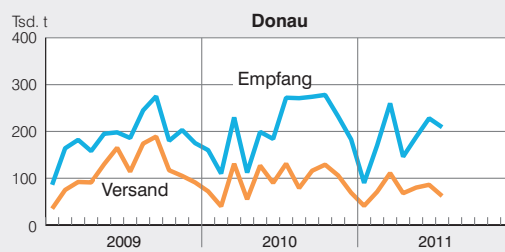
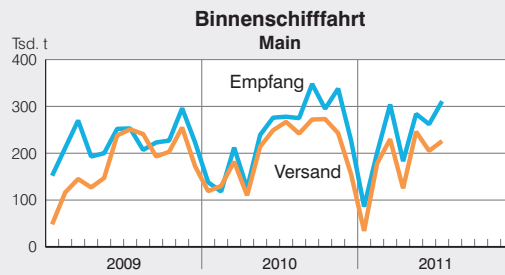
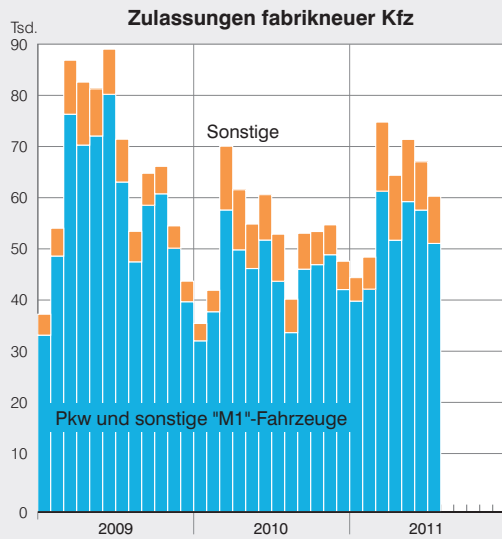
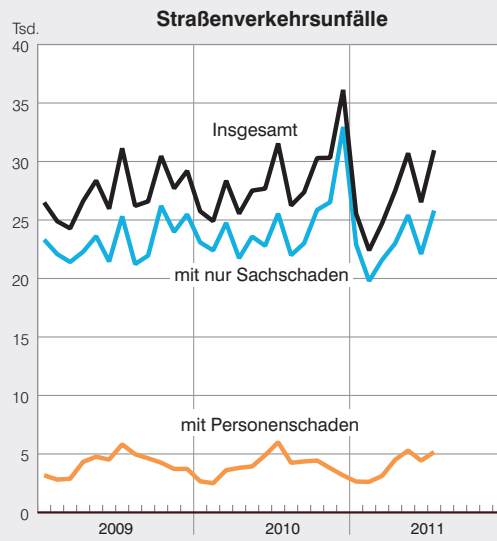
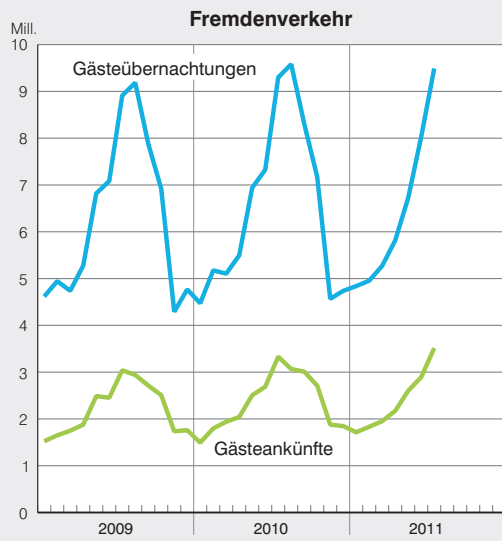


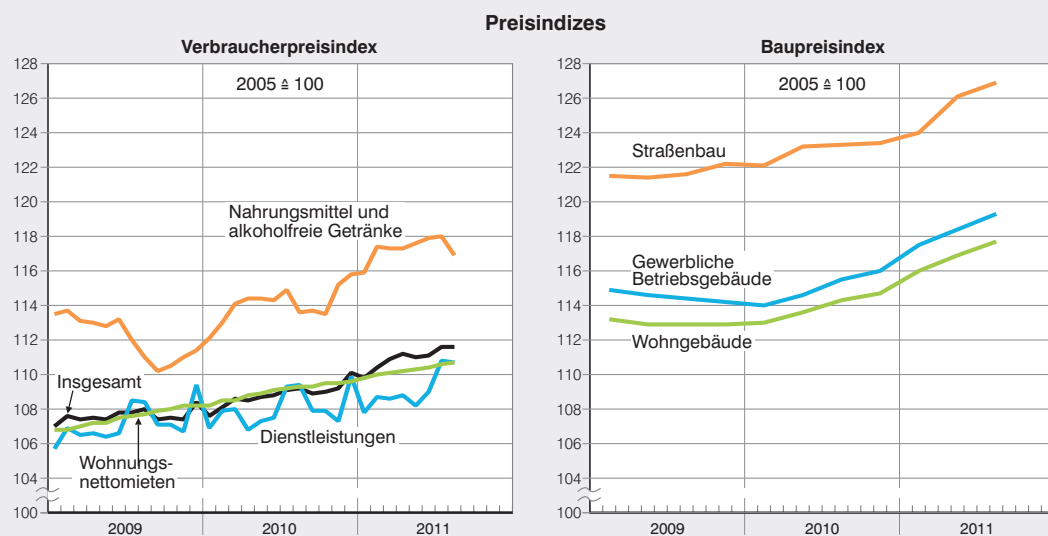
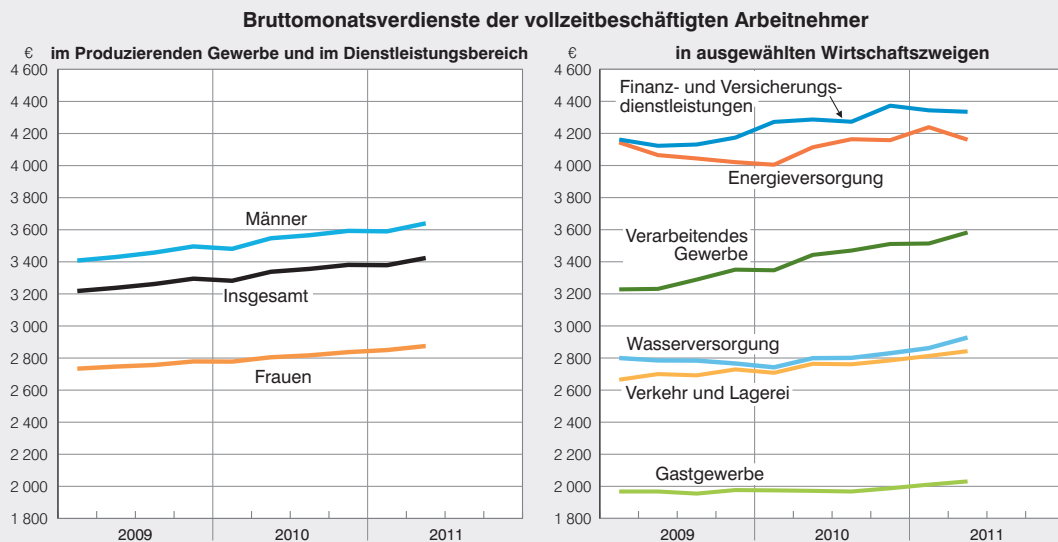
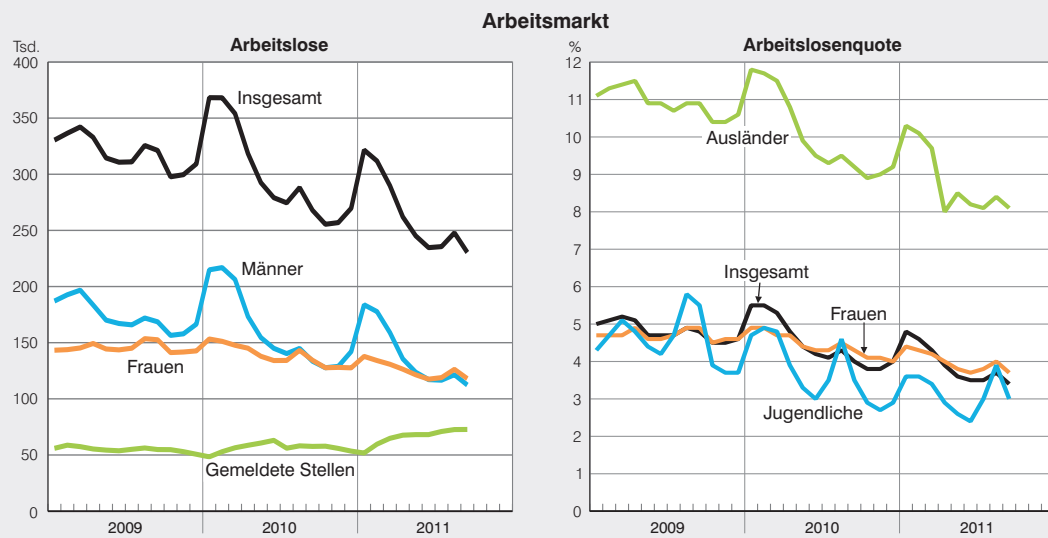
1 Einschließlich Verbraucherinsolvenzen.

2 sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden; ab Jan. 2007 nur Betriebe mit 50 oder mehr Beschäftigten, davor Betriebe von Unternehmen mit mehr als 20 Beschäftigten.

3 Einschließlich Energie.







August 2011

Statistische Berichte

Angegeben sind die Preise für Druckwerke. Die zugehörigen Dateien sind kostenlos erhältlich unter www.statistik.bayern.de/veroeffentlichungen. Soweit Berichte nur als Datei (ND) angeboten werden, ist auf Anfrage ein Druck möglich.

15,80 €	Bevölkerungsstand • Einwohnerzahlen der Gemeinden, Kreise und Regierungsbezirke in Bayern am 31. März 2011 (Gemeinden)	ND	Schiffsverkehr • Binnenschifffahrt in Bayern im Mai 2011 (Häfen)
17,00 €	Schulwesen insgesamt • Ausländische Schüler und Lehrer an den bayerischen Schulen – Schuljahr 2010/11 (Kreisfreie Städte und Landkreise)	ND	Dienstleistungen • Struktur des bayerischen Dienstleistungssektors 2009
10,80 €	Allgemeinbildende Schulen • Volksschulen in Bayern Stand: 1. Oktober 2010 (Kreisfreie Städte und Landkreise)	ND	Schwerbehinderte, Kriegsofferfürsorge • Kriegsofferfürsorge in Bayern 2010 (Kreisfreie Städte und Landkreise)
14,40 €	• Volksschulen zur sonderpädagogischen Förderung und Schulen für Kranke in Bayern Stand: 1. Oktober 2010 (Kreisfreie Städte und Landkreise)	6,70 €	Preise und Preisindizes • Verbraucherpreisindex für Bayern im Juli 2011 sowie Jahreswerte von 2006 bis 2010
20,50 €	Hochschulen und Hochschulfinanzen • Lehrerausbildung in Bayern im Studienjahr 2009/10	4,40 €	• Verbraucherpreisindex für Bayern / Monatliche Indexwerte von Januar 2005 bis Juli 2011
ND	Sonstige kulturelle Einrichtungen, Sport • Theater in Bayern im Spieljahr 2009/10 (Spielorte)	3,30 €	• Verbraucherpreisindex für Deutschland im Juli 2011 (Bund)
32,00 €	Rechtspflege • Abgeurteilte und Verurteilte in Bayern 2010 Ergebnisse der Strafvollzugsstatistik	19,00 €	• Kaufwerte für Bauland in Bayern 1. Vierteljahr 2011
ND	• Strafvollzugsstatistik in Bayern 2011		Gesamtrechnungen • Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen für Bayern 1970 bis 2010
ND	Viehwirtschaft und tierische Erzeugung • Tierische Erzeugung in Bayern 2010 (Kreisfreie Städte und Landkreise)	kostenl.	Gemeinschaftsveröffentlichungen • Standard-Arbeitsvolumen in den kreisfreien Städten und Landkreisen der Bundesrepublik Deutschland – 1999 bis 2009 (Kreisfreie Städte und Landkreise), Datei
ND	Gewerbeanzeigen • Gewerbeanzeigen in Bayern im Juni 2011 (Kreisfreie Städte und Landkreise)	kostenl.	• Erwerbstätige in Vollzeitäquivalenten in den kreisfreien Städten und Landkreisen der Bundesrepublik Deutschland – 1999 bis 2009 (Kreisfreie Städte und Landkreise), Datei
5,10 €	Verarbeitendes Gewerbe • Verarbeitendes Gewerbe (sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden) in Bayern im Juni 2011 (Kreisfreie Städte und Landkreise)		
ND	• Index der Produktion für das Verarbeitende Gewerbe (sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden) in Bayern im Juni 2011		
ND	• Index des Auftragseingangs für das Verarbeitende Gewerbe in Bayern im Juni 2011		
ND	Handwerk • Handwerk in Bayern 2010 Ergebnisse der vierteljährlichen Handwerksberichterstattung		
8,10 €	Bautätigkeit • Baugenehmigungen in Bayern im Juni 2011 (Kreisfreie Städte und Landkreise)		
ND	Außenhandel • Ausfuhr und Einfuhr Bayerns im Mai 2011		
17,60 €	Tourismus und Gastgewerbe • Tourismus in Bayern im Juni 2011 (Gemeinden)		
ND	Straßen- und Schienenverkehr • Straßenverkehrsunfälle in Bayern (ausgewählte Ergebnisse des Berichts- und Vorjahresmonats) im Mai 2011 (Kreisfreie Städte und Landkreise)		

Die regionalen Gliederungen sind in Klammern angegeben.

Bestellungen

Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung

Vertrieb

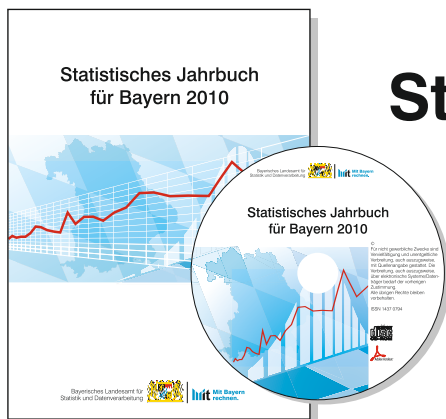
Neuhauser Straße 8

80331 München

Fax 089 2119-457

E-Mail vertrieb@statistik.bayern.de

Auf Anfrage wird das aktuelle Veröffentlichungsverzeichnis kostenlos zugesandt (bevorzugt per E-Mail).



Statistisches Jahrbuch für Bayern 2010

Inhalt

- Zeitreihen • Zeitreihen zu sämtlichen statistischen Bereichen für die Jahre 1960, 1970, 1980, 1990, 2000 und 2009
 - Bevölkerung und Kultur • Bevölkerungsstand und -bewegung, Gesundheitswesen, Bildung und Kultur, Rechtspflege, Wahlen, Erwerbstätigkeit
 - Wirtschaft und Finanzen • Land- und Forstwirtschaft, Produzierendes Gewerbe, Bautätigkeit, Wohnungswesen, Handel und Gastgewerbe, Verkehr, Geld und Kredit, Versicherungen, Öffentliche Finanzen, Preise
 - Soziale Verhältnisse • Öffentliche Sozialleistungen, Löhne und Gehälter, Versorgung und Verbrauch
 - Gesamte Volkswirtschaft • Entstehung, Verteilung und Verwendung des Sozialproduktes, Umweltschutz
 - Regionaldaten • Strukturdaten der Landkreise, kreisfreien Städte, Regierungsbezirke und Regionen
 - Bund und Länder • Wichtige Strukturdaten Deutschlands und aller Bundesländer
 - Bayern in Europa • Strukturdaten der 27 Mitgliedsstaaten der EU
 - Sachverzeichnis • Merkmalsbezogen tief gegliedert
- 619 Seiten
 - Tabellenwerk mit den wichtigsten statistischen Daten zum Freistaat Bayern
 - Graphische Darstellungen
 - Bayernkarten mit Regierungsbezirken, Landkreisen, kreisfreien Städten sowie Regionen
 - Geographische und meteorologische Angaben

Preise

Buch	39,- €
CD-ROM (PDF)	12,- €
Buch + CD-ROM	46,- €

Bestellungen

Telefon 089 2119-205, -450
 Telefax 089 2119-457
vertrieb@statistik.bayern.de

Herausgeber und Vertrieb

Bayerisches Landesamt für
 Statistik und Datenverarbeitung
 Neuhauser Straße 8
 80331 München

Sie können das Jahrbuch und alle anderen Veröffentlichungen auch per E-Mail bei unserem Vertrieb bestellen:

vertrieb@statistik.bayern.de